

Der Kompass

Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert

MIT-Grundsatzprogramm

Vorgelegt von der Grundsatzprogrammkommission des MIT-Bundesvorstands

Vorsitz: Dr. Thomas Köster und Dr. Carsten Linnemann MdB

Mitglieder: Henning Aretz, Bastian Atzger, Dieter Bischoff, Dr. Kurt Demmer, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke, Manfred Hoefle, Helmut Klapheck, Wolfgang Leyendecker, Friedhelm Müller, Dr. Kurt von Pannwitz, Prof. Dr. Winfried Pinger, Marco Reuter, Dr. Philipp Steinwärder

Verfahren:

- Eröffnung des Beteiligungsprozesses auf dem Bundesmittelstandtag 2015
- Sitzung der Grundsatzprogrammkommission zusammen mit der Antragskommission im März 2016
- Einreichung von Änderungen und weiteren Vorschlägen durch die MIT-Gliederungen und alle MIT-Mitglieder bis zum 26.9.2016 an die MIT-Bundesgeschäftsstelle (jantz@mit-bund.de)
- Anhörung von externen Experten und Verbänden 18.7.2016
- Tagung der Grundsatzprogrammkommission am 18.10.2016 – Zusammenfassung der eingereichten Beiträge
- Vorlage in der MIT-Bundesvorstandssitzung am 7.11.2016
- Redaktionelle Überarbeitung - 8.11.2016 bis Februar 2017
- Bis Mai 2017 finale Vorlage an den MIT-Bundesvorstand
- Sommer 2017 Weiterleitung an die Gliederungen als formaler Antrag zum Bundesmittelstandtag 2017
- Diskussion und Beschlussfassung auf dem Bundesmittelstandtag 2017

(Berlin, September 2017)

1 VORWORT

2 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU versteht sich seit ihrer Gründung im Jahre
3 1956 als eigenständige politische Organisation und als die politische Stimme der bürgerlichen Mitte in
4 Deutschland.

5 Diese bürgerliche Mitte definiert sich für uns nicht über Einkommen oder Herkunft, sondern über
6 die Verantwortung, die jeder Einzelne für sich und für andere übernimmt. Zur bürgerlichen Mitte
7 gehören für uns alle diejenigen,

- 8 • die nach ihren Kräften und Möglichkeiten alles tun, um ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen
9 und Verantwortung für ihre Familien zu tragen;
- 10 • die als verantwortungsbewusste Unternehmer oder Beschäftigte Wohlstand für alle schaffen,
11 indem sie sich für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und für die Sicherung von
12 Arbeitsplätzen einsetzen;
- 13 • die sich als aktive Bürger aus innerer Überzeugung und Leidenschaft für das Gemeinwesen
14 engagieren und nicht alles dem Staat überlassen.

15 Diese Menschen stehen für Werte ein, die unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung
16 zusammenhalten und stark machen. Sie tragen mit ihrer Leistungsbereitschaft und Kreativität, mit
17 ihrem Mut und Verantwortungswillen auf vielfältige Weise dazu bei, unser Land voranzubringen
18 und zu gestalten.

19 Diese bürgerliche Mitte befindet sich selbst im Wandel. Neue gesellschaftliche Strukturen und
20 neue Biographien entstehen in einer Welt, die uns ungeahnte, wunderbare Möglichkeiten eröffnet,
21 die uns aber auch immer Anpassung und Neuausrichtung abverlangt.

- 22 - Zur bürgerlichen Mitte gehört der Inhaber eines Einzelhandelsgeschäftes, der sich aufgrund
23 seiner Kundennähe erfolgreich gegen die Konkurrenz durch Online-Handel und große Ketten
24 behauptet und sogar Marktanteile hinzugewinnt.
- 25 - Zu ihr gehört der Inhaber eines Handwerksbetriebs, der z.B. im Bereich der Elektrotechnik die
26 Infrastruktur des digitalen Zeitalters für Verbraucher und Gewerbe erst funktionsfähig macht.
- 27 - Zu ihr gehört der mittelständische Industrieunternehmer, der mit hochspezialisierten
28 Nischenprodukten auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt.
- 29 - Zu ihr gehört der Freiberufler, der mit seiner Leistung zur Versorgung der Verbraucher und zum
30 Funktionieren der Wirtschaft beiträgt.
- 31 - Zur bürgerlichen Mitte gehören darüber hinaus Digitalunternehmer, die internetbasierte Start-
32 ups gründen.
- 33 - Zu ihr gehören heute auch jene neuen Selbständigen, die als „Freelancer“ Beratungen und
34 Dienstleistungen für kleine und große Unternehmen anbieten oder die als kreative Köpfe in der
35 Kulturwirtschaft die Kommunikationsformen und die Ästhetik unserer Zeit mitprägen.

- 36 - Zu ihr gehören auch all diejenigen, die unternehmerische Selbständigkeit nicht als lebenslange
37 Grundsatzentscheidung erachten, sondern aus Lust auf die Freiheit für einen spannenden
38 Abschnitt ihres Lebens das Wagnis des Unternehmertums eingehen.
- 39 - Und genauso gehören zu dieser bürgerlichen Mitte längst auch viele Zuwanderer, die sich zur
40 Integration bekennen und die als Fachkräfte oder als mittelständische Unternehmer zu den
41 Leistungsträgern unserer Gesellschaft zählen.
- 42 - Jede Fachkraft und jeder Angestellte, der mit seiner Leistung jeden Tag aufs Neue unsere
43 Volkswirtschaft stärkt und zum Wohl der Gesellschaft beiträgt, ist Teil der bürgerlichen Mitte.

44 Kurzum: Zur bürgerlichen Mitte gehören all diejenigen, die die Herausforderungen einer freien und
45 offenen Gesellschaft als Chance begreifen und ergreifen. Unser Idealbild eines mittelständischen
46 Unternehmers ist dabei der geschäftsführende Gesellschafter, der Familienunternehmer, der als
47 Eigentümer seines Unternehmens unmittelbar die Haftung, die Verantwortung und das Risiko
48 trägt. Zur bürgerlichen Mitte gehören aber nicht nur Unternehmer, sondern alle, die
49 Verantwortung für sich und für andere übernehmen. Zur bürgerlichen Mitte gehören jene, die auch
50 in Zeiten des Umbruchs die Zuversicht haben, dass Leistung sich lohnt und Wohlstand für alle
51 möglich ist. Gemeint ist die bürgerliche Mitte, die die Soziale Marktwirtschaft mit Leben erfüllt.

52 Mit diesem Grundsatzprogramm möchte die MIT all denjenigen, die sich zur bürgerlichen Mitte
53 zugehörig fühlen, ein neues politisches Angebot unterbreiten. Dieses neue Grundsatzprogramm ist
54 eine Einladung an alle, die sich mit uns für eine starke Mitte in Deutschland einsetzen möchten. Wir
55 wollen mit diesem neuen Programm die Kräfte dieser bürgerlichen Mitte zusammenführen und ihr
56 Gehör verschaffen.

57

58 Unser Programm zeigt in einem ersten Schritt auf, welches Wertesystem unserem politischen
59 Handeln zu Grunde liegt, und beantwortet die Frage, welche Überzeugungen die Koordinaten
60 unseres politischen Handelns darstellen.

61 Im zweiten Kapitel präsentieren wir das Ordnungsprinzip, das wir aus diesen Werten für die
62 Gestaltung der deutschen und europäischen Politik ableiten. Diese Idee ist die Soziale
63 Marktwirtschaft.

64 In einem dritten Schritt wollen wir diesen Kompass auf die aktuellen politischen Fragen unserer
65 Zeit anwenden und erklären, was unsere Grundsätze in der praktischen Anwendung bedeuten und
66 für die bürgerliche Mitte leisten können.

67 Im letzten Kapitel steht die Zukunft unseres Landes und unseres Kontinents im Vordergrund. Hier
68 wollen wir einen Blick in die Zukunft der deutschen und europäischen Gesellschaft wagen und
69 nennen unsere Ziele für das 21. Jahrhundert.

70 Mit diesem Grundsatzprogramm heißen wir alle willkommen, die mit uns der Überzeugung sind,
71 dass eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur dann erfolgreich, gerecht und solidarisch sein
72 kann, wenn sie in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung wurzelt.

73 **KAPITEL 1**

74 UNSERE WERTE: WÜRDE, FREIHEIT UND VERANTWORTUNG DES MENSCHEN

75 **Christliches Bild vom Menschen und der Gesellschaft**

76 Unsere Überzeugungen basieren auf dem christlichen Menschenbild, wonach jeder Mensch als Gottes
77 Ebenbild eine eigene Würde hat. Diese Würde ist absolut und allgegenwärtig und kann durch eigenes
78 Tun oder Unterlassen weder verdient noch verspielt werden. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

79 Die christliche Gesellschaftslehre ist die gemeinsame Wurzel unserer liberalen, unserer konservativen
80 und unserer solidarischen Ordnungsvorstellungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

81 Aus christlicher Überzeugung sind für uns Politik und Wirtschaft notwendige, aber in ihrem Anspruch
82 begrenzte und von übergeordneten Werten abhängige Bereiche des Lebens. Sie beide sind kein
83 Selbstzweck, sondern sollen die Voraussetzungen für eine menschenwürdige Ordnung unseres
84 Zusammenlebens schaffen.

85 Aus dieser Sicht erwarten wir von der Politik keine innerweltliche Erlösung und keine perfekte irdische
86 Welt. Wir gestehen der Politik keinen allumfassenden Machtanspruch über den Menschen von der
87 Wiege bis zur Bahre zu. Die Politik muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Denn „der Mensch
88 muss Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein“.¹

89 Wir lehnen jeden Materialismus ab, gleichviel ob er wirtschaftsliberal oder sozialistisch begründet wird.
90 Wir wollen weder den ungeordneten Markt noch eine umfassende staatlich organisierte Umverteilung.
91 Wohlstand ist für die allermeisten Menschen nur eine notwendige Voraussetzung eines glücklichen
92 Lebens. Nicht nur die Ökonomie ist wichtig für unser Glück.

93 Der Mensch begeht Fehler. Er ist aber in der Lage, Fehler zu korrigieren, und er ist fähig, das Richtige
94 und Gute vom Falschen und Bösen zu unterscheiden.

95 Jeder Mensch ist mit seinen Empfindungen, Neigungen, Wünschen, Bedürfnissen und Begabungen
96 einzigartig. Wir wollen die Menschen nicht nach einem Ideal oder einem Mittelwert gleichmachen. Wir
97 wollen, dass jeder Mensch seine einzigartige Persönlichkeit entfalten und auf eigenen Wegen nach
98 seinem Glück streben kann.

99 **Freiheit bedeutet Selbstbestimmung**

100 Aus der Würde der Person folgt das Recht auf Selbstbestimmung. Der Mensch ist befähigt und
101 berechtigt, sein Leben selbstbestimmt zu führen und sich zu entfalten.

102 Daher verstehen wir unter Freiheit die Abwesenheit von äußerem Zwang. Sie darf nur eingeschränkt
103 werden, wenn es darum geht, die Freiheit, das Leben oder das Eigentum des einen vor dem
104 Freiheitsanspruch eines anderen zu schützen. Die Sicherung der Freiheit jedes einzelnen durch das
105 Recht ist die Kernaufgabe des Staates.

¹ Johannes XXIII., Mater et Magistra, 219

106 Oft wird mit dem Begriff „Freiheit“ auch anderes gemeint: Manche fordern statt oder neben einer
107 „negativ“ definierten Freiheit als Abwesenheit von Zwang auch die Verwirklichung einer „positiven“
108 Freiheit und meinen damit in Wahrheit staatliches Tun oder eine inhaltlich bestimmte
109 Selbstverwirklichung, bei der der Staat dem Einzelnen durch wohlwollenden Zwang oder durch Anreize
110 auf die Sprünge helfen soll. Manche verstehen unter Freiheit die Abwesenheit von jeglicher Bindung an
111 Familie, Traditionen und Regeln, wieder andere die Abwesenheit von Mangel und Armut, wieder andere
112 die Abwesenheit von Leidenschaften, die der wahren Vernunft hinderlich sind. Manche bezeichnen als
113 Subjekt der Freiheit nicht den Einzelnen, sondern ein Volk, eine Klasse oder eine andere Gruppe. Genau
114 das war die Verirrung der großen totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts.

115 All solche Freiheitsverständnisse lehnen wir ab, weil sie alle darauf hinauslaufen, staatlichen Zwang auf
116 Kosten der eigentlichen Freiheit zu rechtfertigen. Der Staat hat in unserem Verständnis nicht die
117 Aufgabe, den Einzelnen zu seinem Glück zu zwingen oder ihn zu einem besseren Menschen zu erziehen.
118 Und er würde sich auch heillos überfordern und den einzelnen Menschen überwältigen, wenn er durch
119 materielle Umverteilung einen Zustand zu erreichen versuchte, in dem alle bequem auf Kosten aller
120 leben können. Und erst recht darf der Staat nicht die Freiheit der einen Gruppe gegenüber der Freiheit
121 einer anderen Gruppe bevorzugen. Alles, was der Staat tut, muss sich daran messen lassen, ob es die
122 Selbstbestimmung des Menschen stärkt oder schwächt.

123 Es gibt auch manche, die wirtschaftliche Freiheit, also das Recht jedes Einzelnen, als Unternehmer, als
124 Arbeitnehmer, als Kunde oder als Verbraucher in Selbstbestimmung wirtschaftliche Entscheidungen zu
125 treffen, für einen nur minderwertigen und entbehrlichen Aspekt von Freiheit halten. Für uns dagegen
126 sind die wirtschaftlichen Entscheidungen des Einzelnen unverzichtbarer und untrennbarer Teil seiner
127 allgemeinen Handlungsfreiheit. Ohne die Freiheit zu selbstbestimmten wirtschaftlichen
128 Entscheidungen kann es keine „rechtliche“, „politische“ oder wie auch immer bezeichnete Freiheit
129 geben.

130 **Verantwortung: Konsequenz der Freiheit**

131 Freiheit kann als Recht nie alleine stehen: Der Mensch ist auch dazu befähigt und berufen,
132 Verantwortung für sich selbst und für die Folgen seines Handelns zu übernehmen.

133 Freiheit und Verantwortung gehören zusammen und sind aufeinander angewiesen: Freiheit braucht
134 Verantwortung, Verantwortung setzt Freiheit voraus. Freiheit und Verantwortung bedürfen keiner
135 weiteren Rechtfertigung. Diese ergeben sich für uns unmittelbar aus der Natur und der Würde des
136 Menschen.

137 Verantwortung ist zunächst ein Gebot der individuellen Ethik. Jeder Einzelne ist aufgerufen, über die
138 Folgen seines Handelns und Unterlassens im Vorhinein nachzudenken. Gleichviel ob jemand aus
139 Eigennutz oder aus hehrer Gesinnung handelt oder nicht handelt: Er muss sich über die Folgen im
140 Klaren sein und Verantwortung dafür übernehmen. Die Qualität jeder politischen oder wirtschaftlichen
141 Ordnung hängt davon ab, mit welcher Einstellung die Menschen miteinander und mit ihren
142 Institutionen umgehen.

143 Gerechtigkeitsinn, Ehrlichkeit, Fairness, Selbstdisziplin, Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortlichkeit,
144 Maßhalten, Umsicht, Demut, Gemeinnut und Achtung vor der Würde des anderen sind solche Prinzipien
145 „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke) und sind die Voraussetzung für funktionsfähige
146 Märkte. Auf ihnen gründen Leitbilder wie die des „ehrbaren Kaufmanns“, des „ehrbaren Handwerkers“ und

147 des „vertrauenswürdigen Bankiers“ sowie Begriffe wie „Anstand“ und „moralische Glaubwürdigkeit“. Wir
148 wollen diese Prinzipien wieder in das Bewusstsein der Menschen rufen.

149

150 Wo der Appell an die individuelle Tugend nicht ausreicht, bedarf es allgemeiner Verhaltensregeln, die
151 den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung erzwingen. Verantwortung herzustellen ist
152 deshalb auch eine Aufgabe des Staates zur Sicherung einer freiheitlichen Ordnung. Ein unverzichtbares
153 Grundprinzip der Wirtschaftsordnung besteht deshalb darin, dass das Haftungsprinzip wirksam wird:
154 Wer für den Schaden eines anderen verantwortlich ist, muss dafür geradestehen. Persönliche
155 Verantwortung darf nicht durch Reglementierung ersetzt werden. Es ist eine fundamentale
156 Fehlentwicklung, wenn die Verantwortung des Einzelnen durch eine immer stärker um sich greifende
157 Verrechtlichung von immer mehr Lebensbereichen erstickt wird.

158 Denn nur wenn der einzelne die Folgen seines Handelns oder Unterlassens spürt, lernt er, seine eigenen
159 Bedürfnisse zielgerichtet und aufeinander abgestimmt zu verfolgen, auf die Bedürfnisse anderer
160 Rücksicht zu nehmen und darauf zu achten, dass er durch seine Handlungen anderen nicht schadet. Nur
161 wenn der Mensch frei ist und Verantwortung für sein Handeln übernimmt, können die Menschen trotz
162 der Unvollkommenheit ihres Wissens und ihrer Moral zum gegenseitigen Wohl miteinander
163 kooperieren. Wir sind Befürworter der Marktwirtschaft, weil sie besser als jede andere
164 Wirtschaftsordnung mit dem Umstand zurechtkommt, dass die Menschen unvollkommen sind. Alle
165 Spielarten des Sozialismus sind daran gescheitert, dass sie perfekte Menschen voraussetzten oder
166 gewaltsam neu erschaffen wollten.

167 **Ehe und Familie schützen und fördern**

168 Ehe und Familie stehen zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Das folgt nicht zuletzt
169 aus dem christlichen Menschenbild, zu dem sich die MIT ausdrücklich bekennt. Auch die Wirtschafts- und
170 Sozialordnung unseres Landes darf deshalb den Menschen nicht auf seine rein ökonomischen Funktionen als
171 Produzent oder Konsument von Gütern beschränken. Sie muss ihn in seiner ganzen Komplexität als Ebenbild
172 Gottes erfassen und respektieren. Dazu gehören elementar die Bindungen an Partner und Familie und die
173 Verantwortung für eigene Nachkommen. Ehen und Familien Raum und Zeit zu lassen, muss deshalb Teil der
174 Sozialen Marktwirtschaft sein. Dies gilt auch für alle weiteren Formen von Lebenspartnerschaften, in denen
175 Verantwortung dauerhaft wahrgenommen wird.

176 **Gerechtigkeit ist Gleichheit vor dem Gesetz**

177 Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass das Recht, das der Staat setzt, allgemein gültig ist und dass alle
178 Menschen vor dem Recht gleich sind. Diese Gleichheit der Menschen vor dem allgemein geltenden
179 Recht ist ein unverzichtbarer Grundsatz. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, dass der
180 Staat ihn gegenüber anderen nicht diskriminiert und ihn gegenüber niemandem privilegiert.

181 Diese Gleichberechtigung der Menschen vor dem Gesetz ist mit der Vorstellung unvereinbar, dass der
182 Staat die gesellschaftliche oder ökonomische Gleichheit der Menschen durch Gesetz herbeiführen soll.
183 Der Staat hat nicht die Aufgabe, die Menschen gleichzumachen, ihnen eine gemeinsame Moral und
184 identische Bedürfnisse aufzuzwingen oder dafür zu sorgen, dass alle Menschen die gleiche Ausstattung
185 mit materiellen Gütern haben. Solche Forderungen entspringen dem Neid oder der Bevormundung, die
186 mit einer freien und gerechten Gesellschaft unvereinbar sind.

187 Eine freie und gerechte Gesellschaft erkennt an, dass die Menschen verschieden sind und dass sie auf
188 eigenen Wegen nach ihrem Glück streben wollen. Eine freie und gerechte Gesellschaft muss jedem
189 Menschen die Gewähr dafür bieten, dass sich Leistung lohnt und Aufstieg durch Anstrengung möglich
190 ist. Gerechtigkeit bedeutet für uns Chancengerechtigkeit.

191 Jeder Mensch muss seinen Fähigkeiten gemäß die gleichen Chancen für eine eigenverantwortliche
192 Lebensgestaltung haben. Ihre Verwirklichung erfordert vor allem ein Schul- und Ausbildungssystem, das
193 allen Menschen eine ihrer Würde und ihren Fähigkeiten gerechte Bildung und Qualifikation vermittelt.

194 Gerechtigkeit bedeutet aber nicht, dass die Einkommen oder das Vermögen der Menschen nivelliert und
195 unter Missachtung von Leistungsanreizen umverteilt werden. Insbesondere wäre es mit dem Grundsatz
196 der Gerechtigkeit nicht vereinbar, wenn der Staat Umverteilung zu Lasten Dritter ohne Rücksichtnahme
197 auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft oder die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen organisieren würde.
198 Es kann nicht gerecht sein, wenn in vielen modernen Demokratien Leistungen des Staates für bestimmte
199 Gruppen durch immer weiterwachsende explizite oder implizite Staatsverschuldung oder durch immer
200 größere Deckungslücken der Sozialversicherungen finanziert werden, man also die Lasten auf künftige
201 Generationen abwälzt. Nachhaltigkeit ist ein unverzichtbarer Grundsatz einer verantwortungsvollen
202 und gerechten Sozialpolitik. Sozialpolitik darf nicht der trügerischen Logik eines Kettenbriefs folgen,
203 sodass einige profitieren, aber eine große Mehrheit zwangsläufig verlieren wird.

204 Der Staat ist nicht dazu berufen, darüber zu entscheiden, welche Unternehmergewinne und welche
205 Arbeitnehmerlöhne gerecht sind. Niemand kennt die Höhe eines gerechten Gewinns oder Einkommens.
206 Es sind letztlich die Kunden und Verbraucher, die darüber entscheiden, wie hoch die Gewinne und die
207 Löhne sein können. Die Gerechtigkeit des Einkommens für Unternehmer und Beschäftigte hängt davon
208 ab, welchen Wert die Arbeit für andere hat. Es ist die ureigene Sache der Tarifpartner, in gemeinsamer
209 Verantwortung auszuhandeln, welchen Anteil die Beschäftigten vom Gewinn eines Unternehmens
210 erhalten. Es ist die gemeinsame Verantwortung der Tarifpartner, die angemessene Entlohnung für die
211 Beschäftigten, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im
212 Auge zu behalten und keine Vereinbarungen zum Schaden Dritter zu treffen. Die Tarifpartnerschaft in
213 Deutschland hat sich im Vergleich gerade auch zu anderen europäischen Ländern gut bewährt.

214 **Subsidiarität stärkt Freiheit und Verantwortung des Einzelnen**

215 Freiheit und Verantwortung setzen voraus, dass jeder sein Leben selbst in die Hand nehmen und
216 gestalten darf. Dabei ist der Mensch verankert in seinen unmittelbaren Bindungen in der Familie, in
217 freiwilligen Verbänden und in seinem privaten und beruflichen Umfeld.

218 Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch das Recht hat, ihn betreffende Entscheidungen selbst zu
219 treffen. Wir sind auch davon überzeugt, dass der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung am
220 besten gewährleistet werden kann, wenn der Einzelne die Folgen seines Handelns überschauen kann. In
221 den natürlichen Lebenszusammenhängen von Heimat, Familie und Freundschaft ist dies am besten zu
222 verwirklichen.

223 Wir empfinden es als ein großes Geschenk, wenn eine Gesellschaft aus vielen kleinen, eigenständigen
224 Einheiten besteht, in denen die ganze Vielfalt und Kreativität der Menschen ihren eigenen Platz finden
225 kann. Wir empfinden es als ein Geschenk, wenn eine Gesellschaft viele Traditionen, kulturelle
226 Eigenheiten oder Institutionen hervorbringt, die aus besonderen lokalen Umständen heraus allmählich

227 gewachsen und geworden sind. Wir wollen, dass die Gesellschaft aus mehr besteht als nur aus dem, was
228 nach einem zentralen Plan, einer zentralen Moral oder einer zentralen Vernunft konstruiert worden ist.
229 Das Nebeneinander von kleinen, eigenständigen Einheiten führt zu einer großen Fülle unterschiedlicher
230 Formen der Spezialisierung, der Kooperation und des Wettbewerbs, die niemals zentral geplant werden
231 könnten und die in ihrer Spontaneität und Einzigartigkeit den ganzen kulturellen Reichtum einer
232 Gesellschaft ausmachen. Eine Gesellschaft mit vielen dezentralen Einheiten ist lernfähiger, innovativer,
233 unternehmerischer und vielfältiger als eine zentral gelenkte und geplante Gesellschaft. Fehler kommen
234 auch in ihr vor, aber deren Auswirkungen sind viel begrenzter und viel leichter zu korrigieren als in einer
235 Gesellschaft, die stets zu großen Einheitslösungen neigt und deshalb auch große, schwer zu
236 korrigierende Fehler hervorbringt.

237 Wir bekennen uns deshalb zum Grundsatz der Subsidiarität: Der Einzelne soll ihn betreffende
238 Entscheidungen in seinem eigenen Lebensumfeld in Freiheit und Verantwortung selber treffen dürfen.
239 Der Staat darf ihm solche Entscheidungen nur dann abnehmen, wenn der Einzelne dazu nicht in der Lage
240 ist. Entscheidungskompetenzen dürfen dem Einzelnen nur dann genommen und vom Staat an sich
241 gezogen werden, wenn dies unabweisbar ist.

242 Unsere Sympathie gilt daher den Familien, deren vielfältige Aufgabe der Staat weder an sich ziehen
243 kann noch an sich ziehen sollte. Wir machen uns daher auch stark für eine Gesellschaft, die nicht als
244 erstes nach dem Staat ruft, sondern in der die Bürger in privaten Vereinen, Verbänden und Stiftungen
245 selbst und unmittelbar Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen und ihr Zusammenleben
246 gestalten.

247 Wir sprechen uns daher für eine starke kommunale Selbstverwaltung aus, die nicht nur staatliche
248 Aufgaben auszuführen hat, sondern auch möglichst viele öffentliche Angelegenheiten aus eigener
249 Zuständigkeit erledigt und die dafür auch ein möglichst großes Maß an finanzieller Eigenverantwortung
250 haben sollte.

251 Auch in anderen Lebensbereichen, insbesondere in den Universitäten oder in der Wirtschaft,
252 befürworten wir den Grundsatz der Selbstverwaltung. Es ist ein Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips,
253 wenn Gruppen ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln dürfen und wenn der Staat sich dabei auf die
254 Rechtsaufsicht und das notwendige Mindestmaß der rechtlichen Rahmensezung beschränkt. Die
255 Selbstverwaltungskörperschaften brauchen dazu finanzielle Eigenverantwortung und sie müssen die
256 demokratische Legitimation ihrer Entscheidungen glaubwürdig und transparent darlegen können.

257 Aus dem Subsidiaritätsprinzip leiten wir auch eine föderale Ordnung ab. Wir treten für eine föderale
258 Ordnung ein, die sich nicht als politisches Kartell und als Hort der kollektiven Verantwortungslosigkeit
259 betätigt, sondern die echten politischen Wettbewerb zwischen politischen Einheiten mit klar
260 abgegrenzten Zuständigkeiten ermöglicht. Eine solche föderale Ordnung muss insbesondere wirksame
261 Schranken gegen eine schleichende Zentralisierung von Aufgaben haben. Das gilt nicht nur für das
262 Verhältnis von Bundesländern und Bundesstaat, sondern auch für das Verhältnis zwischen Nationalstaat
263 und Europäischer Union. Wir sind Anhänger einer europäischen Integration, die den Grundsatz der
264 Subsidiarität ernst nimmt und sich darauf konzentriert, den fairen politischen und wirtschaftlichen
265 Wettbewerb innerhalb Europas zu ermöglichen. Die Europäische Union würde sich selbst überfordern,
266 wenn sie immer mehr Aufgaben an sich zieht, die bei den Mitgliedstaaten oder auf der regionalen und
267 lokalen Ebene besser aufgehoben sind.

268 Die Entwicklung des deutschen Föderalismus und der europäischen Integration hat in den letzten
269 Jahrzehnten einen Weg genommen, der mit dem Subsidiaritätsprinzip nur schwer zu vereinbaren ist. Wir
270 setzen uns deshalb nachdrücklich dafür ein, dass wir in Deutschland und Europa institutionelle
271 Reformen auf den Weg bringen, die die unteren Ebenen wieder stärken und die Verantwortlichkeiten
272 zwischen allen Ebenen wieder trennschärfer voneinander abgrenzen.

273 **Verantwortung und Gerechtigkeit bestimmen die Reichweite der Solidarität**

274 Aus der Würde der Person leiten wir ab, dass jeder einzelne die Verantwortung hat, für sich selbst, für
275 seine Familie und die, die ihm nahestehen, zu sorgen. Das schließt insbesondere ein, dass der Einzelne
276 aufgerufen ist, selbst durch Sparen und Vermögensbildung für die Risiken des Lebens vorzusorgen.

277 Erst wenn der Einzelne und die kleinen Lebenskreise, in denen er sich bewegt, überfordert sind, ist die
278 Hilfe durch nächstgrößere Einheiten gefragt. Der Staat hat am Ende die Aufgabe, das Existenzminimum
279 zu sichern. Diese Hilfe muss aber als Hilfe in der Not und als Hilfe zur Selbsthilfe gestaltet sein. Ihr Ziel
280 muss es sei, den Einzelnen und die kleineren Lebenskreise dazu zu befähigen, ein selbstbestimmtes und
281 selbstverantwortliches Leben zu führen. Sie darf nicht in eine dauerhafte Abhängigkeit und
282 Bevormundung führen.

283 Diese Solidarität sollte der Staat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mit möglichst wenig Zwang
284 erreichen: Er sollte deshalb freiwilliger Solidarität von Gruppen, wie sie im Genossenschaftsgedanken
285 zum Ausdruck kommt, den Vorrang einräumen vor der Einführung einer Versicherungspflicht. Und eine
286 Versicherungspflicht mit Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten ist einer staatlichen Einheitsversicherung
287 ohne Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten vorzuziehen. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
288 berufsständische Versorgungswerke und andere Organisationsformen freiwilliger Solidarität verdienen
289 verstärkte Aufmerksamkeit.

290 **Stärkung des Gemeinsinns erforderlich**

291 Es war eine der großen Botschaften Ludwig Erhards, dass die Soziale Marktwirtschaft mehr ist als eine
292 Ansammlung von Regeln und dass das Allgemeinwohl mehr ist als die Summe aller Einzelinteressen. Die
293 Soziale Marktwirtschaft muss von dem Bewusstsein getragen werden, dass in einer modernen
294 Gesellschaft mit ihren vielfältigen Verflechtungen und Vernetzungen eine Abhängigkeit aller von allen
295 besteht. Als Ordnung der Freiheit und Verantwortung wäre sie gefährdet, wenn jeder nur egoistisch auf
296 den eigenen Vorteil blicken und vom Staat Vergünstigungen zulasten der Anderen fordern würde. Der
297 Pluralismus der Interessen, der für Demokratie und Marktwirtschaft grundlegend ist, darf sich nicht den
298 Staat zur Beute machen.

299 Die Soziale Marktwirtschaft ist darauf angewiesen und will erreichen, dass die Menschen ein Gespür für
300 ihre moralischen Voraussetzungen haben und mit ihr verantwortungsvoll, maßvoll und respektvoll
301 umgehen.

302 Dazu gehört auch, dass die Menschen in unserem Lande eine politische Identität entwickeln, die Sinn für
303 gemeinsame Aufgaben und Leitbilder vermittelt. Es ist gut, dass im Wettbewerb der Marktwirtschaft
304 und der Demokratie jeder seinen eigenen Interessen folgen und sein eigenes Glück finden kann. Aber
305 damit eine offene Gesellschaft, die Freiheit und Wohlstand für alle schafft, gedeihen kann, brauchen wir
306 einen Konsens darüber, was diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zusammenhält und was sie
307 wirtschaftlich erfolgreich macht. Die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hängt

308 insbesondere davon ab, dass wir mehr Akzeptanz für Unternehmertum, Spitzenleistungen, für
309 Eliteförderung, für den Ehrgeiz nach Weltmarktführerschaft in neuen Geschäftsfeldern wie der digitalen
310 Ökonomie, für das Streben nach hochinnovativer Forschung, für die Anwendung zukunftssträchtiger
311 Technologien oder für die Verwirklichung tragfähiger und überzeugender Großprojekte entwickeln. Die
312 Soziale Marktwirtschaft ist auf einen solchen Gemeinsinn angewiesen und kann nur in einem geistigen
313 Klima gedeihen, das Leistung honoriert und für Neues aufgeschlossen ist. Wir dürfen uns nicht damit
314 zufriedengeben, wenn die politische Stimmung nur von Bedenkenträgern und Liebhabern des Status
315 quo beherrscht wird, die Stillstand predigen, missgünstig auf die Leistungen und Anstrengungen ihrer
316 Mitmenschen blicken und ihre Einzel- oder Gruppeninteressen über das Gemeinwohl stellen. Die Soziale
317 Marktwirtschaft bietet jedem Einzelnen die besten Chancen, seine eigenen Werte und Interessen zu
318 verfolgen. Aber sie ist darauf angewiesen, dass die Menschen gemeinsam für diese Ordnung eintreten
319 und verstehen, worin das Erfolgsgeheimnis einer offenen Gesellschaft liegt.

320 Wir brauchen einen Grundkonsens für eine freiheitliche und demokratische Ordnung, der den
321 Menschen Gemeinsinn vermittelt und sie dazu bringt, mit ihren Institutionen pfleglich umzugehen und
322 sich ihrer individuellen Verantwortung für Freiheit und Demokratie bewusst zu sein.

323 **KAPITEL 2**

324 UNSER KOMPASS IST DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

325

326 Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft basieren auf den in Kapitel 1 beschriebenen Werten
327 und Prinzipien. Sie sind gleichsam „geronnene“ Erfahrungen aus schlimmen Katastrophen, die sich
328 politisch und wirtschaftlich seit dem Ersten Weltkrieg in Deutschland abgespielt haben: Totale
329 Inflation mit Vernichtung des Mittelstandes, großbetriebliche Machtzusammenballung durch
330 Kartellbildung in der Weimarer Zeit, brauner und roter Totalitarismus sowie Kommandowirtschaft -
331 all diese auf deutschem Boden gemachten Erfahrungen haben die Gründerväter verarbeitet, als sie
332 die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwickelten. Ihnen ging es darum, den Schutt des
333 Krieges wegzuräumen und auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes neu anzufangen,
334 indem durch Einsatzbereitschaft, Leistung und Gemeinsinn das Fundament für Wohlstand und ein
335 gerechtes Gemeinwesen geschaffen würde.

336 Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft im Westen
337 Deutschlands seit 1948 und im Osten seit 1990. Jetzt geht es darum, dieses Erfolgsmodell für die
338 Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu rüsten. Das ist nicht nur wichtig für
339 Deutschland, sondern auch für die Europäische Union und darüber hinaus. Wir leben in einer
340 Situation, in der wir schmerzlich eine orientierungstiftende Ordnungsidee für ein europäisches
341 oder westliches Wirtschafts- und Sozialmodell vermissen. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein
342 ernsthafter Kandidat für dieses Wirtschafts- und Sozialmodell, wenn sie Antworten auf die
343 Herausforderungen der Gegenwart bietet. Diese Antworten zu finden, die Soziale Marktwirtschaft
344 dafür weiterzuentwickeln und ihr damit neue übernationale Anziehungskraft zu verschaffen -
345 hierfür hat Deutschland als bevölkerungsreichstes Land der EU eine besondere Verantwortung.
346 Damit Deutschland diese Verantwortung wahrnimmt, ist die Union als stärkste Partei und als
347 Partei der bürgerlichen Mitte besonders gefordert. Die Union aber wird diese Aufgabe - gerade in
348 Zeiten koalitionärer Einbindung und Veränderung in der Parteienlandschaft - nicht ausfüllen ohne
349 den Beitrag der MIT als wichtige programmatische Sprungfeder der Union.

350 **Markt als wirtschaftliches Organisationsprinzip**

351 Der Markt ermöglicht, dass sich der Mensch frei entfalten kann. Sein Leitbild ist der freie
352 Leistungswettbewerb, gesichert durch die Monopolkontrolle unabhängiger Kartellämter. So schafft
353 der Markt Wohlstand und ermöglicht günstige Lebensbedingungen und Vielfalt für jedermann.
354 Kein anderes Wirtschaftssystem ist dem Markt darin überlegen. Der Markt ermöglicht Teilhabe und
355 schafft die ökonomische Grundlage für Solidarität. Der Markt, das sind wir alle: Industrie,
356 Handwerk, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Freie Berufe, Unternehmer, Beschäftigte und
357 Konsumenten.

358 Der Markt muss allen offenstehen und allen dienen. Auch wenn die Kraft des Marktes, Wohlstand
359 zu schaffen, unvergleichlich ist, so kann er nicht als moralische Instanz wirken. Der Markt kann
360 dem Menschen zum Guten wie zum Bösen dienen. Deshalb braucht der Markt klare Regeln und
361 eine funktionierende Wettbewerbsaufsicht. So wird der Wettbewerb abgesichert und
362 funktionsfähig erhalten. Regeln sind wichtig. Aber Regeln allein können die Ethik des
363 Wirtschaftens nicht gewährleisten. Jeder trägt mit seinem Handeln Verantwortung dafür, dass die

364 Regeln und die anderen Marktteilnehmer respektiert werden.

365 **Unternehmer und Markt**

366 Jeder ist der Unternehmer seines Lebens. Dem freien Unternehmertum kommt für das
367 wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben besondere Bedeutung zu. Die Ideen von
368 Unternehmern, die sich im Wettbewerb um die Gunst der Verbraucher messen, ermöglichen neue
369 Produkte, bessere Güter oder innovative Dienstleistungen. Darin liegt die Quelle zunehmender
370 Produktivität, soliden Wachstums, höheren Wohlstands und eines besseren Lebens.

371 Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft ist dem mittelständischen Unternehmer besonders
372 verpflichtet, er stellt das Rückgrat der Marktwirtschaft dar, sein Tätigwerden gibt der freien
373 Gesellschaft eine Mitte. Mittelständische Unternehmer verkörpern die zentrale Wertvorstellung
374 nachhaltigen Wirtschaftens: Bereitschaft zur Haftung mit eigenem Vermögen, Übernahme von
375 Verantwortung, langfristige und maßvolle unternehmerische Entscheidung, Verpflichtung
376 gegenüber den eigenen Mitarbeitern und gegenüber der örtlichen Gemeinschaft.

377 **Staat und Markt - eine zwingend notwendige Unterscheidung**

378 Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft haben für die Abgrenzung von Staat und Markt
379 folgende Grundregel aufgestellt:

380 „Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der
381 Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.“²

382 Der freie Markt braucht einen Ordnungsrahmen, auch zur Begrenzung privater Macht. Ihn setzt
383 der Staat. Das prinzipiengeleitete Handeln des Staates und die marktwirtschaftliche Freiheit
384 bedingen einander. Wo es keine Ordnung gibt, da herrscht Konfusion, nicht Freiheit. Der starke
385 Staat ist ein Schiedsrichter, der in voller Unparteilichkeit die Einhaltung des Leistungswettbewerbs
386 überwacht und Regelverstöße ahndet. Nach der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist der
387 Staat schlank, weil nicht umfassend zuständig, aber er ist gleichzeitig stark, wenn sich sein Einfluss
388 konsequent auf einer disziplinierten und nachhaltigen Ordnungspolitik gründet.

389 Für diese Ordnung sind nach Walter Eucken folgende Prinzipien konstituierend:

- 390 • Sicherung des freien Leistungswettbewerbs zur Verhinderung von Machtwettbewerb und
391 Behinderungskonkurrenz.
- 392 • Schutz der Stabilität der Währung, weil jede Inflation die Leistungsträger bestraft und die
393 Knappheitssignale des Preissystems verzerrt.
- 394 • Wahrung der Vertragsfreiheit, solange diese Freiheit nicht benutzt wird, um wirtschaftliche
395 Freiheit zu beseitigen.
- 396 • Offenheit der Märkte
- 397 • Stärkung der Haftung der Entscheidungsträger als Voraussetzung für eine Wirtschaftsordnung
398 des Wettbewerbs wie überhaupt für eine Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und

² Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik (1. Aufl. 1952), 6. Auflage Tübingen 1990, S. 336

399 Selbstverantwortung herrschen.

- 400 • Schutz des Privateigentums im Rahmen der von Artikel 14 des Grundgesetzes aufgezeigten Grenzen.
- 401 • Konstanz der Wirtschaftspolitik, da nur so Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen
402 gewährleistet werden können.
- 403 • Konsequente Beachtung der Interdependenz dieser Prinzipien.³

404 Von der Einhaltung einer marktwirtschaftlichen Ordnung und der aufgezeigten Prinzipien
405 profitieren alle. Ein Markt, der allen offensteht, ermöglicht sozialen Aufstieg und die Chance, sich
406 nach eigenen Kräften einzubringen. Der freie Leistungswettbewerb eröffnet die Chance, dass jeder
407 immer wieder neu anfangen kann. Eine stabile Währung und stabile Preise sichern den Wert des
408 Geldes, eine maßvolle Geld- und Kreditpolitik bewahrt vor Spekulationsblasen, gesunde
409 Staatsfinanzen eröffnen eine maßvolle Besteuerung der Einkommen. Eingebettet in eine solche
410 Rahmenordnung schaffen Markt und die auf ihm tätigen Akteure die Grundlage für Wohlstand und
411 soziale Sicherheit.

412 **Eigentum sichert Handlungsfreiheit**

413 Der Schutz des Eigentums vor staatlicher Willkür und der Bedrohung durch Dritte ist zentrales
414 Element unserer Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit, repräsentativer Demokratie,
415 Menschenrechten und Marktwirtschaft. Dahinter steht die Erfahrung, dass Eigentumsrechte für
416 eine dynamische Wirtschaftsordnung unersetzlich sind: Eigentum schafft Freiheit, sofern es die
417 Handlungssphären der Menschen untereinander abgrenzt. Eigentumsrechte setzen Grenzen für
418 den Staat, der sie zu schützen hat und nicht willkürlich in das Eigentum eingreifen darf. Eigentum
419 hält zu Verantwortung, Langfristigkeit und Nachhaltigkeit an. Eigentumsrechte ermöglichen
420 Wettbewerb und Kreativität.

421 Für Walter Eucken, den Begründer der ordoliberalen Freiburger Schule, gehörte das Recht auf
422 Privateigentum zu seinen „konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung“, und Eucken
423 betonte, dass erst Eigentum wirtschaftliche Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit sichert. Jedes
424 Unternehmen braucht Eigenkapital, also Eigentum, das in das Unternehmen eingebracht wird und
425 dort gebunden ist. Ist das Eigentum somit produktiv und trägt es zur Befriedigung der Nachfrage
426 der Kunden sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei, so ist die Bindung von Eigentum in einem
427 Unternehmen eine vorzügliche Art der Sozialbindung des Eigentums.

428 **Gute Wirtschaft braucht starke Familien**

429 Eine erfolgreiche Wirtschaft muss auch im eigenen Interesse die Familie achten und unterstützen. Die
430 Grundlagen für soziale Kompetenz und Lernfähigkeit, ohne die berufliches und unternehmerisches
431 Können nicht denkbar sind, werden dort gelegt, wo Menschen füreinander Verantwortung
432 übernehmen und wo Kinder aufwachsen. Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muss Müttern
433 und Vätern dafür Zeit und Energie lassen. Wachstum, Wohlstand, soziale Sicherheit und eine gute
434 Altersversorgung brauchen eine ausgewogene Altersstruktur der Bevölkerung. Diese kann nicht nur
435 mit Zuwanderung erreicht werden. Berufliche und unternehmerische Verantwortung mit
436 Partnerschaft, Familie und Kindern zu verbinden, ist deshalb nicht nur eine persönliche

³ Walter Eucken, a.a.O., S. 254 - S. 291

437 Herausforderung für jeden Einzelnen. Unsere Wirtschafts- und Sozialordnung muss dafür auch gute
438 Rahmenbedingungen gewährleisten.

439
440 Sie muss dabei die weit fortgeschrittene Individualisierung der Lebensstile und Lebensentwürfe
441 achten. Die demografische Entwicklung unseres Landes ist nicht zuletzt ein Zeugnis dafür, dass dies bis
442 heute nicht ausreichend gelungen ist. Sie leidet, solange Frauen und Männer glauben, sich entweder
443 für beruflichen Erfolg oder für Nachkommen entscheiden zu müssen. Die Vereinbarkeit von Beruf und
444 Familie und die Wahlfreiheit von Eltern sind bleibende Aufgaben für Staat und Gesellschaft.

445 **Soziales und Markt - eine sinnvolle Ergänzung**

446 Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung hat Deutschland in vielen Jahrzehnten Freiheit
447 ermöglicht und breiten Wohlstand gebracht. Sie hat die Grundlage für ein System sozialer
448 Sicherung auf weltweit höchstem Niveau gelegt. Auch dies hat zu einem hohen Maß an sozialem
449 Frieden beigetragen, das gesellschaftlich, politisch und ökonomisch ein hohes Gut darstellt.

450 Soziale Marktwirtschaft bedarf gelebter Freiheit und Leistungsgerechtigkeit: Sie setzt auf
451 selbstbewusste Bürger, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, die gesellschaftlichen und
452 politischen Verhältnisse selbst mitgestalten wollen, aber ein Dasein als ruhiggestellte Untertanen
453 ablehnen, die sich bequem in der Abhängigkeit vom Staat einrichten.

454 Sie setzt auf einen handlungsfähigen Staat, der den Wettbewerbsrahmen setzt und nach Maßgabe
455 des Subsidiaritätsprinzips Chancengerechtigkeit und Solidarität da organisiert, wo Einzelne sich
456 nicht mehr selbst helfen können.

457 Die Soziale Marktwirtschaft verbindet das Prinzip und die Leistungsfähigkeit freier Märkte mit
458 sozialem Ausgleich. Sie ist sozial, weil sie produktiv ist und den Verbrauchern eine Güterfülle zur
459 Verfügung stellt, wie es zentralplanwirtschaftlichen Systemen unmöglich ist. Die Soziale
460 Marktwirtschaft ist darüber hinaus sozial, weil sie durch ihre Produktivität die erforderlichen
461 Ressourcen für den sozialen Ausgleich und die Bewahrung der Schöpfung auch für künftige
462 Generationen bereithält.

463 Erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft ist deshalb aus sich heraus sozial; sie bedarf keiner
464 expansiven, auf alle Schichten der Bevölkerung zielenden umfassenden Sozialpolitik als
465 „Gegengewicht“ oder „Ausgleich“. Menschen in Not müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft
466 bauen können. Alle Transferleistungen, die nicht auf individueller Leistung beruhen, sollten den
467 situativen Charakter einer Hilfe in Notlagen und damit Anreize zu ihrer Beendigung aufweisen. Der
468 Grundsatz „Fördern und Fordern“ muss konsequent eingehalten werden.

469 Politik muss dazu beitragen, Abhängigkeiten abzubauen, Selbsthilfekräfte zu stärken, Missbrauch
470 und Mitnahmeeffekte zu verringern: Sie muss das soziale Netz und dessen Leistungsfähigkeit für
471 die wirklich Bedürftigen erhalten und damit in Zeiten demographischen Wandels weniger Anreize
472 zur Schaffung und Verlängerung von Abhängigkeiten bieten.

473 Die Qualität unseres Gemeinwesens oder Sozialstaats bemisst sich nicht an der Menge der für
474 Sozialleistungen verwandten finanziellen Mittel. Davon, dass sozialer Frieden nicht mit immer
475 noch mehr Transfers und Umverteilung zu erkaufen ist, künden auch die Klagen über immer neue
476 „Gerechtigkeitslücken“, obwohl der Anteil der Sozialausgaben an den Öffentlichen Haushalten

477 steigt. Umgekehrt darf das Zahlen von Steuern und Abgaben nicht als Freikaufen aus der
478 Verpflichtung zu gesellschaftlichem Engagement und zu karitativer Hilfe im persönlichen Umfeld
479 missverstanden werden.

480 Soziale Marktwirtschaft verdient ihren Namen nur dann, wenn sie auch generationengerecht und
481 nachhaltig ist. In einer Wirtschafts- und Sozialordnung, die für zukünftige Generationen
482 fruchtbaren Boden statt ausgetrockneter Erde hinterlassen will, dürfen nur die Früchte geerntet,
483 aber nicht ganze Pflanzen herausgerissen werden. Es kann nur ausgegeben werden, was zuvor
484 erwirtschaftet wurde.

485 Prägend für die Soziale Marktwirtschaft ist, dass trotz des Primates der Marktwirtschaft das Markt-
486 und das Sozialprinzip grundsätzlich untrennbar miteinander verbunden sind. Keines darf ohne
487 Berücksichtigung des anderen umgesetzt werden. Eben auf diese Balance zielt die Soziale
488 Marktwirtschaft als ökonomisches, soziales und politisches Programm.

489 In der Sozialen Marktwirtschaft gehören also wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung
490 untrennbar zusammen. Wirtschaftliche Effizienz und sozialer Ausgleich sind aber nicht in jedem
491 Fall miteinander kompatibel. Wenn nämlich der soziale Ausgleich übertrieben wird, bleibt die
492 wirtschaftliche Vernunft auf der Strecke. Die Geschichte der Bundesrepublik und die Entwicklung
493 zum Wohlfahrtsstaat zeigen, dass die soziale Seite priorisiert wurde und die wirtschaftliche
494 Vernunft dadurch häufig zu kurz gekommen ist.

495 Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, das Gemeinwohl gegen den Markt, durch Zentralplanwirtschaft,
496 sichern zu wollen. Genauso wenig ist allein dem Markt die Herstellung einer sozialen Ordnung
497 zuzutrauen. Die Folgen dieser Fehleinschätzungen sind Mangelwirtschaft oder Ökonomisierung
498 des gesellschaftlichen Lebens. Es gilt, den Markt weder zu lähmen noch zu überhöhen, sondern
499 eine klare Grenze zu ziehen: Der Markt hat eine segensreiche unverzichtbare Funktionalität als
500 Wohlstandsmotor, aber er ist kein gesellschaftlicher Sinnstifter. Es gibt viele Dinge, die mindestens
501 so wichtig oder wichtiger sind als der Markt: Familie, Natur, Heimat, Toleranz und Fairness,
502 religiöse, kulturelle und seelische Prägungen. Sie zusammen machen den Menschen aus. Die
503 Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft muss gestützt werden durch Werthaltungen „jenseits von
504 Angebot und Nachfrage.“⁴ Dennoch schafft erst die Produktivität des Marktes dafür die Grundlage,
505 dass nicht Not den Kampf aller gegen alle auslöst, sondern Werte in Würde gelebt werden können.

506 **Fazit**

507 Die Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft kann nicht prägnanter auf den Punkt gebracht werden
508 als durch die klassische Formulierung der Düsseldorfer Leitsätze der CDU vom 15. Juli 1949; dort
509 heißt es:

510 *„Die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der*
511 *die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von*
512 *wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt.“*
513

⁴ Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 1. Auflage, Eugen Rentsch Verlag, Zürich 1958

514 **KAPITEL 3**

515 UNSERE HERAUSFORDERUNGEN - UNSERE ANTWORTEN

516

517 **3.1. Einleitung**

518 Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik als erfolgreicher Begriff
519 durchgesetzt. Aber gerade deswegen war ihre Interpretation immer wieder umstritten. Politisch
520 Verantwortliche sind oft von dem abgewichen, was mit dem Leitbild eigentlich gemeint war. Ihre
521 Grundprinzipien wurden oft über Bord geworfen, wenn sie der Politik lästig wurden oder sie
522 bequemen Kompromissen im Wege standen.

523 Wir wollen uns mit einer solchen Umdeutung und Entwertung der Sozialen Marktwirtschaft nicht
524 abfinden. Auch wenn der Status unseres Landes von vielen als sehr positiv angesehen wird, sind
525 Gefährdungen doch unübersehbar. Deshalb müssen wir uns realistisch den aktuellen
526 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen. Wir sind davon überzeugt, dass das Leitbild der
527 Sozialen Marktwirtschaft auch heute helfen kann, die richtigen Antworten auf diese
528 Herausforderungen zu finden und unserer politischen Verantwortung für heutige und künftige
529 Generationen gerecht zu werden. Deshalb müssen wir die Weichen neu stellen.

530 Die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft lehrt uns, dass wir vor diesen Herausforderungen keine
531 Angst zu haben brauchen. Wir haben allen Grund zu Selbstbewusstsein und Optimismus. Die
532 Menschen, die 1945 buchstäblich vor dem Nichts standen, haben unser Land mit Tatkraft wieder
533 aufgebaut, weil sie auf die Kraft der Freiheit vertraut und ihr Schicksal selbst in die Hand genommen
534 haben. Nach 1990 hat sich dieser großartige Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen
535 Ländern wiederholt. Viele Menschen hatten dort den Mut, ihr Leben neu auszurichten und Freiheit
536 und Eigenverantwortung zu leben. Nicht zuletzt haben viele Menschen dort aus dem Nichts den
537 Sprung in die Unternehmerverantwortung gewagt, Wohlstand geschaffen und Beschäftigung
538 aufgebaut. Und seit Jahrzehnten zeigen viele Zuwanderer, die in unser Land kommen, um einen
539 Neuanfang zu wagen, dass man in Vertrauen auf Freiheit und auf die eigene Tatkraft eine neue
540 Existenz aufbauen und erfolgreich in unserer freien Gesellschaft bestehen kann.

541 Wir sollten uns diese Erfolgsgeschichten der Sozialen Marktwirtschaft in Erinnerung rufen. Die
542 Tugenden, die die Menschen im Wiederaufbau nach 1945 und 1990 stark gemacht haben, sind auch
543 heute noch fester Bestandteil unserer politischen Kultur. Wir tragen sie in uns. Wir müssen uns nur
544 auf sie besinnen und den Mut haben, die Weichen richtig zu stellen. Wir wissen, dass Wohlstand,
545 Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum nicht selbstverständlich sind. In Zeiten der europäischen
546 Integration, der Globalisierung und des rasanten technologischen Fortschritts können wir uns nicht
547 ausruhen oder verstecken. Wir haben den Mut, unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Der
548 Schlüssel dazu ist, dass wir die Soziale Marktwirtschaft als eine Ordnung begreifen und sie so
549 ausgestalten, dass sie dem Menschen dient, ihm große Entfaltungsmöglichkeit verschafft und ihm
550 Würde und Selbstverantwortung zutraut.

551 Wichtig hierfür ist, dass die Regeln, die der Staat den Menschen auferlegt, und die Institutionen,
552 durch die er handelt, von den Menschen verstanden und als verlässlich und gerecht empfunden
553 werden. Der Staat muss einfach, überschaubar und robust handeln. Regeln müssen einfach sein, um
554 ihre Gerechtigkeit und Allgemeingültigkeit zu sichern und vor dem Abdriften in willkürliche

555 Einzelfallentscheidungen zu schützen. Der Staat muss überschaubar handeln, weil davon die
556 Transparenz von Institutionen und Organisationen abhängt und Legitimität vermittelt werden kann.
557 Dabei muss der Staat robust agieren, damit Regeln und Institutionen die Ziele, derentwillen sie
558 eingeführt wurden, auch erreichen. Das bedeutet insbesondere, dass Regeln realitätsnah, flexibel und
559 korrekturfähig sein müssen.

560 **3.2. Für ein Europa des Wettbewerbs und der Subsidiarität**

561
562 **Die europäische Integration ist ein historischer Erfolg**
563 Die großen Herausforderungen unseres Landes können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen
564 Partnern meistern. Viele wichtige politische Entscheidungen, die unser Land betreffen, werden
565 heutzutage durch die Europäische Union (EU) beeinflusst. Es ist eine große historische Leistung, dass
566 es uns nach zwei Weltkriegen gelungen ist, im Laufe von inzwischen sieben Jahrzehnten immer mehr
567 Länder unseres ehemals von Feindschaften zerrissenen Kontinents zusammenzuführen und eine
568 stabile Friedensordnung zu errichten. Darauf können wir stolz sein, und diese historische Leistung
569 dürfen wir auch nie aus dem Blick verlieren, wenn der politische Alltag Probleme und Konflikte mit
570 den Institutionen oder anderen Mitgliedstaaten der EU mit sich bringt. Als Mittelstands- und
571 Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU wissen wir besonders zu schätzen, dass in Europa ein großer
572 Binnenmarkt entstanden ist, der allen Bürgern Freizügigkeit beschert, einen freien Waren- und
573 Dienstleistungsverkehr ermöglicht und vielen Unternehmen neue Horizonte eröffnet hat. Auch
574 Deutschland wurde durch die Integration zu Reformen angehalten, die es aus eigener Kraft nicht
575 unternommen hätte. Der Binnenmarkt, die Freizügigkeit, der Wegfall der Zollschränken und die
576 gemeinsame Währung sind für uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Vorteile und Leistungen
577 der EU verblassen. Im politischen Alltag sollten wir uns aber in Erinnerung rufen, dass seit Jahrzehnten
578 kaum ein anderer EU-Mitgliedstaat in einem so hohen Maße von der EU-Integration profitiert wie die
579 Exportnation Deutschland. Seit seiner Gründung hat der EU-Binnenmarkt das Bruttoinlandsprodukt
580 Deutschlands stets gesteigert. Er ist eine Wachstums- und Job-Maschine, die Deutschlands Wohlstand
581 sichert. Für den deutschen Mittelstand und die Wirtschaft insgesamt ist er unerlässlich.

582 **Toleranz für ein Mehr an Vielfalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten**

583 Die europäische Integration ist das Werk von engagierten Menschen, gesellschaftlichen
584 Organisationen und politischen Entscheidern aus fast allen Staaten auf dem Kontinent Europa.
585 Europäischer Rat, Europäische Kommission und Europäisches Parlament treiben zusammen mit den
586 nationalen Regierungen und Parlamenten den Integrationsprozess voran. Dieser war immer von
587 Kompromissen geprägt und durchlebte häufig Krisen. Vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges hat
588 die EU durch die Osterweiterung und durch die im Maastricht-Vertrag angelegte Vertiefung eine neue
589 Qualität erhalten. Die Gefahr, dass die bisherige Politik an ihre Grenzen stößt, können wir nicht
590 ignorieren. Wir stoßen nicht nur in einigen Mitgliedstaaten und gesellschaftlichen Gruppen in Europa
591 auf Akzeptanzprobleme. Inzwischen sind auch viele Interessenkonflikte entstanden, weil die
592 Integration auf Bereiche ausgedehnt wurde, für die es keinen inhaltlichen Konsens gibt.

593 Der Mehrheitswille der britischen Wähler im Sommer 2016, aus der Europäischen Union auszutreten,
594 ist nicht nur eine Folge der inneren Distanz, die nicht wenige Briten von jeher zur Europäischen Union
595 hatten. In der Austrittsentscheidung spiegelt sich auch wider, dass Art und Umfang der Integration
596 selbst problematisch und korrekturbedürftig geworden sind. Wir brauchen deshalb eine
597 Verständigung über die ordnungspolitischen Grundsätze und Grenzen der Integration.

598 Die Europäische Union bedarf deshalb einer umfassenden Konzeption für ihre Zukunft. Diese
599 Konzeption muss die bisher erfolgreichen Integrationsfelder wahren, neue Aufgaben bestimmen, die
600 die Mitgliedstaaten allein nicht ausreichend lösen können, und die Zuordnung der Kompetenzen
601 zwischen der EU und den Mitgliedstaaten grundlegend überprüfen. Die Bürger in der EU müssen
602 erfahren und erkennen können, dass die EU ihre Lebensumstände sichert und verbessert.

603
604 Wir fordern:

- 605
606 • Eine Aufgabenkritik für die Europäische Union im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Neben
607 bestimmten Erweiterungen der Aufgaben der Europäischen Union bei der inneren und äußeren
608 Sicherheit, bei der internationalen Energie- und Umweltpolitik sowie der Zuwanderungspolitik
609 bedarf es auch einer Überprüfung der Zuständigkeiten mit dem Ziel einer Rückverlagerung von
610 Kompetenzen an die nationale und regionale Ebene, die nicht nur kosmetischer Natur ist.
611 Europa soll „groß in großen Dingen und klein in kleinen Dingen sein“⁵ und bescheiden und
612 zurückhaltend in tausend Einzelheiten des täglichen Lebens. Ein Wettbewerb zwischen
613 bewährten mitgliedstaatlichen Lösungen zum Beispiel in der beruflichen Bildung muss möglich
614 sein.
- 615 • Eine Verständigung über ein unterschiedliches Integrationsniveau für die Mitgliedstaaten, um
616 pragmatisch mit einem größeren Maß an Heterogenität der Mitgliedstaaten umgehen zu
617 können. Dabei müssen alle Integrationsschritte, die nur ein Teil der Mitgliedstaaten macht, für
618 alle anderen grundsätzlich offen sein.
- 619 • Die Erhaltung und Stabilisierung der Zollunion und des gemeinsamen Binnenmarktes und
620 Freihandels- und Investitionsabkommen der EU mit allen wichtigen Handelspartnern in der
621 Welt
- 622 • Eine Reform der Währungsunion mit einer Verständigung über grundlegende
623 ordnungspolitische Maßstäbe der wirtschaftlichen und fiskalischen Integration. Eine
624 Transferunion zur Finanzierung nationaler Haushalte und Sozialversicherungssysteme ist dabei
625 für Deutschland nicht zustimmungsfähig. Vielmehr ist die Eigenverantwortung der
626 Mitgliedsstaaten für ihre öffentlichen Finanzen und Sozialversicherungen zu stärken. Hingegen
627 sind zweckgebundene Strukturhilfen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der
628 Wirtschaftskraft notwendige Instrumente einer EU-Wirtschaftspolitik.
- 629 • Eine Verständigung der EU-Mitgliedsstaaten über die geographischen Grenzen der EU. Die
630 bisherige Erweiterung der EU hat die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht.
- 631 • Eine bessere Verständigung über eine gemeinsame Zuwanderungspolitik – von der Aufnahme
632 von Flüchtlingen und Asylsuchenden bis zur gezielten Einwanderung in den Arbeitsmarkt.
- 633 • Eine wirksame, solidarische und gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen zur
634 Durchsetzung der gemeinsamen Zuwanderungspolitik und zur Sicherung der Freizügigkeit
635 ohne Grenzhindernisse zwischen den EU-Staaten.
- 636 • Eine wesentlich verstärkte Zusammenarbeit in der EU für die innere Sicherheit mit
637 schlagkräftigen gemeinsamen Ermittlungsbehörden, die wirksamen Schutz gegen international
638 organisiertes Verbrechen und Terrorismus erzielen kann.
- 639 • Eine vertiefte außenpolitische Zusammenarbeit im gemeinsamen Sicherheitsinteresse.
640 Besonders braucht die EU Gemeinsamkeit ihrer Politik gegenüber ihren Nachbarregionen von
641 Osteuropa über den Nahen Osten bis Afrika.“

642
643 **Wir fordern: Weniger Bürokratie aus Brüssel**

⁵ EU-Vizepräsident Frans Timmermans in den Anhörungen der Kandidaten für die neue EU-Kommission durch das Europäische Parlament am 07. Oktober 2014

644 Ein entscheidendes Argument für die europäische Integration war und ist der Abbau von
645 Bürokratie durch die Reduzierung der nationalen Normen, die von Unternehmen beachtet werden
646 müssen. Hier hat die Europäische Union in der Tat auch viel erreicht. Trotzdem gibt es immer
647 wieder Beschwerden über langwierige und intransparente Entscheidungsverfahren, nur schwer
648 verständliche Rechtsakte sowie allgemein ein Übermaß an Bürokratie.

649 Wir fordern daher die Einsetzung eines unabhängigen Normenkontrollrats, der geplante Normen
650 an den Maßstäben von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit prüft und eine unabhängige
651 Folgenabschätzung neuer Regulierungen leistet. Vor allem die Mittelstandsverträglichkeit der
652 Rechtsakte der EU muss besser als bisher gewährleistet werden. Europa leidet nicht an zu wenig
653 Regulierung, aber sehr wohl darunter, dass die Mitgliedsstaaten die Regeln und übernommenen
654 Verpflichtungen vielfach nicht einhalten und die Kommission oder andere dazu berufene Organe
655 dies nur unzureichend kontrollieren und sanktionieren. Dies gilt vom Euro bis zum Schengen-
656 Vertrag. Hier benötigen wir dringender als mehr Rechtsetzung mehr Rechtsdurchsetzung in
657 Europa!

658 **Wir fordern mehr Binnenmarkt und weniger Zentralisierung**

659 Die Europäische Union hat ihre größten Erfolge mit der Durchsetzung des Binnenmarktes erreicht.
660 Unternehmer und Verbraucher in ganz Europa haben davon sehr profitiert. Es zeigt sich aber
661 inzwischen deutlich, dass es über diese Philosophie des Binnenmarktes, der ökonomischen und
662 politischen Wettbewerb ermöglicht, keinen echten Konsens gibt. Stattdessen haben inzwischen
663 viele Regelungen um sich gegriffen, die auf eine Zentralisierung hinauslaufen. Durch eine zu rigide
664 Vereinheitlichung der Vorgaben erlahmt der politische Wettbewerb um beste Lösungen. Das
665 behindert nicht nur politische Innovationen in den einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern stellt auch
666 Lösungen, die bereits in einzelnen Ländern erfolgreich praktiziert werden, in Frage. Dafür gibt es
667 viele Beispiele: Uns macht vor allem das Feld der beruflichen Bildung Sorge, weil aus der
668 europäischen Politik und aus anderen Mitgliedsstaaten immer wieder Versuche unternommen
669 werden, das an sich berechtigte Anliegen einer gegenseitigen Anerkennung von gleichwertigen
670 Berufsabschlüssen dazu zu missbrauchen, das deutsche System der beruflichen Bildung zu
671 entwerten. Das ist angesichts der geringen Jugendarbeitslosigkeit, die Deutschland vor den
672 meisten anderen EU-Ländern auszeichnet, absurd. Ohne duale Berufsbildung, gestützt vor allem
673 durch Handwerk und Mittelstand, wären solch niedrige Jugendarbeitslosenquoten nicht möglich.
674 Wir fordern deshalb, dass die EU-Kommission die Europäische Union als Raum versteht, der einen
675 Wettbewerb der Systeme fördert und nicht unterbindet. In der EU müssen einzelne Länder
676 weiterhin bessere Lösungen beibehalten und weiterentwickeln können, als dies im Konsens aller
677 Länder möglich wäre. Der Schutz des Meisterbriefes als qualifikationsgebundener Gewerbezugang
678 ist ein zentrales Beispiel dafür. Wir treten dafür ein, dass wir mit den wichtigen Wirtschaftsräumen
679 der Welt Freihandels- und Investitionsabkommen abschließen, deren oberste Priorität sein muss,
680 den Mittelstand nach Kräften zu fördern.

681 **Europa muss sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen**

682 Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft und für die Soziale Marktwirtschaft ist die
683 Gewährleistung von innerer und äußerer Sicherheit durch den Staat. Es ist daher erforderlich, dass
684 Deutschland und die Staaten Europas ihre sicherheitspolitische Verantwortung innerhalb und
685 außerhalb Europas erkennen und die dafür erforderlichen Fähigkeiten und Ressourcen
686 bereitstellen. Wir sind davon überzeugt, dass eine den Anforderungen der heutigen Zeit
687 angemessene Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht mehr allein durch einzelne

688 Nationalstaaten betrieben werden kann. Erforderlich sind gemeinsame Sichtweisen hinsichtlich
689 der Sicherheitsbedürfnisse der Staaten Europas und eine Diskussion über die künftige Rolle
690 Europas in einer dynamischer und unsicherer werdenden Welt. Die Übernahme
691 sicherheitspolitischer Verantwortung ist zunächst die Aufgabe der europäischen Staaten selbst,
692 die diese Aufgabe nach unserer Überzeugung am besten gemeinsam erfüllen können.

693 Daneben ist und bleibt die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft mit den USA von
694 überragender Bedeutung. Diese Sicherheitsgemeinschaft wird aber nur Bestand haben können,
695 wenn die Europäer ihren Teil der Sicherheitsverantwortung auch wirklich übernehmen. Zu oft in
696 der Vergangenheit haben die Europäer bei schwierigen geopolitischen Sachlagen ein Einschreiten
697 der USA verlangt oder erwartet und dennoch gleichzeitig eine gleichberechtigte Teilhabe an
698 sicherheitspolitischen Entscheidungen eingefordert. Dieses Ungleichgewicht innerhalb der
699 transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft wird nicht funktionieren können.

700 Deutschland muss daher nach unserer Überzeugung gemeinsam mit seinen europäischen Partnern
701 bereit sein, selbst die Mittel bereit zu stellen, um die eigene Sicherheit und die Vertretung eigener
702 Interessen in der Welt selbständig gewährleisten zu können.

703 **Wir bauen die Zukunft auf Europa**

704 Bei allem Reformbedarf der EU dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass ein geeintes Europa der
705 Garant für ein friedliches Miteinander und einen starken europäischen Binnenmarkt ist. Freiheit,
706 Demokratie und soziale Sicherheit stehen für uns in Europa in einem unauflöselichen Zusammenhang.
707 Rund 440 Millionen EU-Einwohner sind auch nach dem Brexit Teil des größten Binnenmarktes der
708 Welt, leben in Sicherheit und genießen überwiegend einen hohen Lebensstandard. Unser Alltag in
709 Europa kennt keine Mauern und keine Schlagbäume. Wir können frei reisen, überall wohnen, lernen,
710 arbeiten, gründen und handeln. Immer mehr Menschen nutzen diese Chancen. Für viele Jüngere ist es
711 eine Selbstverständlichkeit geworden, einen Teil ihrer Ausbildung oder ihres Arbeitslebens im
712 europäischen Ausland zu verbringen. Europa strahlt weit über seine Grenzen hinaus Stabilität und
713 Wohlstand aus. Die EU ist und bleibt das Fundament für eine weltweit wettbewerbsfähige europäische
714 Wirtschaft, stabile Finanzen in allen Mitgliedstaaten und nachhaltige Investitionen in die Zukunft
715 unseres Kontinents. Von der EU profitieren alle EU-Mitgliedstaaten. Deshalb bekräftigt die MIT ihr
716 Bekenntnis zu Europa aus voller Überzeugung. Es ist nun unsere Aufgabe, Europa auch für die Zukunft
717 fit zu machen. Die MIT wendet sich gegen jeden antieuropäischen Nationalismus wie auch gegen
718 sozialistisch inspirierte Ideen eines europäischen Zentralismus mit Transferunion und Trends zu
719 etatistischer Planwirtschaft. Nur eine Politik der Mitte, orientiert am Leitbild der Sozialen
720 Marktwirtschaft macht Europa und seine Nationalstaaten stark.

721 **3.3. Stabile Währung und solide Finanzen - Schlüsselfragen für die europäische und deutsche Politik**

723 **Das Schicksal der gemeinsamen europäischen Währung ist eine Schlüsselfrage der deutschen und europäischen Politik**

724 Die Schaffung der Währungsunion war ein politisches und ökonomisches Wagnis, das von
725 Deutschland eingegangen wurde, weil es mit dem Versprechen verbunden wurde, dass der Euro
726 ebenso stark und unabhängig wie die Deutsche Mark sein werde und dass dazu eine robuste
727 Stabilitätskultur in ganz Europa durchgesetzt werde. Durch eine stabile Währung, so die
728 Erwartung, könne die politische Integration vorangebracht werden. Inzwischen sind wir
729

730 ernüchert: Zwar hat sich der Euro bislang durchaus als stabile Währung erwiesen. Wir mussten
731 aber die Erfahrung machen, dass einige Länder gegen die Stabilitätskultur verstoßen haben und
732 dass es Euro-Staaten gibt, die sich nicht der Disziplin einer starken Währung unterwerfen wollen.
733 So waren es Deutschland und Frankreich, die als erste gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen
734 haben. Dabei dürfen wir eines nicht übersehen: Die Krise des Euros, die nach wie vor nicht
735 überwunden ist, ist keine Folge der Finanzmarktkrise, sondern zuallererst eine Folge der
736 jahrzehntelangen Staatsverschuldung, die überall in Europa betrieben wurde. Die
737 Finanzmarktkrise hat nur dazu geführt, dass die versteckten Kosten und Risiken dieser
738 Staatsverschuldung deutlicher wurden. Der Weg zur Überwindung der Krise des Euros kann nur
739 über eine solide Haushaltspolitik und beherzte wirtschaftliche Reformen erfolgen nicht aber durch
740 Verschuldung und eine Kollektivierung der Verschuldungskosten.

741 **Nicht jedes EU-Mitglied ist reif für die Währungsunion**

742 Der europäischen Integration ist mit einer alle Mitgliedstaaten umfassenden gemeinsamen Währung
743 nicht um jeden Preis gedient. Der europäischen Integration ist nur gedient mit einer Währungsunion,
744 die sich als Stabilitätsunion begreift und eine starke Gemeinschaftswährung garantiert. Die politische
745 Integration kann nicht gelingen, wenn sie sich nicht auf die Regeln ökonomischer Vernunft besinnt.
746 Das richtige Signal wäre eine Härtung des Stabilitätspaktes inklusive einer konsequenten staatlichen
747 Insolvenzordnung. Hierfür müssen Regeln definiert werden, wann und in welcher Höhe die
748 Gläubigerbeteiligung greift, in welchen Fällen die Kapitalverkehrsfreiheit eingeschränkt und
749 gegebenenfalls eine Parallelwährung oder neue Währung eingeführt wird. Wir benötigen eine solche
750 Staateninsolvenzordnung, an deren Ende der Austritt aus dem Euro oder die erfolgreiche Sanierung
751 des Staatshaushaltes steht.

752 **Wir müssen zurück zu einem wasserdichten „Bail-Out“-Verbot**

753 Wir müssen daher weiterhin dafür sorgen, dass überschuldete Staaten auf den Pfad der Stabilität
754 und Solvenz zurückkehren und das Gesamtniveau der öffentlichen Verschuldung konsequent
755 zurückgefahren wird. Wir brauchen automatische Defizitverfahren bei Verstößen gegen diese
756 Regeln sowie wirksame nationale Schuldenbremsen. Kein Land soll sich darauf verlassen, dass es
757 die Folgen der Verschuldung auf andere Länder abwälzen kann. Es ist zudem der engen
758 Partnerschaft souveräner Staaten mit dem notwendigen grundsätzlichen gegenseitigen Vertrauen
759 nicht zuträglich, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in ein direktes oder indirektes
760 Verhältnis von Schuldner und Gläubiger treten. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, dass wir zur
761 „No-Bail-Out“-Regel zurückkehren und Vorkehrungen gegen ihre erneute Aushebelung treffen.
762 Europa kann nur als Rechtsgemeinschaft bestehen. Deshalb gibt es für die Zukunft Europas nichts
763 Wichtigeres, als sich wieder an das Recht der Europäischen Verträge zu halten. Es darf keine
764 gemeinsame Haftung für Staatsschulden geben, insbesondere nicht durch sogenannte Euro-Bonds.
765 Hilfen für hochverschuldete Staaten darf es nur geben, wenn diese sich einem eindeutigen und
766 konsequenten Reformprogramm verpflichten und dieses umsetzen. Die EU benötigt für ihre
767 Mitgliedstaaten eine konsequente staatliche Insolvenzordnung. Die Banken in der Europäischen
768 Union müssen gesetzlich verpflichtet werden, Kredite und auch die Zeichnung von Anleihen an
769 Staaten mit haftendem Eigenkapital zu unterlegen.

770 **Die EZB muss sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben beschränken**

771 Der Europäischen Zentralbank ist das vorrangige Ziel vorgegeben, die Preisstabilität im Euro-Raum
772 zu gewährleisten. Nur wenn dieses Ziel dabei nicht gefährdet wird, kann die EZB die allgemeine

773 Wirtschaftspolitik der EU unterstützen. Unter dieser Voraussetzung hat die EZB folgende
774 Aufgaben: die Geldpolitik der Union festzulegen und auszuführen, bestimmte Devisengeschäfte
775 durchzuführen, die offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten zu verwalten und das
776 reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern. Es ist der EZB untersagt, Schuldtitel
777 von Regierungen der Mitgliedstaaten unmittelbar zu erwerben. Darüber hinaus hat die EZB
778 Aufgaben der Bankenaufsicht.

779 In der akuten Krisensituation des Jahres 2012 war es noch vertretbar, dass die EZB in Aussicht
780 gestellt hat, zur Not unbegrenzte Liquidität bereitzustellen. Der Europäische Gerichtshof und das
781 Bundesverfassungsgericht haben geurteilt, dass die EZB dabei im Rahmen ihrer durch die
782 europäischen Verträge festgelegten Aufgaben und Kompetenzen gehandelt hat. Dennoch begibt
783 sich die EZB mit wachsender Dauer und Höhe des Kaufes von Staatsanleihen auf dem
784 Sekundärmarkt in eine immer größer werdende Nähe zur unmittelbaren Staatsfinanzierung. Dies
785 widerspricht dem Geist der Verträge zur Europäischen Währungsunion. Zudem geht die Politik des
786 billigen Geldes mit extrem niedrigen bis negativen Zinsen auf Dauer in die Irre. Sie schwächt den
787 Druck zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur Stärkung der Wachstumskräfte in den
788 Volkswirtschaften. Der forcierte Kauf von Unternehmensanleihen durch das EZB-System ist ein
789 weiterer sehr kritischer Schritt in eine falsche Richtung. Gegen den Markt verbilligtes Geld setzt
790 falsche Anreize, führt zur Fehllenkung von Investitionen, begünstigt Spekulationsblasen und
791 schadet am Ende dem Wirtschaftswachstum. Es schädigt die Mittelstandsfinanzierung, gefährdet
792 die Existenz von Kreditinstituten und schwächt die kapitalgedeckte private und betriebliche
793 Altersvorsorge von Millionen Menschen, die auf ihre Renten und Lebensversicherungen vertrauen.
794 Um die Überdehnung des Mandats der EZB zu beenden, kommt es darauf an, dass die
795 Mitgliedstaaten der Eurozone die notwendigen Strukturreformen zur Stärkung der
796 Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsdynamik zügig und entschlossen umsetzen. Das würde der
797 EZB den Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik ermöglichen. Für verfehlt hält die MIT die
798 Überlegungen der EZB, die Verwendung von Bargeld zu beschneiden. Elektronische Bezahlssysteme
799 sind auf dem Vormarsch. Letztendlich wird aber der Markt über die Verwendung von Bargeld oder
800 digitalen Bezahlmethoden entscheiden. Die Abschaffung von Bargeld lehnen wir grundsätzlich ab,
801 denn Bargeld ist gemünzte Freiheit.

802 **Wer bestellt, muss bezahlen - auch in der Finanzpolitik**

803 Als größtes Land der Euro-Zone hat Deutschland eine besondere Verantwortung dafür, seine
804 Finanzverfassung so zu gestalten, dass die Anforderungen einer starken und stabilen Währung
805 erfüllt werden. Das geht nur durch eine strikte Verantwortungskultur, an die sich alle politischen
806 Akteure halten müssen. Für das Verhältnis der staatlichen Ebenen untereinander muss das Prinzip
807 der Konnexität gelten. Die Gesetzgebungskompetenz muss mit der Finanzierungsverantwortung
808 zusammenfallen. Nur dann ist zu erwarten, dass politische Entscheidungsträger kostenbewusst
809 handeln. Verstöße gegen diese Grundregel sind oft schuld daran, dass eine Ebene Aufgaben
810 übertragen bekommt, ohne Finanzmittel verfügbar zu haben, und dann zur Kreditfinanzierung
811 greifen muss. Vor allem die Kommunen haben hierunter zu leiden.

812 **Wir fordern die Entflechtung des Finanzföderalismus**

813 Die Finanzen von Bund und Ländern müssen konsequent entflochten werden, um
814 Finanzverantwortung auf beiden Ebenen herzustellen. Die Länder brauchen für eine solide
815 Finanzpolitik mehr finanzielle Autonomie auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite. Sie

816 müssen ihre Haushalte selbst gestalten und verantworten können. Genauso braucht der Bund
817 Steuern, die ihm alleine zustehen und über die er auch ohne Zustimmung der Länder entscheiden
818 kann. Ein Trennsystem ist deshalb dem heute vorherrschenden System der Verbundsteuern
819 vorzuziehen. Mischfinanzierungen von Bund und Ländern müssen auf wenige gemeinsame
820 Einrichtungen im Bereich Forschung, Wissenschaft und Kultur beschränkt werden.

821 **Der föderale Finanzausgleich muss politischen Wettbewerb ermöglichen**

822 Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern muss auf der einen
823 Seite sicherstellen, dass wesentliche staatliche Aufgaben in allen Ländern garantiert werden
824 können. Er muss aber zugleich starke Anreize enthalten, die eigene regionale Wirtschafts- und
825 Steuerkraft zu verbessern und auf diesem Wege zu gleichwertigen Lebenschancen in allen
826 Regionen Deutschlands beizutragen. Wer nur nach der Finanzierung durch andere ruft, bleibt
827 schwach. Wir verstehen den Föderalismus als eine Ordnung der Machtteilung und der
828 Machtkontrolle, die freiheitssichernd wirkt. Seine segensreichen Wirkungen kann er aber nur
829 entfalten, wenn er auch eine Wettbewerbsordnung ist, die über politischen Wettbewerb zwischen
830 den Ländern zu besseren Leistungen des Staates in der Rechtsetzung und Verwaltung anspornt. Er
831 darf kein Kartell zur Verschleierung politischer Verantwortung sein. Die vorsichtigen Ansätze zur
832 Reform des Föderalismus durch die beiden Föderalismusreformen 2006 und 2009 müssen daher
833 mit mehr Konsequenz und Gründlichkeit fortgesetzt werden. Mit der Reform des Finanzausgleichs
834 zwischen Bund und Ländern von 2016 ist das nicht gelungen.

835 **Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken**

836 Der Staat hat in Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die
837 Schuldenbremse im Grundgesetz muss greifen. Damit dies geschieht, brauchen wir wirksame
838 Instrumente. Wir müssen langfristig eine Staatsquote von 40 Prozent anstreben. Dazu muss die
839 Entwicklung der Staatsausgaben unter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegen. Wir
840 fordern auch ein verbindliches Belastungsmoratorium für Steuern und Abgaben, das eine
841 Erhöhung oder Neueinführung von Belastungen nur zulässt, wenn zugleich an anderer Stelle
842 Belastungen gesenkt werden. Zugleich muss für alle Staatsausgaben ein internationales
843 Benchmarking erstellt werden, aus dem erkennbar ist, welche Bereiche der Staatstätigkeit
844 ineffizient und welche unterfinanziert sind. Öffentliche Beteiligungen an Unternehmen sind
845 zurückzuführen, wenn die Aufgaben effizient und rechtlich zuverlässig auch durch die private
846 Wirtschaft erfüllt werden können. Die sozialen Sicherungssysteme müssen wie die staatlichen
847 Kernhaushalte dem Erfordernis der Schuldenbremse Rechnung tragen.

848 **Der Staat ist kein guter Unternehmer**

849 Durch Konzentration auf seine Kernaufgaben kann der Staat wesentlich zu soliden Staatsfinanzen
850 beitragen. Dazu gehört auch, dass auf allen Ebenen des Staates eine strikte Zurückhaltung bei
851 unternehmerischen Beteiligungen praktiziert wird. Wo diese bestehen, sollten sie zurückgeführt
852 werden, indem private Beteiligung ermöglicht wird. Erst recht sollte der Staat sich zurückhalten, wenn
853 es um die Beteiligung an bereits am Markt tätigen Privatunternehmen geht. Banken mit staatlicher
854 Beteiligung haben in der Finanzmarktkrise weder in den USA noch in Deutschland ein gutes Bild
855 abgegeben und waren Teil des Problems, das überwunden werden muss. Strikte Zurückhaltung muss
856 der Staat bei der vermeintlichen Rettung von gefährdeten Großunternehmen der Industrie oder des
857 Finanzsektors üben. Solche Versuche sind mit einer Wettbewerbsordnung nicht vereinbar und waren
858 überdies selten erfolgreich und haben die Steuerzahler viel Geld gekostet.

859

860 Konjunkturpolitische Maßnahmen des Staates sind nur sinnvoll, soweit sie im Dienste der
861 Wettbewerbsordnung stehen

862 In einem fairen Leistungswettbewerb müssen sich Preise frei verändern können. Nur so erhalten
863 Anbieter und Nachfrager die richtigen Informationen, um auf Änderungen rechtzeitig und
864 angemessen zu reagieren. Konjunkturkrisen decken falsches Verhalten auf und signalisieren den
865 Menschen, dass sie ihre Geschäftsmodelle und Konsumgewohnheiten überprüfen und die Krise
866 durch produktive Innovationen überwinden müssen. Staatliche Ausgabenprogramme zur
867 Steigerung der Nachfrage sind zwar in Krisen populär, aber sind nur Strohfeuer, die zu
868 Fehllenkungen führen und die Menschen davon abhalten, ihr Verhalten an veränderte
869 Rahmenbedingungen im Markt anzupassen. Mitnahmeeffekte und künstlich angefachte
870 Preissteigerungen vereiteln in aller Regel, dass staatliche Ausgabenprogramme sich am Ende
871 tatsächlich auszahlen. Es wäre ein falscher Ansatz von Konjunkturpolitik, wenn der Staat gegen die
872 Marktentwicklungen versuchen würde, einzelne Gruppen oder Branchen vor der notwendigen
873 Änderung der Preissignale abzuschirmen oder Arbeitsplätze zu subventionieren, die auf Dauer
874 nicht mehr produktiv sein können. Dies würde die Akteure nur in falscher Sicherheit wiegen,
875 erforderliche Anpassungen verzögern und letztlich immer stärkere und widersprüchlichere
876 Interventionen des Staates auf Kosten aller auslösen.

877 In Konjunkturkrisen hat der Staat deshalb zuallererst die Aufgabe, für flexible Preise zu sorgen,
878 damit die Krise möglichst schnell überwunden werden kann. Für eine aktive Konjunkturpolitik des
879 Staates bestehen deshalb sehr enge Grenzen. Eine Aufgabe des Staates kann darin bestehen, bei
880 krisenbedingten Nachfrageausfällen, die erkennbar nicht dauerhaft, sondern nur vorübergehend
881 sind, zur Überbrückung z.B. Unterstützung für Kurzarbeitsregelungen anzubieten, damit an sich
882 produktive Strukturen nicht zerstört werden und nach Überwindung der Krise ein rascher
883 Produktionsanstieg möglich ist. Nur in ganz seltenen Fällen einer grundlegenden Vertrauenskrise
884 der ökonomischen und politischen Ordnung kann es sinnvoll sein, dass der Staat durch eine aktive
885 Nachfragesteigerung eine Initialzündung für neues Vertrauen in die Marktprozesse gibt. Aber auch
886 hier kann es nur darum gehen, möglichst schnell für eine Situation zu sorgen, in der durch freien
887 Leistungswettbewerb mit flexiblen Preisen die Selbstordnungskräfte einer Wirtschaft wieder
888 aktiviert werden.

889 3.4 Für eine Steuerpolitik ohne Finanzillusionen**890 Die Orientierung am Prinzip der Subsidiarität und an der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler**
891 müssen die Maßstäbe der Steuerpolitik sein

892 Die Erhebung von Steuern dient dazu, dass dem Staat die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen,
893 die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Höhe und Umfang der Steuern müssen sich daher
894 zuallererst danach bemessen, welche Aufgaben der Staat erfüllen soll. Dabei muss immer wieder
895 aufs Neue abgewogen werden, welche Aufgaben der Staat an sich ziehen soll und welche Aufgaben
896 zur Eigenverantwortung der Staatsbürger gehören. Jede Erhöhung und Senkung der Steuerlast
897 muss nach dem Maßstab der Subsidiarität erfolgen, d.h. der Staat darf nur solche Aufgaben an sich
898 ziehen, die den Einzelnen überfordern. Die individuelle Belastung der Bürgerinnen und Bürger
899 richtet sich nach ihrer Leistungsfähigkeit, denn die Pflicht, Steuern und Abgaben zu zahlen, darf
900 nicht die Fähigkeit zur Eigenverantwortung untergraben und damit zu einer permanenten

901 Ausweitung von Staatstätigkeit und Steuerlast um den Preis der individuellen Freiheit führen. Auch
902 bei der Besteuerung muss das Vertrauen in den Rechtsstaat gewahrt bleiben, wenn man von den
903 Bürgern Steuerehrlichkeit und Rechtstreue erwartet. Wir brauchen für die gleichmäßige Erhebung
904 der Kapitalertragssteuern einen gesicherten Informationsaustausch zwischen staatlichen
905 Behörden.

906 **In der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat nicht durch Steuern steuern**

907 In der Sozialen Marktwirtschaft muss der Staat darauf verzichten, mit immer komplexeren
908 Detailregeln des Steuerrechts das wirtschaftliche Verhalten der Menschen lenken zu wollen.
909 Wirtschaftslenkung mit Hilfe des Steuerrechts schränkt Freiheit, Selbstverantwortung und
910 Innovationskraft ein. Sie erweist sich in der alltäglichen Erfahrung der Menschen immer als
911 widersprüchlich mit sich oft gegenseitig neutralisierenden Anreizen. Wirtschaftslenkung durch das
912 Steuerrecht führt zu einem immer komplizierteren, undurchschaubaren Rechtssystem mit
913 aufgeblähter Verwaltung, das nur ungleichmäßig umgesetzt werden kann und all diejenigen
914 privilegiert, die sich spezialisierten Sachverstand zur Umgehung von Steuerpflichten leisten
915 können. Eine grundlegende Reform des Steuerrechts bleibt deshalb eine der wichtigsten
916 ordnungspolitischen Aufgaben für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb fordern
917 wir ein fundamental vereinfachtes, durchschaubares Steuersystem, das gleichmäßig umsetzbar ist
918 und einen nur geringen Verwaltungsaufwand erfordert. Wir wollen, dass zudem allen klar ist: Nicht
919 der Staat schafft Finanzierung - die Steuerzahler finanzieren mit ihrem Steuergeld.

920 **Höhere Steuern bedeuten nicht höhere Staatseinnahmen**

921 Die Höhe der Steuerbelastung beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, von der
922 Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängt wiederum die Steuerkraft ab. Deshalb gibt es für die
923 Höhe der Steuerlast eine Grenze, oberhalb derer höhere Steuern keine höheren Staatseinnahmen
924 bewirken. Diese Grenze muss die Politik erkennen und respektieren, wenn sie ihrer wirtschaftlichen
925 und sozialen Verantwortung wirklich gerecht werden will. Wir treten ein für eine
926 verfassungsrechtlich verankerte automatische Bremse bei Überschreiten einer Staatsquote von 40
927 Prozent. Neiddebatten führen uns in die Irre und sind ein schlechter Ratgeber in der Steuerpolitik,
928 denn sie schaffen Armut und Ungerechtigkeit anstatt sie zu überwinden.

929 **Das Steuersystem muss neutral gegenüber allen Einkommensarten sowie Rechts- und** 930 **Finanzierungsformen sein**

931 Der Staat muss darauf verzichten, über das Steuersystem bestimmte Rechts- und
932 Finanzierungsformen von Unternehmen oder bestimmte Einkommensarten zu diskriminieren. Wir
933 fordern eine gleich hohe Besteuerung der verschiedenen Einkommensarten, gleichviel ob sie auf
934 abhängiger Beschäftigung beruhen, auf gewerblichen Tätigkeiten oder auf Einkünften aus
935 Kapitalerträgen, Vermietung oder Verpachtung. Für uns ist es auch unverzichtbar, dass eine
936 rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen auch tatsächlich erreicht wird. Hier gibt es im
937 Detail noch immer viel zu tun. Wir treten auch dafür ein, dass der Mehrwertsteuersatz
938 vereinheitlicht wird und mit den vielen wettbewerbsfeindlichen und nicht zu rechtfertigenden
939 Befreiungen und Ermäßigungen auf ausgewählte Produkte und Dienstleistungen Schluss gemacht
940 wird. Darüber hinaus muss dort Abhilfe geschaffen werden, wo sich Unternehmer über das
941 Mehrwertsteuersystem entweder auf Kosten anderer Unternehmer Liquiditätsvorteile verschaffen
942 oder aber kriminell das Steuersubstrat für alle verkürzen (Karussellgeschäfte).

943 **Das Steuersystem muss die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen respektieren**

944 Die Pflicht, Steuern zu zahlen, darf niemanden überfordern und in die Abhängigkeit von
945 staatlichen Leistungen treiben. Die Steuerbelastung darf nicht dazu führen, dass Leistungsanreize
946 geschwächt werden. Jeder, egal wie hoch sein Einkommen ist, muss sich darauf verlassen können,
947 dass sich Leistung für ihn lohnt. Deshalb fordern wir, dass der Grundfreibetrag der
948 Einkommenssteuer dem Existenzminimum entsprechen und deshalb immer wieder unverzüglich
949 angepasst werden muss. Der Höchststeuersatz muss wesentlich deutlicher als bisher über dem
950 Einkommensdurchschnitt erreicht werden. Derzeit greift der Höchststeuersatz schon so früh, dass
951 alle Vorschläge, die sogenannten „Reichen“ stärker zu besteuern, letztlich die Mitte der
952 Gesellschaft, und hier nicht nur selbständige Unternehmer, sondern auch angestellte Fachkräfte,
953 empfindlich treffen. Es ist ein großer Erfolg der MIT, dass wir keine „kalten“ Steuererhöhungen
954 mehr zulassen, sondern die progressiven Tarife von Ertragssteuern der Inflationsrate anpassen. Wir
955 sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden.
956 Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich
957 auszugestalten, dass der Fortbestand von Unternehmen bei der Unternehmensübertragung
958 gewährleistet ist. Die Erbschaftsteuer muss so ausgestaltet werden, dass eine Aushöhlung der
959 Eigenkapitalbasis nicht stattfindet.

960 **Der Zusammenhang von Steuerbelastung und Leistungserwartungen darf nicht verschleiert** 961 **werden**

962 Die Undurchschaubarkeit unseres Steuersystems hat über Jahrzehnte dazu beigetragen, dass die
963 Menschen den Zusammenhang zwischen den Leistungsversprechen des Staates und ihren eigenen
964 Leistungserwartungen an den Staat einerseits und der dafür erforderlichen Steuerbelastung
965 andererseits nicht mehr erkennen. Neben den intransparenten und unentwirrbaren
966 Umverteilungseffekten durch Steuern und staatliche Leistungen hat auch die Kreditfinanzierung
967 von Staatsausgaben dazu beigetragen, diesen Zusammenhang zu vernebeln und das
968 Kostenbewusstsein von Bürgern und Politikern zu schwächen. Wir begrüßen daher ausdrücklich
969 die Schuldenbremse des Grundgesetzes, die dem Bund ab 2016 und den Ländern ab 2020
970 grundsätzlich bei eng definierten Ausnahmen keine neuen Kreditaufnahmen mehr erlaubt. Es
971 kommt nun darauf an, diese heilsame Regel auch zu respektieren und keine Aufweichung der
972 Haushaltsdisziplin zuzulassen. Wir müssen aber auch konsequent weiterdenken und auf der Ebene
973 der Länder und Gemeinden substantielle Hebesatzrechte für Steuern einführen, die eine bewusste
974 Wahl zwischen höheren Staatsleistungen und niedrigeren Steuern möglich machen.

975 **3.5. Die Durchsetzung einer Wettbewerbsordnung als Leitbild für alle Politikfelder**

976 **Wettbewerb ist Ausdruck der Sozialen Marktwirtschaft**

977 Der Mittelstand hat keine Angst vor Wettbewerb. Er fürchtet nicht zu viel, sondern zu wenig
978 Wettbewerb. Er sorgt sich nicht wegen eines fairen und freien Wettbewerbs, sondern wegen eines
979 unfairen und verfälschten Wettbewerbs. Es ist eine Querschnittsaufgabe der Politik, dem
980 Wettbewerb wieder mehr Geltung zu verschaffen und bestehende Wettbewerbsschranken zu
981 beseitigen ohne Rücksicht darauf, ob es private Akteure sind, die ihre Marktmacht missbrauchen,
982 oder ob es der Staat selber ist, der in den Wettbewerb eingreift, um bestimmte Akteure oder gar
983 seine eigene wirtschaftliche Betätigung zu bevorzugen. Der freie und faire Leistungswettbewerb
984 entspricht nicht nur unserem Leitbild des freien und mündigen Bürgers, sondern ermuntert auch zu
985 Leistung und Verantwortungssinn und führt über höhere Produktivität zu größerem Wohlstand für
986 alle Bürger.
987

988

989 Besondere Probleme in der Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung haben wir in den Bereichen,
990 die bis vor wenigen Jahren noch durch staatliche Monopole geprägt waren. Trotz teilweise
991 vollzogener Liberalisierung und zumindest formeller Privatisierung liegt hier noch vieles im Argen.
992 Die mindestens formelle Privatisierung einst staatlicher Unternehmen, wie etwa im Bereich der
993 Bahn, beim Postwesen oder in der Telekommunikation muss durch eine vollständige
994 Marktintegration in allen Bereichen und die Gleichbehandlung im Vergleich zu allen anderen
995 Wettbewerbern abgeschlossen werden.

996 **Wettbewerbspolitische Rahmenbedingungen für digitale Märkte**

997 Mit der Digitalisierung geht ein tiefgreifender Strukturwandel einher, der alle Lebensbereiche
998 erfasst und die Wettbewerbspolitik mit Blick auf die digitalen Märkte vor neue Herausforderungen
999 stellt. In einem rasanten Tempo entstehen nicht nur immer neue digitale Marktmodelle wie
1000 Suchdienste, soziale Netzwerke, digitale Plattformen und E-Commerce-Angebote. Auch die
1001 Vielseitigkeit dieser Dienste nimmt stetig zu: vom reinen Dienstleistungs- und Produkthandel über
1002 zusätzliche Werbe- und Entgeltfinanzierung bis hin zur kommerziellen Nutzerdatenverwertung und
1003 Verschränkung mit weiteren Marktakteuren und Plattformen. Diese Komplexität digitaler Märkte
1004 stellt die Frage nach einem Reformbedarf des rechtlichen und regulatorischen
1005 Wettbewerbsrahmens.

1006 Grundsätzlich darf es dabei nicht um einen wettbewerbsrechtlichen Schutz für bestehende
1007 Geschäftsmodelle gehen, die sich durch neue Geschäftsmodelle bedroht sehen. Dies würde nicht
1008 nur gegen das ordnungspolitische Grundverständnis der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen. Es
1009 würde unser Land im globalen Wettbewerb sowohl bei Innovation, Strukturwandel und neuen
1010 Prozessen der Wertschöpfung als auch als attraktiver Standort für Investoren und Gründer
1011 abhängen. Wir benötigen stattdessen einen ordnungspolitischen Rahmen, der als oberste Prämisse
1012 den unverfälschten Wettbewerb sicherstellt.

1013 Eine Folge innovativer digitaler Geschäftsmodelle können Wettbewerbsverzerrungen sein. Dies gilt
1014 etwa bei Share-Economy-Diensten, für die mitunter ein anderes gesetzliches Regelwerk gilt als für
1015 konventionelle Dienste in vergleichbaren Marktsegmenten. Reflexhaft wird in diesem Zusammenhang
1016 die Unterordnung der neuen Wettbewerber in bestehende Regularien gefordert. Vielmehr brauchen
1017 wir aber eine neue Offenheit, um die umgekehrte Reaktion in Betracht zu ziehen - nämlich die
1018 Anpassung bestehender Regulierung an neue Entwicklungen. Gleichzeitig müssen die neue
1019 Komplexität und die besonderen Eigenschaften digitaler Märkte und mehrseitiger Plattformen im
1020 Wettbewerbsrecht neu gewichtet und berücksichtigt werden. Dies erfordert eine neue
1021 Gesamtbetrachtung, in der anderen Faktoren als Marktanteilen und Umsatzgrößen gesteigerte
1022 Bedeutung zuzumessen ist. Neue Faktoren sind direkte und indirekte Netzwerkeffekte, Verfügbarkeit
1023 und Anwendungspotential von Nutzerdaten sowie die gesamtwirtschaftliche Bedeutung und die
1024 bestehende Dynamik auf dem betrachteten Markt. Mit der 9. Novelle des Gesetzes gegen
1025 Wettbewerbsbeschränkungen wurde ein erster Schritt zur Anpassung des Kartellrechts an die
1026 Digitalisierung erreicht. Kriterien wie direkte und indirekte Netzwerkeffekte, der Zugang zu
1027 wettbewerbsrelevanten Daten und die parallele Nutzung mehrerer Dienste und der Wechselaufwand
1028 für die Nutzer wurden als neue Kriterien der Bewertung der Marktstellung eines Unternehmens in der
1029 Missbrauchsaufsicht aufgenommen. Außerdem wurde der Aufgreifbestand der Fusionskontrolle um
1030 das Aufgreifkriterium des Transaktionsvolumens erweitert. Die Aufnahme weiterer Kriterien, die zur
1031 Anpassung des Kartellrechts an die Digitalisierung notwendig sind, sollte überprüft werden.

1032

1033 Mit Blick auf Internetplattformen wie Suchmaschinen, soziale Netzwerke oder Handels-

1034 Plattformen werden zunehmend deren Marktmacht und das missbräuchliche Verhalten der
1035 Betreiber z. B. zur Bevorzugung eigener Dienste diskutiert. Kartellbehörden müssen gegen ein
1036 solches missbräuchliches Verfahren vorgehen. Grundsätzlich darf es aber einem Unternehmen
1037 nicht zum Nachteil gereichen, dass es frühzeitiger und erfolgreicher als andere Marktteilnehmer
1038 Trends erkennt, hierfür die richtigen Geschäftsmodelle entwickelt und im Markt implementiert und
1039 dadurch eine starke Marktstellung erreicht hat. Mitbewerber können diese starke Marktstellung
1040 am besten dadurch erschüttern, indem sie ihr eigenes Geschäftsmodell hinterfragen, es anpassen,
1041 neue Angebote schaffen und wettbewerbsfähige Konzepte entgegensetzen. Die oft geforderte
1042 Entflechtung von weltweit agierenden Digitalplattformen ist dann erforderlich, wenn eine
1043 Plattform über eine irreversibel verfestigte Marktmacht verfügt. Solange jedoch eine Chance auf
1044 eine Belebung von Wettbewerbskräften besteht, ist von einem derart schwerwiegenden Eingriff in
1045 existierende Unternehmensstrukturen abzusehen. Bezüglich der Rechtsgrundsätze zur
1046 missbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung sollten diese durch die
1047 zuständigen Wettbewerbsbehörden bei der Entscheidung von Einzelfällen weiter entwickelt
1048 werden. Neue digitale Geschäftsmodelle betreffen darüber hinaus nicht nur das nationale
1049 Wettbewerbsrecht. Deshalb müssen auch die europäischen Wettbewerbsvorschriften daraufhin
1050 überprüft werden, ob sie für das digitale Zeitalter unverändert angemessen sind.

1051 Eine besondere Herausforderung stellt die Digitalisierung für den stationären Einzelhandel und die
1052 lokale Dienstleistungswirtschaft dar. Kartellbehörden und Gerichte versuchen, aufkommende
1053 Konflikte anhand des bestehenden Wettbewerbsrechts zu bewerten und zu lösen. Die
1054 Zuständigkeit für die Neubewertung der Rahmenbedingungen für den E-Commerce liegt aber nicht
1055 in erster Linie bei diesen Institutionen. Die rasanten Innovationszyklen und die zunehmende
1056 Verschmelzung unterschiedlichster Wirtschaftsbereiche erfordern vielmehr eine nachhaltige
1057 ordnungspolitische Rahmensetzung durch den Gesetzgeber, um in zentralen Fragen die
1058 wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen an die Entwicklung anzupassen. Dabei darf es
1059 jedoch nicht um die Intervention in Marktprozesse gehen. Wenn Verkaufsplattformen im Internet
1060 Nachfrage auf sich ziehen, neue Effizienzen schaffen und dadurch Märkte neugestaltet werden,
1061 kann dies ein Beitrag zur preisgünstigen Versorgung der Verbraucher und zu wirtschaftlichem
1062 Wachstum darstellen. Die zunehmende Marktmacht von Online-Plattformen bedeuten für den
1063 Mittelstand aber auch neue Herausforderungen und mitunter auch die Sorge um die
1064 unternehmerische Existenz. Denn die digitalen Marktplätze lenken Kundenkontakte um und
1065 erhöhen zunehmend die Distanz zwischen der eigentlichen Wertschöpfung und dem Kunden. Auf
1066 Grund der starken Marktstellung der Online-Plattformen sind kleine und mittlere Unternehmen
1067 häufig gezwungen, sich in die Plattformen zu integrieren, wenn sie nicht vom Markt verschwinden
1068 wollen. Dieser Verlust des unmittelbaren Kundenkontakts hat seinen Preis, stellt für manchen
1069 Mittelständler die eigene Wirtschaftlichkeit in Frage und könnte daher auch zu einer
1070 Verminderung der Angebotsvielfalt führen. Es ist unsere Verantwortung, auf diese Problematik
1071 aufmerksam zu machen. In jedem Fall muss die unternehmerische Autonomie, über den
1072 Vertriebsweg für die eigenen Güter und Dienstleistungen bestimmen zu dürfen und seine
1073 Produkte mit entsprechendem Fachpersonal im persönlichen Beratungsgespräch anzubieten,
1074 ungeschmälert erhalten bleiben. Jeder Unternehmer sollte seine großen Chancen im Netz nutzen,
1075 aber kein Unternehmer sollte durch Behörden und Gerichte „in das Internet gezwungen werden“.
1076 Datenmonopole stellen wettbewerbspolitisch eine besondere Herausforderung dar. Käufer bzw.
1077 Nutzer von Produkten und Dienstleistungen müssen das Recht haben, über die aus deren

1078 Inanspruchnahme herrührenden Daten frei zu verfügen. Der Kunde muss eine echte Wahlfreiheit
1079 besitzen, jedem Marktakteur Zugriff und Nutzungsrechte zu seinen Daten gewähren oder
1080 verweigern zu können. Exklusive Bindungen an Hersteller oder Betreiber sind zu vermeiden. Nur so
1081 wird fairer Wettbewerb gewährleistet.

1082 Für Unternehmen fast aller Branchen ist es eine Schicksalsfrage, sich mit dem Thema
1083 Digitalisierung in seinen vielen Facetten intensiv zu beschäftigen. Sogar bisher Branchenfremde
1084 werden nun Wettbewerber - die Digitalisierung reißt Branchengrenzen nieder. Das Problem der
1085 möglichen Monopolisierung privater Märkte bleibt uns als Thema der Wettbewerbspolitik wie auch
1086 der Sicherung von Freiheit in den Gesellschaften der Zukunft erhalten.

1087 Die neue wirtschaftliche Chance und der mögliche Zugewinn an Lebensqualität durch
1088 Digitalisierung stellen nicht die Grundprinzipien unserer Rechtsordnung und unserer
1089 Ordnungspolitik in Frage. Rechts- und Vertragstreue, die Garantie eines fairen Wettbewerbes, der
1090 Schutz des Eigentums, die Einhaltung arbeitsrechtlicher und Verbraucherschützender Standards
1091 bleiben auch im digitalen Zeitalter unverzichtbar.

1092 **Die Kommunalisierung privatwirtschaftlicher Bereiche muss verhindert werden**

1093 Die traditionell gute Partnerschaft zwischen Kommunen und Mittelstand ist gefährdet, da
1094 kommunale Betriebe wieder verstärkt auf privatwirtschaftliche Märkte drängen und damit die
1095 existenziellen Interessen der mittelständischen Wirtschaft bedrohen. Denn der Wettbewerb
1096 zwischen privaten Unternehmen und kommunalen Betrieben kann niemals fair sein:
1097 Informationsvorsprünge, die Vermischung von hoheitlichen Aufgaben mit wirtschaftlicher
1098 Betätigung, der Einsatz von öffentlich finanzierter Infrastruktur, unterausgelastete Kapazitäten,
1099 mit denen zu nicht marktfähigen Preisen im Markt agiert werden kann, sowie Unterschiede bei der
1100 Besteuerung, bei der steuerlichen Nutzung des sogenannten Querverbundes bis zum Konkursrecht
1101 verhindern dies. Die Kommunen handeln damit auch kurzfristig. Sie untergraben die
1102 Leistungsfähigkeit der regionalen Wirtschaft und werden ihre Haushaltsprobleme durch eine
1103 verstärkte wirtschaftliche Tätigkeit nicht lösen können. Wir fordern deshalb, dass die
1104 Gemeindeordnungen der Bundesländer die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen wieder
1105 strikt begrenzen und im Sinne der Subsidiarität der Privatwirtschaft den Vorrang vor einer
1106 öffentlichen Betätigung einräumen. Wenn neue kommunale Unternehmen gegründet werden oder
1107 bestehende kommunale Unternehmen neue Marktfelder erschließen wollen, sind die
1108 Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft zu beteiligen. Außerdem fordern wir, dass die
1109 Kontrolle von kommunalwirtschaftlicher Betätigung wirksam wahrgenommen wird, damit die
1110 Kommunen an Misswirtschaft und unlauterem Wettbewerb gehindert werden.

1111

1112 **Mehr Transparenz im Gesundheitssektor**

1113 Das Gesundheitswesen unterliegt unnötigen Wettbewerbsbeschränkungen, ist überreguliert und
1114 verhindert den Aufbau einer leistungsfähigen, innovativen Gesundheitswirtschaft, die im Dienste
1115 des Patienten steht. Wir fordern daher eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens, die
1116 eine individuelle Beitragshoheit der gesetzlichen Kassen schafft und den Handlungsspielraum für
1117 private Krankenversicherungen als Voll- oder Zusatzversicherung stärkt. Die Rechtsbeziehungen
1118 zwischen den Krankenkassen untereinander und gegenüber den Leistungserbringern wie Ärzten
1119 und Krankenhäusern sind dem allgemeinen Wettbewerbsrecht zu unterwerfen. Dabei dürfen
1120 allerdings die Kollektivverträge mittelständischer Leistungserbringer wie z.B. der

1121 Gesundheitshandwerke nicht immer stärker durch Selektivverträge verdrängt werden. Auch
1122 mittelständische Unternehmen müssen im Gesundheitssektor ihre Chance behalten. Die
1123 Möglichkeit der Krankenkassen, gemeinsam zu handeln, muss auf das gesundheitspolitisch
1124 unerlässliche Maß beschränkt werden. Im Übrigen hat für sie das Kartellrecht zu gelten. Zur
1125 gesetzlichen Unfallversicherung fordern wir, ihren Leistungskatalog zu reformieren, um für die
1126 Unternehmen eine deutliche Beitragsentlastung zu erreichen. So müssen die Leistungen der
1127 Unfallversicherung auf die Absicherung betriebsspezifischer Risiken konzentriert werden. Die
1128 ursprüngliche Zielsetzung der Unfallversicherung, die zivilrechtliche Haftung der Unternehmer
1129 gegenüber den Beschäftigten abzulösen, muss wieder verstärkt Beachtung finden.

1130

1131 **Wer den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt beschränkt, verhindert Beschäftigung**

1132 Auch auf dem Arbeitsmarkt muss Wettbewerb herrschen, in dem Löhne wie Preise wirken und
1133 unerlässliche Signale für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geben, welche Tätigkeiten produktiv sind,
1134 welche Qualifikationen nachgefragt werden und welche Berufe hohe Attraktivität besitzen. Für
1135 mehr Beschäftigung ist mehr Wettbewerb nötig, keinesfalls weniger. Dafür müssen die Anreize
1136 verändert werden, die es heute vielfach unattraktiv machen, Arbeit aufzunehmen oder
1137 Qualifikationen zu erwerben. Vor allem aber muss der Arbeitsmarkt selbst flexibler werden.

1138

1139 **Beruf und Familie flexibel in vielfältigen Formen verbinden**

1140 Mütter und Väter müssen berufliches und unternehmerisches Engagement und die Erziehung von
1141 Kindern flexibel miteinander verbinden können. Der Staat schafft dazu mit einem
1142 Familienlastenausgleich auf hohem Niveau, einem differenzierten Angebot der Kinderbetreuung in
1143 Kitas, Ganztagschulen und mit Tagesmüttern oder Hilfen für den beruflichen Wiedereinstieg
1144 wesentliche Voraussetzungen. Wirtschaft und Tarifpartner müssen darüber hinaus Familien mit
1145 flexiblen Arbeitszeitmodellen und Arbeitsplatzgestaltungen wirksam entgegenkommen. Mütter
1146 und Väter, die in Arbeit und Beruf eine Familienpause einbauen möchten, sollen nicht dadurch
1147 Chancen für beruflichen Aufstieg und Erfolg verlieren. Die unabwendbar notwendige Verlängerung
1148 der Lebensarbeitszeit hilft, dafür bessere Bedingungen zu schaffen.

1149 Der Staat muss aber auch Müttern und Vätern, die andere Lebensmodelle wählen, gute
1150 Lebensumstände gewährleisten. Daher ist und bleibt es eine Aufgabe des Staates, auch solche
1151 Familien zu fördern, bei denen nur einer der Partner berufstätig ist. Nicht ein bestimmtes
1152 Lebensmodell, sondern die Wahlfreiheit der Eltern ist zu fördern.

1153 Wirtschaft und Gesellschaft und Staat haben ein vitales Interesse an heranwachsenden Familien -
1154 unabhängig davon, in welchen Formen sie leben wollen.

1155

1156 **Vertragsfreiheit und Tarifautonomie bei Arbeitsbedingungen nicht weiter einschränken**

1157 Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Aushandlung von Löhnen und von
1158 Arbeitsbedingungen die Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Tarifsysteem sein muss.
1159 Das Tarifsysteem muss so angelegt sein, dass die Aushandlung der Löhne den
1160 Wettbewerbsbedingungen Rechnung trägt. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von
1161 Tarifverträgen dürfen nur unter den gegebenen restriktiven Bedingungen beim Nachweis eines
1162 öffentlichen Interesses erlaubt sein.

1163 Wir bleiben deshalb grundsätzlich skeptisch gegenüber der Vorstellung, dass der Staat Mindest-
1164 oder Höchstlöhne festsetzen darf. Damit erschwert man die Beschäftigung von niedrig
1165 Qualifizierten und forciert prekäre Solo-Selbständigkeit. Einen europaweiten einheitlichen

1166 Mindestlohn lehnen wir ab.

1167 **Die Arbeitsvermittlung muss im und für den Wettbewerb erfolgen**

1168 Die Vermittlung von Arbeitslosen muss effizienter werden. Das kann vor allem dann gelingen,
1169 wenn der Arbeitsmarkt flexibler und damit aufnahmefähiger wird. Dazu gehört auch, dass private
1170 Arbeitsvermittlung als Alternative und Ergänzung zu Arbeitsagenturen und Jobcentern gestärkt
1171 werden. Zugleich brauchen die Arbeitsagenturen und Jobcenter verwaltungs- und
1172 personalrechtliche Rahmenbedingungen, unter denen sie ihre Entwicklung von einer hoheitlichen
1173 Arbeits- und Sozialverwaltung hin zu einem unternehmerisch handelnden Dienstleister
1174 vorantreiben können.

1175 Wir halten es auch für erforderlich, dass der dezentrale und wettbewerbliche Ansatz bei der
1176 Lösung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Probleme vor Ort gestärkt wird. Ein Ansatz dafür ist,
1177 dass die Kommunen bei der SGB II-Organisation ein Wahlrecht erhalten und selbst entscheiden
1178 können, ob sie Langzeitarbeitslose im Rahmen des bundesweiten Optionsmodells in Eigenregie
1179 oder in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit betreuen wollen. Zu den notwendigen
1180 Schritten gehört auch, dass ineffiziente arbeitsmarktpolitische Programme schnellstmöglich
1181 auslaufen und dass die Vermittlung in den privatwirtschaftlichen Bereich Vorrang haben muss.
1182 Arbeitsagenturen und Jobcenter brauchen mehr Entscheidungsautonomie und
1183 Finanzverantwortung für individuell passgenaue Integrationsangebote und dürfen nicht am
1184 Gängelband von abstrakten Programmzielen zu letztlich ineffizienten Entscheidungen getrieben
1185 werden.

1186 Es muss bei der Organisation der Arbeits- und Sozialverwaltung auch stärker darauf geachtet werden,
1187 dass „Fordern“ und „Fördern“ tatsächlich zusammenwirken. Wenn Geldleistungen oder
1188 Bildungsangebote von derselben Einrichtung erbracht werden, die auch durch
1189 Eingliederungsvereinbarungen oder Sanktionen das Engagement des Leistungsempfängers einfordert,
1190 dann sind die Chancen für eine schnelle und erfolgreiche Arbeitsmarktintegration am größten. Der
1191 Anreiz für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung muss für
1192 Leistungsempfänger spürbar erhöht werden. Durch großzügigere Freibetragsregelungen können
1193 Leistungsempfänger dazu motiviert werden, mehr zu arbeiten und in die finanzielle
1194 Eigenverantwortlichkeit geführt zu werden.

1195

1196 **Verbraucherschutz muss als wettbewerbspolitische Aufgabe verstanden werden**

1197 Für den Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft ist der freie und mündige Verbraucher eine
1198 unverzichtbare Instanz, denn er ist es, der mit seinen Kaufentscheidungen im tagtäglichen Plebiszit
1199 des Marktes Wertentscheidungen trifft und damit die ethische Qualität des Wirtschaftens maßgeblich
1200 steuern kann. Verbraucherverhalten muss deshalb zum festen Bestandteil der ökonomischen Bildung
1201 werden.

1202 Die Freiheit des Verbrauchers bei seinen Konsumententscheidungen darf grundsätzlich nicht durch
1203 staatliche Intervention beschränkt werden. Ein Eingriff des Staates in die Konsumfreiheit des
1204 Verbrauchers kann nur akzeptiert werden, wenn es für den Schutz der Gesundheit, das Vermeiden
1205 von Gefahren oder für den Schutz vor Täuschung und Übervorteilung erforderlich ist.
1206 Verbraucherschutz darf den Verbraucher nicht entmündigen, sondern muss ihn darin bestärken,
1207 nach eigenen Präferenzen Entscheidungen zu treffen.

1208 Staatliche Rahmenbedingungen wie die Definition von Informations- und Haftungspflichten sind

1209 erforderlich, damit ein fairer Leistungswettbewerb möglich ist und sich Anbieter und Verbraucher auf
1210 dem Markt auf Augenhöhe begegnen. Damit unlauterer Wettbewerb durch Verbraucherschutz
1211 verhindert werden kann, ist es wichtig, dass die Rechte der Verbraucher und die Pflichten der
1212 Produzenten und Händler eindeutig, klar und verständlich formuliert sind. Informations- und
1213 Haftungspflichten müssen in Zeiten des Internethandels und komplexer Finanzmarktdienstleistungen
1214 mit der Dynamik von Märkten und Produkten mithalten, damit der Verbraucher möglichst leicht
1215 Zugang zu den für ihn wesentlichen Informationen erhält.
1216 Verbraucherpolitik ist Teil der Wettbewerbspolitik und darf den freien Leistungswettbewerb nicht
1217 schwächen. Deshalb ist es wichtig, dass Regeln und Pflichten der Verbraucherinformation so
1218 ausgestaltet werden, dass sie auch von kleinen und mittleren Unternehmen unter zumutbarem
1219 Aufwand eingehalten werden können.

1220 **3.6. Eine ordnungspolitische Wende für die Energiepolitik**

1221 **Auch nach der „Energiewende“ muss die Energieversorgung sicher und bezahlbar bleiben**
1222 Bezahlbare und sichere Energie ist Voraussetzung erfolgreichen Wirtschaftens und deshalb gerade in
1223 einem Land wie Deutschland, das nach wie vor über eine starke industrielle Basis mit hoher
1224 Wertschöpfung und mit großem Arbeitsplatzangebot verfügt, für Unternehmen wie Verbraucher
1225 unverzichtbar. Durch die „Energiewende“ wurden allerdings die politischen Prioritäten verschoben. In
1226 der Umsetzung der „Energiewende“ werden seit 2011 neben Kernkraftwerken auch modernste
1227 konventionelle Kraftwerke stillgelegt, weil sie durch die umweltpolitisch motivierten Preiseingriffe
1228 ihre Wirtschaftlichkeit verloren haben. Vielfach sind es energiewirtschaftliche Gründe, die in der
1229 deutschen Industrie seit 2008 Jahr für Jahr dazu führen, dass die Abschreibungen höher als die
1230 Investitionen ausfallen. Schon heute reagieren energieintensive Unternehmen, indem sie sich für
1231 neue Produktionsstandorte außerhalb Deutschlands entscheiden, um Energiekosten zu sparen und
1232 unter verlässlicheren politischen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Die De-Industrialisierung droht
1233 nicht, sie findet statt. Dabei hat sich nach der Finanzmarktkrise 2008 gezeigt, wie wichtig die
1234 industrielle Basis für die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands ist. Deutschland und Europa brauchen
1235 eine Reindustrialisierung. Die drei Oberziele der „Energiewende“ - Umwelt- und Klimaschutz,
1236 Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit - sind neu zu justieren.

1237 **Das Fördersystem für erneuerbare Energien gefährdet die Netzstabilität und verteuert den** 1238 **Strom in unzumutbarem Maße**

1239 Das größte energiepolitische Problem ist derzeit das marktferne und wohlstandszerstörende
1240 Fördersystem für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien nach dem EEG. Es ist rein
1241 national ausgerichtet und trägt weder der europaweiten Verflechtung des Energiemarktes noch
1242 den grenzüberschreitenden Netzstrukturen oder der Klimapolitik der Europäischen Union
1243 Rechnung.

1244 Das Ziel des EEG von 2000, den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu steigern,
1245 wurde schneller erreicht als geplant. Der Preis dafür ist aber schädlich und unnötig hoch. Denn zum
1246 einen wird die Gewährleistung der Netzstabilität erschwert, und zum anderen wird der Strom
1247 verteuert. Deshalb treten wir für das Auslaufen des EEG ein.

1248 **Die Subventionskultur führt auch zu unnötig hohen Kosten für die Vorhaltung von** 1249 **Reservekapazitäten und für den Netzausbau**

1250 Energie wird auch deswegen teurer, weil der Ausbau der Wind- und Solarenergie einen zusätzlichen
1251 Aufwand für die Zuverlässigkeit unserer Stromversorgung erfordert. Wegen der unplanbaren
1252 Witterung müssen für wind- und sonnenfreie Stunden zusätzliche Kapazitäten von konventionellen
1253 Kraftwerken vorgehalten werden, die aber mit wachsendem Anteil von Wind- und Solarstrom auf
1254 immer geringere Erlöse kommen. Ein zunehmender Anteil dieser konventionellen Kraftwerkskapazität
1255 kann nicht mehr wirtschaftlich vorgehalten werden. Heute sind es Entschädigungszahlungen für
1256 behördliche Verbote, unwirtschaftlich gewordene Kraftwerke stillzulegen, morgen werden wir
1257 zusätzlich zur EEG-Umlage über erhöhte Netzentgelte Vorhaltevergütungen für stillstehende
1258 konventionelle Kraftwerke zahlen. Die Subventionierung der erneuerbaren Energien treibt auch die
1259 Kosten für den Netzausbau in die Höhe, denn auf diese Kosten müssen die Betreiber bei der
1260 Standortplanung keine Rücksicht nehmen.

1261 **Wir brauchen eine ordnungspolitische Wende in der „Energiewende“ durch Eindämmung der** 1262 **Subventionen**

1263 Die Subventionierung der erneuerbaren Energie ist bei aller guten Absicht ein erschreckendes
1264 Beispiel dafür, wie staatliche Interventionen in das Preisgefüge des Marktes eine Anmaßung von
1265 Wissen darstellen, die zu unabsehbaren Folgen führt und eine marktzerstörende
1266 Interventionsspirale in Gang setzt. Wir fordern daher eine ordnungspolitische Neuausrichtung der
1267 „Energiewende“. Solange erneuerbare Energien noch nicht marktreif sind, müssen wir verhindern,
1268 dass durch Subventionen der Strompreis immer weiter steigt. Langfristig muss es das Ziel sein,
1269 sich beim staatlich induzierten Preisanteil pro Kilowattstunde Strom dem EU-Durchschnitt
1270 anzupassen. Ein echter europäischer Strombinnenmarkt führt zu mehr Wettbewerb und senkt
1271 dadurch die Preise und erhöht gleichzeitig die Versorgungssicherheit. Eine wesentliche
1272 Voraussetzung dafür ist der rasche Ausbau der grenzüberschreitenden und innerdeutschen
1273 Netzinfrastuktur.

1274 **Wir brauchen auf dem Energiemarkt echte Preissignale für alle Akteure**

1275 Es geht aber nicht nur darum, die Höhe der Subventionen einzudämmen. Es geht auch darum, dass
1276 Preissignale für alle Akteure - für die Verbraucher ebenso wie für die Energieerzeuger - wahrhaftig
1277 sind und die tatsächlichen Knappheiten anzeigen. Nur durch wahrhaftige Preise kann der Markt die
1278 richtigen Anreize setzen. Der Staat muss alles vermeiden, was zu einer Verfälschung der Preissignale
1279 führt. Zu einer ordnungspolitischen Reform der Energiepolitik gehört es deshalb insbesondere, dass
1280 die Erneuerbaren Energien Schritt für Schritt mehr Verantwortung für die Versorgungssicherheit
1281 übernehmen. Denn die Möglichkeiten zur Speicherung von Strom sind auf absehbare Zeit noch zu
1282 begrenzt. Ebenso muss die Förderung neuer Anlagen davon abhängig gemacht werden, welche
1283 Folgekosten dadurch für den Netzausbau entstehen. Um technische Innovationen möglich zu machen,
1284 muss für alle Fördermaßnahmen der Grundsatz der Technologieoffenheit gewahrt bleiben. Bisher
1285 bekommt die teuerste Erzeugungsart die höchste Förderung. Künftig muss die höchste Förderung auf
1286 diejenige Erzeugungsart entfallen, die pro eingesetztem Euro den höchsten energetischen Nutzen hat.
1287 Nicht zuletzt muss die Förderung der erneuerbaren Energien an die europarechtlichen
1288 Rahmenbedingungen der Klimapolitik angepasst werden. Es darf nicht sein, dass die Einsparung von
1289 Emissionen in Deutschland dazu führt, dass der Ausstoß von Emissionen im europäischen Ausland
1290 billiger wird und damit die klimapolitische Gesamtbilanz der europäischen und nationalen
1291 Klimapolitik zu absurden Ergebnissen führt.

1292 **Von einer stärkeren Ausrichtung des Energiemarktes auf den Mittelstand würden wir alle**

1293 **profitieren**

1294 Wir erwarten von solchen Reformen hin zu einem wettbewerbsorientierten Energiemarkt nicht nur
1295 mehr Innovation und damit auf lange Sicht auch einen besseren Umwelt- und Klimaschutz als in
1296 einem System gesetzlich festgelegter Festvergütungen, sondern auch eine stärkere Kostensenkung
1297 und Dezentralisierung. Der Strommarkt in Deutschland wird nach wie vor von wenigen großen
1298 Anbietern, die aus den ehemaligen staatlichen Gebietsmonopolen hervorgegangen sind, dominiert.
1299 Wir setzen darauf, dass sich auch auf dem Energiesektor eine stärkere Ausrichtung auf den
1300 Mittelstand auszahlt. Der Mittelstand könnte unter fairen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen
1301 eine größere Rolle als Anbieter neuer wettbewerblicher Lösungen, als Stromkunde und als Zulieferer
1302 der Industrie spielen und von solchen Reformen profitieren.

1303 **Klimaschutz als weltweite Aufgabe gestalten**

1304 Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in weltweiten internationalen Verträgen verpflichtet, die
1305 Emissionen von Kohlendioxid und anderen Gasen, die als Verursacher einer Erwärmung des
1306 Weltklimas angesehen werden, umfassend zu verringern.
1307

1308 Für den Klimaschutz als politische Aufgabe sind wir alle auf plausible, in ergebnisoffener und freier
1309 Forschung entwickelte und belastbare Erkenntnisse der Wissenschaften angewiesen. Das Klima ist ein
1310 extrem komplexes System, für das Erklärungen und Prognosen höchste interdisziplinäre
1311 Forschungsanstrengungen erfordern, zumal dann, wenn aus solchen Erkenntnissen weitreichende
1312 politische Folgerungen gezogen werden sollen. Die Ergebnisse der Klimaforschung müssen deshalb
1313 ständig überprüft, auf den neuesten Stand gebracht, differenziert und präzisiert werden.

1314 Klimaschutz kann nicht national, sondern nur als weltweite Gemeinschaftsanstrengung gelingen. Alle
1315 Nationen, besonders entwickelte Industrienationen und aufstrebende Schwellenländer, müssen den
1316 ihnen jeweils möglichen Beitrag zuverlässig leisten.

1317 Klimaschutz darf nicht aus notwendigen politischen Güterabwägungen herausgelöst werden. Er muss
1318 mit anderen ebenso existentiellen Aufgaben verbunden werden: der Behebung von Not und Armut,
1319 weltweiter Sicherung und Steigerung von Wohlstand und Lebensstandard, effizienter Einsatz von
1320 Rohstoffen, Arbeitskraft und Kapital. Wie für alle Ziele im Rahmen des Gemeinwohls bedarf es eines
1321 Ordnungsrahmens für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen aller Handelnden, durch
1322 den die persönlichen Interessen und Anliegen mit dem Gemeinwohlziel des Klimaschutzes verbunden
1323 werden. Demokratischer Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft sind deshalb unverzichtbare
1324 Grundlage auch für einen erfolgreichen Klimaschutz.

1325 Die Bundesrepublik Deutschland hat sich schon sehr früh und nachdrücklich für internationale
1326 Abkommen zum Klimaschutz eingesetzt und große Anstrengungen unternommen, diese Abkommen
1327 in Deutschland und in Europa umzusetzen. Diese Maßnahmen bedürfen aber der ordnungspolitischen
1328 und wirtschaftspolitischen Korrektur und Ergänzung. So hat sich die Bundesrepublik Deutschland z.B.
1329 entschieden, für die Stromproduktion zugleich auf Atomkraftwerke und fossile Kraftwerke zu
1330 verzichten, ohne dass sie über nennenswerte Möglichkeiten für Wasserkraftwerke oder wirtschaftlich
1331 tragfähige Stromspeichertechniken verfügt. Windkraft und Photovoltaik können in unseren Breiten
1332 keine verlässliche Grundlast an elektrischer Energie zur Verfügung stellen. Zudem erfolgt der Ausbau
1333 dieser Energietechniken mit extrem kostensteigernden planwirtschaftlichen Methoden, die mit

1334 Sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun haben. Verfehlt ist auch die Förderung der
1335 Elektromobilität durch staatliche Kaufprämien.

1336 Den Beitrag Deutschlands zum weltweiten Klimaschutz sieht die MIT auf folgenden
1337 Handlungsfeldern:

- 1338 • Die Erforschung und Entwicklung neuer Energietechniken für die Stromproduktion, die
1339 Erzeugung von Wärme und für Transport und Mobilität, die so effizient und kostengünstig sind,
1340 dass sie weltweite Akzeptanz und Anwendung finden können. Hier können und sollen Staat und
1341 Wirtschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zusammenwirken.

1342 Themen für solche Entwicklungen sind z.B.:

- 1343 • Hochleistungsfähige und wirtschaftlich tragfähige Stromspeicher für den Fahrzeugantrieb und
1344 die Netzversorgung mit elektrischem Strom,
- 1345 • wirtschaftliche und mit deutlich geringeren Energieverlusten verbundene Herstellung von
1346 Energieträgern wie synthetischem Methangas oder Wasserstoff,
- 1347 • Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz in allen Anwendungsbereichen, bei denen sich
1348 die erforderlichen Investitionen durch geringere Verbrauchskosten refinanzieren.

1349 Diese Techniken müssen in geförderten Feldversuchen auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft und
1350 weiterentwickelt werden, bis sie marktfähig sind.

- 1351 • Die konsequente Anwendung und Ausweitung des Systems der zu bezahlenden
1352 Kohlendioxidzertifikate auf europäischer und internationaler Ebene, wobei die Summe der zur
1353 Verfügung stehenden Zertifikate stetig und schrittweise vermindert werden muss. Hier ist
1354 jedoch streng darauf zu achten, dass die deutsche Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit bewahrt
1355 und nicht einseitig belastet wird.

1357 **3.7. Bildung als Standortvorteil erkennen und stärken**

1358 Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit in einem selbstbestimmten Leben.
1359 Nur wer eine ganzheitliche Bildung und Erziehung erfahren hat, kann an den wirtschaftlichen
1360 Wachstumsprozessen und am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfassend
1361 teilnehmen und teilhaben. Vor diesem Hintergrund ist Bildung ein herausragendes Gemeinschaftsgut,
1362 welches eine staatliche Schulpflicht als notwendige Beschränkung der Freiheit rechtfertigt.
1363

1364 In der heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft wird jedem Einzelnen ein zunehmend höheres
1365 Maß an Kenntnissen und Fähigkeiten abverlangt. Bildung gibt dabei Orientierungsmöglichkeiten und
1366 ist die Grundlage zur Entwicklung von Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz. Sie ist damit das
1367 Fundament für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung unseres Landes.

1368 **Das Bildungswesen muss innovationsorientierter werden**

1369 Zukunftsfähigkeit und Innovation setzen Bildung und Qualifizierung voraus. Unabdingbar ist der solide
1370 Erwerb von elementaren Fertigkeiten des Lesens, Schreibens, Rechnens, digitaler Kompetenzen und
1371 einer lebenslangen Lernkultur als Grundlage. Die Absolventen des allgemeinbildenden Schulwesens
1372 müssen uneingeschränkt ausbildungs- und studierfähig sein. Schon in den Schulen, aber auch in den
1373 Hochschulen sollte Schülern und Studenten Unternehmergeist vermittelt werden. Neben
1374 theoretischen Grundlagen für unternehmerisches Handeln durch eigene Fächer und Kurse sollten alle
1375 Schüler angehalten werden, in Projektgruppen ein eigenes Unternehmen zu gründen und die

1376 Erfahrungen zu analysieren. Nur so kann in jungen Menschen die Lust am Gründen geweckt und
1377 können ihnen die notwendigen Kompetenzen für unternehmerisches Wirken vermittelt werden.

1378
1379 Das duale System der beruflichen Bildung ist auch aus innovationspolitischer Hinsicht wertvoll, weil
1380 es eine wettbewerbs- und praxisnahe, aus der Erfahrung gewonnene Form des Lernens ist und
1381 Leistungsorientierung, Disziplin, Experimentierfreude, Verantwortungssinn und Flexibilität vermittelt.
1382 Daran kann und muss sich auch das Studium an Fachhochschulen und Universitäten stärker
1383 orientieren. Nötig ist für alle Studierenden eine breite, solide Bildung, die in eine praxisnahe
1384 Fortbildung führt. Die besonderen Stärken des Studiums, um die Deutschland in der Vergangenheit
1385 beneidet wurde und im Zuge des Bologna-Prozesses weitgehend aufgegeben wurden, müssen so weit
1386 wie möglich revitalisiert werden: die intensive Vermittlung von Grundlagen und die Verbindung von
1387 Forschung und Lehre im humboldtschen Geist. Aber es müssen auch neue Dinge hinzukommen: An
1388 den Universitäten muss die Grundlagenforschung mehr als bisher gestärkt, Anwendungsbezug in der
1389 Lehre verbessert, die Interdisziplinarität gefördert und auf das Arbeiten in Teams Wert gelegt werden.
1390 Studierende brauchen und wünschen ein breites Fundament und dürfen nicht zu früh in eine
1391 hochgradige Spezialisierung getrieben werden. Zu dem erforderlichen Grundlagenwissen gehört
1392 digitales Können. Wie Lesen, Schreiben und Rechnen stellt dieses für alle Fächer eine unverzichtbare
1393 Kompetenz dar, die auf breiter Basis angehoben werden muss. Besondere Anstrengungen verlangt die
1394 Ausbildung von Auszubildenden und Studierenden in den MINT-Fächern. Da im Zuge der
1395 Digitalisierung Innovationen wesentlich stärker als bisher anwendungsbezogen und
1396 netzwerkgebunden sind, müssen Ingenieurwissenschaften und Informatik stärker miteinander
1397 verzahnt werden. Ausreichend qualifizierter Nachwuchs aus diesen Fächern ist ein echter
1398 Engpassfaktor für Innovation, denn aus ihm rekrutieren sich viele der neuen Unternehmer.
1399 Bildungspolitische Innovationen müssen daher mit Blick auf diese Gruppe auch durch eine
1400 Einwanderungspolitik ergänzt werden, die junge Menschen zur Qualifizierung und zur
1401 unternehmerischen Verantwortung in Deutschland einlädt.

1402 **Das Bildungswesen muss autonomer und wettbewerblicher werden**

1403 Spitzenforschung wird sich auf wenige Universitäten konzentrieren müssen. Deutsche Universitäten
1404 leiden nach wie vor unter einer hohen Zahl von Studienabbrechern. Das nimmt allen Beteiligten
1405 Motivation, Ressourcen und Zeit, die für andere Ziele und Zwecke fehlen. Die Berufsorientierung an
1406 Gymnasien muss intensiviert werden und die Auswahl von Studienanfängern muss sorgfältiger
1407 erfolgen. Studieninteressenten müssen auch die Alternative oder den Umweg einer beruflichen
1408 Ausbildung abwägen. Studienabbrecher müssen Wege in eine marktfähige Qualifikationsalternative
1409 finden können. 17.000 unterschiedliche Bachelor- und Master-Studienabschlüsse in Deutschland sind
1410 zu viel.

1411 Das Bildungswesen wird solche und andere Herausforderungen bewältigen, wenn es durch
1412 strukturelle Reformen der Rahmenbedingungen dazu befähigt wird. Innovationsprozesse im
1413 Bildungswesen sind vor allem über eine stärkere Autonomie der Universitäten hinsichtlich ihrer
1414 Profilbildung und ihrer Finanzierung zu erwarten. Vertrauen und Transparenz sind dabei notwendige
1415 Ergänzungen, nicht dagegen Formalisierung und Kontrolle. Es darf keinen verschärften Dirigismus der
1416 Wissenschaftspolitik geben, sondern einen wirksamen, auf starker Selbstverwaltung beruhenden
1417 Wettbewerb der Universitäten. Vorfahrt für duale Studiengänge führt zu mehr Praxis-Relevanz und zu
1418 vermehrten Chancen der Studienabsolventen am Arbeitsmarkt.

1419 **Wir sind stolz auf die große Tradition der beruflichen Bildung in Deutschland**

1420 Für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft ist die deutsche Tradition der beruflichen Bildung von
1421 herausragender Bedeutung. Vor allem der Mittelstand ist eng mit dem historisch gewachsenen
1422 System der beruflichen Bildung verknüpft. Er schöpft daraus auch einen großen Teil seiner Identität
1423 und trägt dieses System durch ein eindrucksvolles ehrenamtliches Engagement in der wirtschaftlichen
1424 Selbstverwaltung und Prüfungsorganisation mit. Das duale Ausbildungssystem ist zugleich eine
1425 besondere Ausprägung des Subsidiaritätsprinzips, weil es zuallererst die privaten Akteure der
1426 Wirtschaft sind, die Inhalt und Organisation der Ausbildung in der Hand haben, während der Staat -
1427 abgesehen von seiner Aufgabe als Träger von Berufsschulen - nur die Rolle des Regelsetzers und
1428 Schiedsrichters wahrnimmt. Berufliche Bildung zeichnet sich durch eine besondere Marktnähe der
1429 Ausbildung aus. Es ist der Wettbewerb, der als Qualifizierungsverfahren für künftige Unternehmer
1430 und Fachkräfte wirksamer und lebensnäher ist als jede schulische oder akademische Bildung. Duale
1431 Ausbildung vermittelt Erfahrungswissen in und für die Praxis von Generation zu Generation weiter
1432 und unterscheidet sich daher grundlegend von dem theoretischen Wissen im schulischen und
1433 akademischen Sinne. Duale Ausbildung hat schließlich auch weit über ihren ökonomischen und
1434 pädagogischen Nutzen hinaus eine enorme gesellschaftspolitische Bedeutung. Ohne die berufliche
1435 Bildung wären der Aufstieg bildungsferner Schichten und die Integration von Zuwanderern kaum
1436 leistbar. Das ist eine große sozialpolitische Leistung, die die Soziale Marktwirtschaft als eine Ordnung
1437 von Freiheit und Verantwortung hervorbringt und die durch kein wohlfahrtsstaatliches
1438 Aktionsprogramm so hervorragend gelingen könnte.

1439 **Berufliche Bildung gerät durch den bildungspolitischen Akademisierungswahn unter Druck**

1440 Zwar hat das Ansehen der beruflichen Bildung international in den letzten Jahren stark zugenommen,
1441 so dass inzwischen viele europäische Partnerländer an dem Erfolg des deutschen Modells interessiert
1442 sind. Aber die berufliche Bildung ist stark unter Druck geraten. Dies schlägt sich vor allem darin
1443 nieder, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den vergangenen Jahren
1444 gesunken ist. Dies liegt nicht nur an der allgemeinen demographischen Entwicklung, die zu einem
1445 Rückgang der Zahl der Schulabsolventen führt, sondern liegt auch daran, dass der Anteil von
1446 Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung wächst und diese sich immer häufiger für ein
1447 akademisches Studium statt für eine Berufsausbildung entscheiden. Infolgedessen tun sich die
1448 Betriebe immer schwerer, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen und damit den Fachkräftebedarf der
1449 gewerblichen Wirtschaft zu decken. Ein zunehmendes Problem ist nach den Erfahrungen der Betriebe
1450 auch, dass viele Schulabsolventen für eine Ausbildung nicht ausreichend geeignet sind. Zur Wahrheit
1451 gehört aber auch, dass viele Ausbildungsberufe aus Sicht der Jugendlichen als nicht attraktiv genug
1452 erscheinen. Der Druck auf das berufliche Bildungssystem ist nicht zuletzt eine Folge einer feindlichen
1453 Bildungsphilosophie, die seit den 1960er Jahren ihre Spuren hinterlassen hat. Die vieldiskutierte
1454 Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren zielte im Wesentlichen auf eine Zurückdrängung der
1455 beruflichen Bildung und auf eine Expansion der akademischen Bildung ab. Vor allem die OECD und die
1456 EU neigen dazu, der akademischen Qualifikation den Vorzug zu geben. Insbesondere kommt dies in
1457 dem bildungspolitischen Ziel zum Ausdruck, den Anteil der Abiturienten an den Schulabsolventen
1458 weiter zu erhöhen und einen immer höheren Anteil eines Jahrgangs zu einem Studienabschluss zu
1459 bringen. Berufliche Bildung gilt nach dieser Philosophie als minderwertig. Wir dagegen plädieren
1460 dafür, die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung anzuerkennen. Diese
1461 Gleichwertigkeit müssen wir alle leben.

1462 **Der Fachkräftemangel wird in nicht-akademischen Berufen am gravierendsten sein**

1463 Prognosen zur Entwicklung gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren deutlich mehr
1464 Akademiker neu in den Arbeitsmarkt eintreten als altersbedingt ausscheiden. Bei Berufen, die sich aus
1465 der dualen Ausbildung rekrutieren, verhält es sich umgekehrt: Hier scheiden deutlich mehr Fachkräfte
1466 vom Arbeitsmarkt aus als frisch Ausgebildete zur Verfügung stehen. Der Fachkräftemangel wird sich
1467 also vor allem bei denjenigen Berufen stellen, die auf der dualen Ausbildung basieren. Dagegen ist
1468 fraglich, ob sich für die vielen akademischen Absolventen adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten
1469 ergeben werden, zumal die gewählten Studienfächer oft nicht dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt
1470 entsprechen. Wir müssen also ein großes Interesse daran haben, die berufliche Bildung attraktiver zu
1471 machen und die berufliche Qualifizierung junger Menschen besser an dem Bedarf des Arbeitsmarktes
1472 auszurichten. Eine pauschale Forderung nach mehr Akademikern ist dafür eher hinderlich.

1473 **Berufliche Bildung muss für viele Zielgruppen attraktiver werden**

1474 Um das System der beruflichen Bildung leistungsfähiger zu machen, muss es attraktiver werden. Das
1475 gilt insbesondere für die Gruppe derjenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben. Denn in
1476 vielen Ausbildungsberufen sind infolge des technischen Wandels die Anforderungen derart gestiegen,
1477 dass die Betriebe wirklich leistungsstarke Jugendliche als Nachwuchskräfte brauchen. Auch
1478 Studienaussteiger sind eine wertvolle Zielgruppe, die durch geeignete Angebote und
1479 Informationsmöglichkeiten noch für eine berufliche Ausbildung gewonnen werden sollten, um ihnen
1480 auf diesem Wege eine gute Lebensperspektive zu erschließen.

1481 Es ist die Aufgabe der Unternehmer, gemeinsam mit ihren Tarifpartnern, attraktive Arbeits- und
1482 Entlohnungsbedingungen zu erreichen, um die Attraktivität der Berufe zu verbessern. Es wird in
1483 Zukunft auch sehr darauf ankommen, berufliche und akademische Ausbildung miteinander zu
1484 verzahnen, z.B. durch den Ausbau von Studiengängen, die die Absolvierung einer Gesellen- und
1485 Meisterprüfung mit einem B.A.-Abschluss verknüpfen. Damit ist gewährleistet, dass berufliche
1486 Ausbildung keine Qualifizierungssackgasse ist, sondern dass sie für jeden, der leistungsbereit ist, zum
1487 Ausgangspunkt einer individuellen Qualifikationsbiographie werden kann. Hier sind die gewerbliche
1488 Wirtschaft und die Fachhochschulen und Universitäten aufgefordert, gemeinsam innovative,
1489 marktorientierte Produkte und Angebote der Fort- und Weiterbildung zu entwickeln.

1490 **Die politischen Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung müssen verbessert werden**

1491 Es sind in erster Linie die Unternehmen und ihre Verbände und Kammern, die für die Attraktivität der
1492 beruflichen Bildung verantwortlich sind und daran ein ureigenes Interesse haben müssen. Aber es
1493 kommt auch auf eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen an. So muss die frühzeitige
1494 Berufsorientierung in Richtung dualer Berufsbildung an allen allgemeinbildenden Schulen
1495 sichergestellt werden. Das gilt insbesondere für Gymnasien. Auch Abiturienten sollten neben einer
1496 umfassenden Studienorientierung auch eine umfassende Berufsorientierung erhalten, in der sie das
1497 gesamte Spektrum der Berufe kennenlernen und über die spezifischen Möglichkeiten der beruflichen
1498 Bildung informiert werden. Zudem müssen berufliche Ausbildung und Fortbildung besser miteinander
1499 verzahnt werden. Besonders leistungsfähigen Nachwuchskräften müssen attraktive und direkte
1500 Karrierewege eröffnet werden. Duale Berufsausbildung und Fortbildung müssen als Einheit gesehen
1501 und gegenüber einem Hochschulstudium als gleichwertiger beruflicher Bildungsweg herausgestellt
1502 werden. Der Deutsche Qualifikationsrahmen bietet dafür bereits eine gute Grundlage. Besondere
1503 Verantwortung hat der Staat als Träger von beruflichen Schulen und in der Ausbildung von
1504 Berufsschullehrern. In vielen gewerblichen Fächern ist die Lehrerversorgung nicht ausreichend, so
1505 dass es zu hohem Unterrichtsausfall kommt. Hier sind die Bundesländer gefordert, für eine bessere

1506 personelle und sachliche Ausstattung zu sorgen und eine vorausschauende Standortpolitik für
1507 Berufsschulen zu gewährleisten. Die Abschaffung der Meisterpflicht in über 50 Handwerksberufen im
1508 Jahr 2004 hat mit dazu beigetragen, dass seither in einigen dieser Berufe die Ausbildungszahlen weit
1509 überdurchschnittlich zurückgegangen sind. Mit dem Wegfall dieses Qualifikationserfordernisses ist es
1510 zugleich zu einem deutlichen Qualitätsverlust in diesen Branchen gekommen zu Lasten von
1511 Verbrauchern und Vertragspartnern. Wir fordern daher die Wiedereinführung der Meisterpflicht auch
1512 in diesen Handwerksberufen, soweit dies verfassungs- und europarechtlich möglich ist.

1513 **Ungenutzte Bildungspotenziale müssen besser ausgeschöpft werden**

1514 Zu den Herausforderungen der kommenden Jahre gehört es auch, dass die Bildungspotentiale von
1515 Schulabsolventen besser ausgeschöpft werden. Die Betriebe werden noch größere Anstrengungen
1516 unternehmen müssen, auch solchen Jugendlichen eine Chance zu geben, die von ihnen bisher nicht als
1517 primäre Zielgruppe bei der Rekrutierung ihres Nachwuchses betrachtet wurden. Wir müssen wieder
1518 mehr Betriebe davon überzeugen, dass sie aus eigenem Interesse größere Anstrengungen für die
1519 Ausbildung des Nachwuchses aufbringen. Auch kleine Betriebe müssen hierfür neu motiviert werden
1520 und durch ihre Verbände und Kammern wirkungsvoll unterstützt werden. Gut koordinierte Image-
1521 und Werbekampagnen können dazu einen Beitrag leisten. Auch ohne Bestnoten in der Schule kann
1522 jemand eine gute und leistungsstarke Fachkraft werden. Aber Ausbildungsbetriebe, die sich darauf
1523 einlassen, brauchen eine gezielte Unterstützung, z.B. durch verstärkten Einsatz von assistierten
1524 Ausbildungsmodellen und ausbildungsbegleitenden Hilfen, die auch den besonderen Bedürfnissen
1525 von kleinen Betrieben Rechnung tragen. Potenziale von Flüchtlingen für die duale Ausbildung sind zu
1526 heben.

1527 **3.8 Zuwanderung nach unseren Werten und Interessen gestalten**

1528 **Das Recht auf Freizügigkeit und das Recht auf Asyl sind für uns unverzichtbarer Bestandteil einer** 1529 **freiheitlichen Gesellschaft**

1530 Die Freiheit und Würde des Menschen umfasst für uns auch das Recht auf Freizügigkeit und das Recht
1531 auf Asyl. Beide Grundrechte dürfen nur aus wichtigen Gründen beschränkt werden.

1532 Als freiheitliches Land haben wir die humanitäre Verantwortung, politisch Verfolgte, die Schutz
1533 suchen, aufzunehmen und ihnen eine sichere Perspektive anzubieten. Dieser Verantwortung müssen
1534 wir in der Europäischen Union gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten gerecht werden. Dazu
1535 gehört auch, dass wir unsere Hilfe anbieten müssen, damit die politische Stabilität und der
1536 wirtschaftliche Wohlstand in den Herkunftsländern wieder zunehmen und die Menschen in ihrer
1537 Heimat wieder eine Lebensperspektive finden. An diesem Anspruch müssen wir uns angesichts der
1538 wachsenden Flüchtlingsströme an den Rändern Europas messen lassen.

1539 Innerhalb der Europäischen Union ist für viele Menschen das Recht, den Wohnsitz frei zu wählen, eine
1540 Selbstverständlichkeit geworden. Das ist nicht nur unmittelbarer Ausdruck der Würde und Autonomie
1541 des Menschen. Wo Menschen Grenzen innerhalb der Europäischen Union überschreiten und wählen
1542 können, in welcher Rechts- und Wirtschaftsordnung sie leben wollen, dient dies auch dem politischen
1543 und ökonomischen Wettbewerb.

1544 Die Möglichkeit, in einem anderen Land Arbeit zu finden, kann sowohl für den Einzelnen als auch
1545 gesamtwirtschaftlich positive Wirkung entfalten. Das heißt aber nicht, dass ein Staat Zuwanderung
1546 unbeschränkt hinnehmen muss. Staatliche Grenzen haben eine wichtige, auch friedentiftende,

1547 Ordnungsfunktion.

1548 **Deutschland hat eine vielfältige Zuwanderungsgeschichte**

1549 Deutschland ist zwar kein klassisches Einwanderungsland wie die USA, Kanada und Australien. Aber
1550 als Land in der Mitte Europas hat es in seiner Geschichte immer wieder große
1551 Wanderungsbewegungen erlebt. Religiöse Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler deutscher
1552 Staatsangehörigkeit und freiwillige Zuwanderer aus anderen Nationen haben im Laufe der Zeit viel
1553 zum kulturellen Reichtum und zum ökonomischen Wohlstand unseres Landes beigetragen und
1554 wurden somit zu einem festen Bestandteil unserer nationalen Kultur.

1555 In Deutschland sind viele global tätige Unternehmen ansässig, die längst daran gewöhnt und darauf
1556 angewiesen sind, dass sie in vielen Ländern der Welt tätig sind und Mitarbeiter aus all diesen Ländern
1557 mit ihren beruflichen Qualifikationen und ihren kulturellen Erfahrungen für sich gewinnen. Die
1558 Marktposition vieler Unternehmen leitet sich aus ihren hochinnovativen Produkten und
1559 Dienstleistungen ab, die sie nur mit hochqualifizierten Fachkräften erbringen können. In Zeiten des
1560 demographischen Wandels können wir uns aber immer weniger darauf verlassen, diesen Bedarf aus
1561 der eigenen Bevölkerung zu decken. Deswegen haben wir uns schon früh für eine Liberalisierung der
1562 Zuwanderung ausgesprochen, um dem Fachkräftebedarf in Deutschland gerecht zu werden.

1563 **Humanitäres Asylrecht und ökonomisch gesteuerte Einwanderung sind zwei getrennte Wege**
1564 **der Zuwanderung**

1565 Wir treten für eine klare Unterscheidung ein: Wir bejahen unmissverständlich das Recht auf Asyl für
1566 jedermann, der politisch verfolgt wird, und fordern deswegen eine humanitär verantwortungsvolle
1567 Asylpolitik im Gesamtkontext der Europäischen Union. Daneben brauchen wir ein zeitgemäßes
1568 Instrumentarium, um andere Arten von Zuwanderung zu steuern. Hierbei hat Deutschland großen
1569 Nachholbedarf. Wir müssen den Mut haben, klar zu sagen, welche Art von Zuwanderung Probleme mit
1570 sich bringt und die Akzeptanz für eine offene Gesellschaft gefährdet. Wir müssen aber auch den Mut
1571 haben, klar zu sagen, welche Art von Zuwanderung in unserem Interesse liegt, und dafür Akzeptanz in
1572 der Bevölkerung schaffen.

1573 **Es geht nicht nur um die Einwanderung von Beitragszahlern und Fachkräften**

1574 Wir müssen uns darüber klarwerden, dass es uns nicht um die Zuwanderung von Arbeitskräften oder
1575 Beitragszahlern geht, sondern um Menschen mit all ihren Werten, Begabungen und Fähigkeiten.

1576 Einwanderung und Integration von Fachkräften werden am ehesten gelingen, wenn Menschen zu uns
1577 kommen und bei uns bleiben wollen, die die kulturellen Voraussetzungen unserer Wirtschafts- und
1578 Gesellschaftsordnung bejahen. In diesem Sinne geht es nicht nur darum, dass wir solche Zuwanderer
1579 gewinnen, die grundsätzlich zur Integration bereit sind. Es geht auch nicht nur darum, dass wir eine
1580 wie auch immer geartete Willkommenskultur anbieten. Wenn wir Integrationsbereitschaft einfordern,
1581 müssen wir zunächst einmal uns selbst Rechenschaft darüber ablegen, welche Werte uns wichtig sind
1582 und auf welchen Institutionen unsere Freiheit und unser Wohlstand beruhen. Wir müssen nach außen
1583 sichtbar machen, dass Deutschland durch sein Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft attraktiv ist für
1584 Fachkräfte. Wir müssen Menschen in anderen Ländern, die diese Werteordnung bejahen, dazu
1585 einladen, sich bei uns als Fachkräfte einzubringen und durch ihren Leistungswillen und ihre
1586 Verantwortungsbereitschaft Teil einer politischen und wirtschaftlichen Erfolgsstory in und aus
1587 Deutschland zu werden. Nur wenn wir ein solch positives Selbstverständnis formulieren und nach

1588 außen darstellen, kann es uns gelingen, für Zuwanderer interessant zu sein, die uns in jeder Hinsicht
1589 bereichern können. Wir müssen uns nicht nur fragen, welche Zuwanderer wir wollen, sondern auch,
1590 was uns für Zuwanderer attraktiv macht.

1591 **Die bisherigen Instrumente für Zuwanderung und Integration müssen in einem künftigen**
1592 **„Einwanderungsgesetz“ gebündelt und verbessert werden**

1593 Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und
1594 Migrationsexperten bescheinigen Deutschland eine der weltweit modernsten und effektivsten
1595 Regelungen zur Zuwanderung von Arbeitskräften. Dennoch sollten die erfolgreichen Instrumente der
1596 Zuwanderungspolitik, die in den letzten 15 Jahren geschaffen wurden, stetig weiterentwickelt
1597 werden. Inzwischen ist klar, dass wir Bedarf an Zuwanderung nicht nur im Bereich von gutbezahlten
1598 Hochqualifizierten haben, sondern dass auch bei Berufen anderer Qualifikationsstufen längst
1599 Engpässe aufgetreten sind. Wenn wir eine ökonomisch sinnvolle Zuwanderung wollen, müssen die
1600 Unternehmen aber weiterhin selbst entscheiden, welche Fachkräfte sie benötigen. Unverzichtbar
1601 muss bleiben, dass Arbeitskräfte-Zuwanderung auf einen konkreten Arbeitsplatz erfolgen muss und
1602 nicht auf Grund eines hypothetischen Bedarfes an Arbeitskräften erfolgen darf. Nicht der Staat, der
1603 etwa ein abstraktes Punktesystem aufstellt, sondern die Unternehmer können den Bedarf an Arbeits-
1604 und Fachkräften am besten einschätzen. Unsere Erfahrungen mit mehreren Jahrzehnten
1605 Zuwanderung in die Bundesrepublik zeigen, dass Integration hervorragend am Arbeitsplatz gelingen
1606 kann, nicht aber im Job-Center. Deshalb muss der Staat gerade die Betriebe der mittelständischen
1607 Wirtschaft, die keine eigenen Büros in anderen Teilen der Welt unterhalten können, aktiv dabei
1608 unterstützen, geeignete ausländische Bewerber nötigenfalls auch außerhalb der EU zu identifizieren
1609 und anzuwerben. Hier stellt sich eine sehr praktische und sehr wichtige Aufgabe für unsere
1610 Botschaften und Konsulate, für unsere Außenhandelskammern und für die Agentur für Arbeit. Das
1611 Knüpfen von Kontakten zwischen einem Unternehmen in Deutschland und einem Arbeitssuchenden
1612 im Ausland ist eine konkrete und praktische Aufgabe, die umfassende Unterstützungsarbeit des
1613 Staates erfordert, aber nicht allein durch ein Gesetz zu lösen ist.

1614 Staatlich definierte Verdienstuntergrenzen oder Kataloge von Berufen sehen wir im Interesse einer
1615 ökonomisch vernünftigen Steuerung ebenfalls skeptisch. Die Unternehmen müssen anders als in den
1616 1960ern und 1970ern Jahren gegenüber den „Gastarbeitern“ auch einen spürbaren Beitrag zur
1617 Integrationskultur leisten. Ferner muss der Staat sicherstellen, dass die Arbeitsbedingungen für
1618 Zuwanderer denen für inländische Arbeitskräfte entsprechen und letztere nicht durch „billige und
1619 willige“ Zuwanderer verdrängt werden. Wir treten dafür ein, die bisherigen Instrumente der
1620 Zuwanderung- und Integrationspolitik zu überprüfen und in einem künftigen „Einwanderungsgesetz“
1621 noch besser zu klären, wie Zuwanderung auf die wechselnden Bedürfnisse des Arbeitsmarktes
1622 angepasst werden kann und wie wir erfolgreiche Zuwanderer auch zum dauerhaften Bleiben
1623 gewinnen können. Damit eröffnen wir uns nicht nur die Chance, unsere Wirtschaft
1624 wettbewerbsfähiger zu machen, sondern wir können auch die Probleme, die eine ungesteuerte
1625 Zuwanderung notwendigerweise mit sich bringt, besser in den Griff bekommen und damit auf lange
1626 Sicht auch die Akzeptanz für Zuwanderung in der Bevölkerung erhöhen.

1627 **Integration darf kein bloßes Anhängsel der Sozialpolitik sein, sondern ist Ausdruck einer**
1628 **offenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung**

1629 Es ist deshalb auch ein großes Missverständnis, wenn Integrationspolitik nur als Anhängsel der
1630 Sozialpolitik verstanden wird. Längst haben wir in Deutschland viele Zuwanderer, die als

1631 Unternehmer oder als Fachkräfte wesentlich zum Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft beitragen. Viele
1632 von ihnen haben die Erfahrung gemacht, dass Berufstätigkeit und berufliche Qualifizierung der beste
1633 Weg zu einer gelungenen Integration sind. Sie brauchen keine sozialpolitische Bevormundung durch
1634 den Staat, sondern eine wirksame Ausrichtung der Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik auf
1635 ihre Interessen als Unternehmer und Beschäftigte. Sie verstehen Integration nicht als nahtlose und
1636 unauffällige Anpassung an eine vorgegebene Ordnung, sondern wollen mit ihren Begabungen und mit
1637 ihrer Verantwortungsbereitschaft Sichtbares und Eigenständiges leisten. Darin liegt ein großes
1638 Potenzial für uns alle. Staat, Kammern und Verbände sind gut beraten, die ausgetretenen Pfade der
1639 sozialpolitisch verstandenen Integrationspolitik zu verlassen und sich mit ihren Rahmenbedingungen
1640 und Angeboten besser auf diese vielfältige Unternehmens- und Beschäftigungskultur in Deutschland
1641 einzulassen.

1642 **3.9. Die Altersvorsorge auf den demographischen Wandel vorbereiten und gerecht modernisieren**

1643 **Demokratien müssen die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme sicherstellen**

1644 Für die Menschen, die in der Sozialen Marktwirtschaft durch ihre Leistungsbereitschaft für Wohlstand
1645 und Beschäftigung sorgen, gehört die Absicherung der Risiken des Lebens und die Vorsorge fürs Alter
1646 zu den grundlegenden Bedürfnissen. Im Geiste der Subsidiarität muss es hierbei zuallererst darum
1647 gehen, den Menschen Freiräume und Anreize zur rechtzeitigen und ausreichenden Eigenvorsorge
1648 durch Vermögensbildung, individuelle Versicherungen oder durch genossenschaftlich organisierte
1649 Solidarität zu geben. In zweiter Linie ist der Staat in der Verantwortung, soziale Sicherungssysteme zu
1650 unterhalten, auf deren Fairness und Tragfähigkeit sich die Menschen verlassen können.

1651 Wir alle wissen, dass der demographische Wandel unser tradiertes System der Altersvorsorge einer
1652 großen Belastungsprobe aussetzt und rechtzeitige Reformen verlangt. Die steigende Belastung durch
1653 die Beitragspflichten zu den Sozialversicherungskassen macht es den Menschen schwerer, in
1654 ausreichendem Maße private Vorsorgelösungen für Krankheit und Alter vorzubereiten. Eine zu hohe
1655 Abgabenlast durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ist das stärkste Hindernis für
1656 Eigenvorsorge. Die Wechselhaftigkeit vieler Erwerbsbiographien trägt dazu bei, dass Eigenvorsorge
1657 schwerer fällt, und macht es zugleich erforderlich, dass die verschiedenen Vorsorgesysteme sich
1658 flexibler an individuelle Lebensplanungen anpassen.

1659 Die Vorsorge für Lebensrisiken ist nicht nur für jeden einzelnen von existentieller Bedeutung. Auch
1660 die wirtschaftliche und politische Stabilität eines Landes hängt davon ab, dass der Staat keine
1661 trügerischen Sicherheitsversprechungen macht und dass die finanzielle Leistungskraft einer
1662 Gesellschaft nicht durch die Ausdehnung wohlfahrtsstaatlicher Ansprüche überfordert wird. Wenn
1663 sich solche Versprechungen des Staates als Finanzillusion entpuppen, kann dies zu einer
1664 grundsätzlichen Vertrauenskrise führen. Das erleben wir derzeit in mehreren Mitgliedstaaten der
1665 Europäischen Union. Auch und gerade die Demokratien müssen ein besonderes Augenmerk auf die
1666 Tragfähigkeit sozialpolitischer Leistungen und Institutionen haben.

1667 **Wir haben notwendige Reformen eingefordert und unterstützt**

1668 Deshalb haben wir in den letzten fünfzehn Jahren viele Reformschritte gefordert und unterstützt,
1669 mit denen das Rentensystem auf den demographischen Wandel eingestellt wurde. Die Einführung
1670 der Rente mit 67, die Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus, die Dämpfung der
1671 Rentensteigerung, das Ende der massiven Frühverrentung und der Ausbau und die Förderung

1672 privater und betrieblicher Altersvorsorge waren zum Teil unpopulär, aber sie waren notwendig,
1673 um auch künftigen Generationen materielle Sicherheit im Alter zu gewährleisten.

1674 **Wir müssen vermitteln, warum die Reform der Altersvorsorge keinen Aufschub verträgt**

1675 Die Debatten über die Reform des Sozialstaats, die in den letzten 15 Jahren geführt wurden, machen
1676 allerdings auch klar, dass wir in der Bevölkerung noch für mehr Verständnis und Realismus werben
1677 müssen. Zum einen müssen wir deutlicher machen, dass die gesetzliche Rentenversicherung keine
1678 Form der individuellen Kapitalanlage ist, sondern ein Umlagesystem, in dem das Geld, das von
1679 Beitragszahlern eingezahlt wird, umgehend an die Rentner weitergegeben wird. Ein solches System
1680 stößt an Grenzen, wenn sich das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern so dramatisch
1681 verschiebt und die Lebenswartung der heutigen Rentnergeneration so stark steigt, wie dies in
1682 Deutschland der Fall ist. Wir dürfen also nicht die Augen davor verschließen, dass heutzutage viele
1683 Menschen Beitragszahlungen leisten müssen, ohne dass wirklich geklärt ist, wer die
1684 Beitragszahlungen übernimmt, wenn diese Generation selbst in Rente geht und Leistungen
1685 beansprucht, auf die sie jahrzehntlang vertraut hat. Der vielbeschworene Generationenvertrag darf
1686 nicht zum betrügerischen Kettenbrief werden. Diese Problematik müssen wir verdeutlichen. Zu den
1687 Wahrheiten, die wir politisch vermitteln müssen, gehört zum anderen auch, dass die gesetzlichen
1688 Renten künftig nicht in der Lage sein werden, den gewohnten Lebensstandard der Menschen im Alter
1689 zu erhalten. Wer künftig im Alter seinen Lebensstandard halten will, wird das nur leisten können,
1690 wenn er rechtzeitig private Vorsorge getroffen hat.

1691 **Wir lehnen Maßnahmen ab, die vom notwendigen Reformkurs abrücken**

1692 Uns ist bewusst, dass die Rente ohne eine klare Reformperspektive nicht mehr sicher genug ist, um
1693 ein auskömmliches Leben im Alter zu führen. Deswegen haben wir uns auch immer deutlich dagegen
1694 gewandt, Reformnotwendigkeiten zu ignorieren und das Rentensystem durch eine Ausweitung der
1695 Leistungsansprüche noch mehr zu belasten - egal, wer sie vorgeschlagen hat. Wir sehen das als unsere
1696 Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, die für diese Leistungen auf lange Sicht zahlen
1697 müssen. Wir sprechen uns deshalb gegen den Vorschlag zur Einführung einer beitragsfinanzierten
1698 Zuschussrente aus. Dieser Vorschlag leistet keinen Beitrag zu Bekämpfung der Altersarmut. Er
1699 unterläuft das Äquivalenzprinzip zwischen Beitragszahlungen und Rentenansprüchen, das für ein
1700 umlagefinanziertes Rentensystem grundlegend ist. Die Sicherung vor Altersarmut ist Aufgabe der
1701 steuerfinanzierten Grundsicherung, die sich aus dem Fürsorgegebot ergibt.

1702 **Der Renteneintritt muss flexibler gestalten werden**

1703 Das effektive Renteneintrittsalter darf nicht wieder gesenkt werden, sondern muss angesichts der
1704 deutlich gestiegenen Lebenserwartung erhöht werden. Wichtig dabei ist, dass wir den Renteneintritt
1705 flexibler gestalten, um einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu
1706 ermöglichen. Die von der MIT durchgesetzte Flexi-Rente ist dafür das richtige Signal. Seither können
1707 Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig frei entscheiden, ob und wie lange sie über das gesetzliche
1708 Renteneintrittsalter hinaus weiter zusammenarbeiten möchten. Außerdem wurden die
1709 sozialversicherungsrechtlichen Benachteiligungen von arbeitenden Rentnern weitgehend beseitigt.
1710 Alle Umfragen zeigen, dass es den Menschen bei der Beschäftigung im Alter -bei aller Einsicht in die
1711 Notwendigkeit, für die Tragfähigkeit der Sozialsysteme und für die Fachkräftesicherung zu sorgen- an
1712 erster Stelle um die Würde und den Wert von Arbeit geht. Der Teilhabe-Aspekt von Arbeit, die
1713 Sinnstiftung, ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, stehen im Vordergrund. Arbeit ist heute in
1714 unserer Gesellschaft zu allererst ein Wert an sich und keine Last, von der der Staat seine Bürger

1715 befreien sollte. Nun gilt es weitere Anreize für längeres Arbeiten zu schaffen und auch das
1716 Beamtenrecht in Bund und Ländern entsprechend zu reformieren.

1717 **Wir brauchen eine Stärkung der privaten Vorsorge, um den Mix aus Kapitaldeckung und**
1718 **Umlagesystem zu verbessern**

1719 Wir halten einen vollständigen Umstieg des Rentensystems vom Umlagesystem hin zum System der
1720 Kapitaldeckung nicht für realistisch und auch nicht finanzierbar. Wir plädieren dafür, alle
1721 Anstrengungen auf die Stärkung des 3-Säulen-Modells zu richten, das einen Mix gesetzlicher, privater
1722 und betrieblicher Vorsorge umfasst. Hierzu ist es erforderlich, gerade die Säule der privaten Vorsorge
1723 zu stärken. Die Transparenz bei sogenannten „Riester“-Produkten muss erhöht und deren
1724 Beantragung vereinfacht werden. Außerdem müssen die Angebote dieser reformierten Zuschuss-
1725 Rente für Selbständige geöffnet werden, denn auch sie brauchen bei niedrigerem Einkommen bessere
1726 Anreize zur Eigenvorsorge und leichteren Zugang zu Angeboten. Dabei ist jegliche private
1727 Kapitalbildung wünschenswert, bei der der Staat in der Anspar- als auch Auszahlungsphase einen
1728 anlageneutralen Förderrahmen gewährt.

1729 **Keine Pflichtversicherung für Selbständige in der gesetzlichen Rentenversicherung**

1730 Klar ist, dass auch für Selbständige das Risiko mit Blick auf die Altersvorsorge zugenommen hat. Vor
1731 allem die wachsende Zahl von Soloselbständigen verändert das herkömmliche Bild des Selbständigen.
1732 Wir lehnen jedoch die Einführung einer Pflichtversicherung für Selbständige in der gesetzlichen
1733 Rentenversicherung ab. Sofern ein Selbständiger keine Eigenvorsorge betrieben hat, fällt er heute in
1734 die Grundsicherung und erhält Leistungen, denen keine Beitragszahlungen gegenüberstehen. Dieses
1735 Problem kann aber nicht durch die Einführung einer Pflichtversicherung in der gesetzlichen
1736 Rentenversicherung gelöst werden. Das wäre ein falsches ordnungspolitisches Signal und würde die
1737 unternehmerische Freiheit der Selbständigen unverhältnismäßig einschränken. Eher als eine
1738 Pflichtversicherung ohne Wahlmöglichkeiten wäre eine Versicherungspflicht mit Wahlmöglichkeiten
1739 ein gangbarer Weg. Zu den fest verankerten Bedingungen einer solchen Lösung muss es gehören, dass
1740 jeder Selbständige eine maximale Wahlfreiheit hat, wie er für das Alter vorsorgt. Es muss Sache des
1741 Selbständigen sein, ob und in welcher Form er eine private oder eine gesetzliche Vorsorge betreibt.
1742 Zudem dürfen Existenzgründer durch eine Altersvorsorgepflicht nicht behindert werden, und es
1743 müssen lange Übergangsfristen gelten. Gleichzeitig muss für Selbständige ein Insolvenzschutz sowohl
1744 im Falle der Privatinsolvenz als auch der Unternehmensinsolvenz gelten. Hierzu müsste das
1745 Alterseinkünfte-Gesetz entsprechend angepasst werden. Zudem muss klar sein, dass es bei der
1746 Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbständige nur darum gehen kann, für ein
1747 Mindesteinkommen zur Absicherung des soziokulturellen Existenzminimums Vorsorge zu leisten. Jede
1748 Altersvorsorge, die darüber hinausgeht, soll den Selbständigen auch weiterhin selbst überlassen
1749 bleiben. Eine solche Vorsorgepflicht mit maximalen Wahlmöglichkeiten für Selbständige könnte auch
1750 als Modell für eine Flexibilisierung der sozialen Sicherung insgesamt dienen.

1751 **Auch die Beamtenversorgung muss reformiert werden**

1752 Wenn sich Selbständige und Angestellte auf schmerzhaft Reformen bei der Altersvorsorge einstellen
1753 müssen, gilt dies erst recht für Beamte. Niemand darf sich hinter den „hergebrachten Grundsätzen
1754 des Berufsbeamtentums“ verschanzen, um Reformzumutungen auf andere abzuwälzen. Wir brauchen
1755 dringend Mechanismen im Haushaltsrecht, die dafür sorgen, dass genügend Rückstellungen für die zu
1756 erwartende Welle an Pensionszahlungen gebildet werden können. Verbeamtungen dürfen nur noch
1757 stattfinden, wenn eine versicherungsmathematisch korrekt gerechnete und testierte Rückstellung

1758 gebildet wird, die ausschließlich für die Bedienung der Pensionsverpflichtungen genutzt werden darf.
1759 Zugleich müssen wir dafür sorgen, dass die Summe von Pensionsverpflichtungen nicht weiter
1760 ansteigt. Die sinngemäße Übertragung rentenrechtlicher Reformen auf Beamte ist ein Gebot der
1761 Gerechtigkeit. Dazu muss gehören, dass sich der Pensionsanspruch eines Beamten nicht länger an der
1762 zuletzt erreichten Besoldungsstufe orientiert, sondern an dem Niveau des im Laufe des Erwerbslebens
1763 durchschnittlich erzielten Besoldungsniveaus. Auch die Versorgungsbezüge von politischen Beamten,
1764 Ministern und Abgeordneten gehören auf den Prüfstand. Es gibt keinen Grund, diese Gruppen von der
1765 Pflicht zur Wahrnehmung einer eigenverantwortlichen Altersvorsorge auszuschließen. Um weiterhin
1766 in ausreichendem Maß qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, sollten Bund,
1767 Länder und Kommunen künftig weniger auf die Attraktivität der Altersversorgung als auf eine
1768 attraktive und leistungsorientierte Entlohnung der aktiven Beamten und Angestellten achten.

1769 Die Tätigkeit von Beamten muss der Ausführung von hoheitlichen Aufgaben vorbehalten sein. Dies
1770 meint Aufgaben, die sich aus der Staatsgewalt ableiten. Dies gilt in sicherheitsrelevanten Bereichen wie
1771 etwa bei der Polizei oder der Bundeswehr und für die Justiz, namentlich etwa für Richter und
1772 Staatsanwälte. Aber in anderen Bereichen existieren bereits heute Beamten- und normale
1773 Angestelltenverhältnisse nebeneinander. Dies gilt für die öffentliche Verwaltung genauso wie für Lehrer.
1774 In diesen Bereichen muss die Verbeamtung generell überdacht werden.
1775

1776 **3.10. Zukunftsfähigkeit schaffen durch eine neue Innovationsdynamik**

1777
1778 **Deutschland muss seine Innovationschwäche überwinden**
1779 Zukunftsfähigkeit ist der Maßstab für die Erneuerungskraft einer Gesellschaft. Um diese ist es in
1780 Deutschland und weiten Teilen Europas gemessen an innovativen und dynamischen Ländern wie
1781 Südkorea, Taiwan, Israel, der Schweiz, den skandinavischen Ländern oder US-Staaten wie Kalifornien,
1782 jedoch nicht gut bestellt. Die Liste der Schwächesymptome ist lang. Im Bereich der Mikroelektronik
1783 finden keine bedeutenden Investitionen mehr statt, die Forschung auf dem Gebiet der Gentechnik hat
1784 sich weitgehend in die USA verlagert, nicht zuletzt sind die Innovationsleistungen der früheren
1785 Bundesbehörden Telekom und Bahn sowie der großen Energiekonzerne zu gering.

1786 In den innovationsrelevanten MINT-Fächern wächst der Fachkräftemangel an, die Zahl der High-Tech-
1787 Gründungen hat spürbar nachgelassen. Besonders anschaulich wird dies in der Informations- und
1788 Kommunikationstechnik. Sie war einst eine Schlüsselbranche der deutschen Industrie, hat aber
1789 inzwischen mangels Innovationskraft einen dramatischen Niedergang erlebt. Inzwischen werden
1790 informationstechnische Geräte nur noch importiert, eine vor wenigen Jahren noch unvorstellbare
1791 Importabhängigkeit ist in der Kommunikations- und Unterhaltungselektronik eingetreten.

1792 All dies kommt nicht von ungefähr. Das Meinungsklima ist gegenüber vielen Technologien von
1793 Ablehnung und Ängsten geprägt: Eine sorgfältige Abwägung von Risiken für Umwelt und Gesundheit
1794 sowie Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft bei technologischen Innovationen ist uns fremd
1795 geworden. Die innovationsfeindliche Grundstimmung unseres Landes unterscheidet sich deutlich von
1796 der Aufgeschlossenheit gegenüber dem technologischen Fortschritt, wie er in den Gründerjahren des
1797 späten 19. Jahrhunderts oder in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg zu spüren
1798 war. Unsere Gesellschaft gefällt sich darin, Ängste zu schüren, manisch nach Gerechtigkeitslücken zu
1799 suchen, sich am Status quo festzuklammern und den Ressourcenverbrauch von heute der Vorsorge für
1800 die Zukunft vorzuziehen. Ein Land, das mindestens dreimal mehr für Sozialleistungen ausgibt als für

1801 Bildung, lebt von der Substanz und investiert zu wenig Geld und zu wenig geistige Energie in die
1802 Schaffung des Wohlstands von morgen.

1803 **Innovation ist eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Gesellschaft**

1804 Zukunftsfähig zu sein verlangt eine andere Grundhaltung. Man muss dem Wandel ins Auge sehen, ihn
1805 zum eigenen Vorteil gestalten, kreativ sein, in Vorleistung gehen, weitsichtig handeln, eine attraktive
1806 Zukunftsvorstellung entwerfen und dabei möglichst viele Menschen mitnehmen. Wir brauchen keine
1807 defensive, sondern eine für Neuerungen aufgeschlossene Gesellschaft. Die Innovationsfähigkeit
1808 unseres Landes zu stärken ist eine Querschnittsaufgabe, die nicht als abgegrenztes Politikfeld
1809 verstanden werden darf, sondern die sich alle Akteure in Wirtschaft, Bildung, Kultur, Politik und
1810 Verwaltung zu Eigen machen müssen. Innovationsschwäche zu beheben und die Zukunftsfähigkeit zu
1811 verbessern lässt sich nicht politisch verordnen. Es ist eine Frage des Bewusstseins und der
1812 Aufgeschlossenheit in vielen Gruppen der Gesellschaft, die sich nicht nur an Unternehmensleitungen,
1813 sondern auch an Akteure in Bildung, Forschung, Politik und Verwaltung richtet. Dazu bedarf es an
1814 allen Stellen - von der politischen Spitze des Landes über die Chefetagen der Unternehmen bis in die
1815 Schulen, Hochschulen, Kammern und Verbände hinein - einer kraftvollen Führung, die sich der
1816 Innovation als Langzeitperspektive verpflichtet und sich dieser gemeinsamen Verantwortung stellt.
1817 Um Innovationschancen nicht auf Grund einer allzu ängstlichen Betrachtung technischer Neuerungen
1818 zu verspielen, brauchen wir in unserer Gesellschaft vor allem die Fähigkeit und Bereitschaft,
1819 technische Risiken nüchtern und auf der Grundlage rationaler Kriterien zu analysieren und zu
1820 bewerten.

1821 **Der Anspruch auf Innovationsführerschaft in Schlüsseltechnologien kann nur durch starke** 1822 **Forschungs- und Wertschöpfungsverbände eingelöst werden**

1823 Die Produktion ist der robuste Kern der deutschen Wirtschaft. Deshalb müssen wir darauf achten,
1824 dass sie als Motor für Wertschöpfung und Beschäftigung ihren im weltweiten Vergleich hohen
1825 Stellenwert behält. Das Kopieren von Innovationen aus anderen Ländern kann für ein Land wie
1826 Deutschland aus vielen Gründen kein erfolgreicher Weg sein. Wir haben den Anspruch auf
1827 Innovationsführerschaft und müssen ihn in wichtigen Technologien einlösen. Auch bei gut etablierten
1828 Technologien ist das nicht selbstverständlich, sondern es kommt darauf an, dass wir diese
1829 Technologien durch digitale Anwendungen erneuern und damit auch neue Geschäftsmodelle
1830 entwickeln. Dazu muss die Wirtschaft in den vorwettbewerblichen Phasen eng zusammenarbeiten.
1831 Die neuartige Beherrschung von Prozessen aller Art und die anbrechende Konnektivität durch das
1832 „Internet der Dinge“ verlangen kreative Kooperationen im „Industriecluster Deutschland“. Auch alle
1833 Branchen des Mittelstandes - vom Handwerk über den Einzelhandel bis zu den Freien Berufen - sind
1834 hiervon nachhaltig berührt. Deshalb sprechen wir nicht nur von „Industrie 4.0“, sondern auch von
1835 „Mittelstand 4.0“ und „Wirtschaft 4.0“. Wir benötigen hier starke Impulse aus der
1836 Grundlagenforschung, für die die Wirtschaft - Großunternehmen ebenso wie der Mittelstand -
1837 Kooperationen mit Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen wie der Fraunhofer-
1838 Gesellschaft suchen muss. Die Vernetzung entlang von Wertschöpfungsketten hat sich als enormer
1839 Standortvorteil in Deutschland erwiesen. Branchencluster wirken wie Magnete auf spezialisierte
1840 Unternehmen und sind schwer kopierbar. Kapitalmarktgetriebene Unternehmen sind nicht gut
1841 beraten, wenn sie aus kurzfristigem Kostenkalkül Teile aus solchen Wertschöpfungsketten
1842 herausbrechen. Sie treiben damit eine Deindustrialisierung voran, unter der Länder wie die USA und
1843 Großbritannien schon heute erheblich leiden.

1844 **Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das Neues zulässt und zum Ausprobieren ermutigt**
1845 Für eine lebendige und kreative Innovationskultur sind Unternehmensgründungen unverzichtbar.
1846 „Start-ups“ sind die Frischzellen, ohne die eine dynamische Wirtschaft nicht auskommt. Damit es zu
1847 erfolgreichen Unternehmensgründungen kommt, brauchen wir eine positive Einstellung der
1848 Gesellschaft zu Innovation und zu Lebensentwürfen jenseits einer abhängigen Beschäftigung. Schon
1849 Elternhaus und Schule, aber erst recht Ausbildungsbetriebe und Hochschulen müssen bei jungen
1850 Menschen Neugierde wecken, zum Tüfteln und Ausprobieren anregen, zur Kreativität ermuntern und
1851 dadurch Lust auf Unternehmertum wecken. Eine Gesellschaft, die Arroganz, Gleichmacherei, Neid
1852 und Missgunst signalisiert, ist dem Neuen abtrügglich und schreckt potenzielle Gründer ab. Wer
1853 gründet und unternehmerisch tätig ist, kann auch scheitern: Manche Ideen brauchen zwei oder drei
1854 Anläufe, bis sie zu einem unternehmerischen Erfolg führen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima,
1855 das jeden ermutigt, der etwas ausprobieren will und dafür auch das Risiko des Scheiterns in Kauf
1856 nimmt. Unternehmer, die Innovationen wagen, brauchen mehr gesellschaftliche Anerkennung.
1857 Zukunftssträchtige und wissensbasierte Technologien, in denen unser Land traditionell stark ist, wie
1858 die Automobil- und Verkehrstechnik, der Maschinen- und Anlagenbau, die Analytik und
1859 Verfahrenstechnik, aber auch Chemie- und Pharmaindustrie müssen durch Innovationen und
1860 Unternehmensgründungen in Deutschland gehalten und ausgebaut werden. Stärker als in der
1861 Vergangenheit müssen wir dabei auf eine mittelständische Gründerkultur abzielen. Der Mittelstand
1862 wird zwar oft und völlig zu Recht wegen seiner großen Bandbreite an „Hidden Champions“
1863 hervorgehoben, ist aber in weiten Teilen der Gründerszene zu wenig engagiert. Die Auf- und
1864 Abspaltung von Unternehmen, ganz grundsätzlich eine weitergehende Dezentralisierung und
1865 Verselbständigung von Unternehmenseinheiten sind ein vielversprechender Ansatz,
1866 unternehmerisches Potenzial zu entwickeln.

1867 **Der Staat darf Gründer nicht durch kleinteilige Subventionsprogramme gängeln, sondern muss**
1868 **ihnen den Rücken freihalten und Hürden aus dem Weg räumen**
1869 An immer neuen Programmen und an unablässigem Nachjustieren von bestehenden
1870 Subventionsangeboten besteht kein Mangel. Die vielen in die Jahre gekommenen Programme und
1871 Einrichtungen müssen regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden. Grundsätzlich sind alle Formen
1872 der Marktöffnung bzw. des leichteren Marktzugangs (Genehmigungen, Einkaufsbedingungen,
1873 Teilnahme an Ausschreibungen usw.) Subventionen vorzuziehen. Alle Förderprogramme müssen von
1874 Anfang an mit einem Ablauftermin versehen werden, um einer Verkrustung von Strukturen
1875 vorzubeugen und förderpolitische Innovationen zu ermöglichen.

1876 Viel nötiger als weitere Sonderprogramme für bestimmte, vom Staat ausersehene Zwecke wäre
1877 jedoch ein allgemeiner wettbewerbspolitischer Rahmen, der die unmittelbaren Probleme von
1878 Gründern tatsächlich adressiert. Um Hürden für eine Unternehmensgründung abzubauen, ist es
1879 notwendig, den formalen Aufwand abzubauen, den der Staat, Banken und viele Zulassungsstellen
1880 Unternehmensgründern abverlangen. Formalismus kostet Zeit und Energie und lenkt von den
1881 eigentlichen Aufgaben eines Gründers ab. Hilfreich wäre dort, wo der Staat oder seine Unternehmen
1882 durch Hochschulen, Kliniken, Bundeswehr, Bahn, Telekom oder Post als Auftraggeber der Wirtschaft
1883 in Erscheinung tritt, eine innovationsfördernde, junge Unternehmen unterstützende
1884 Beschaffungspolitik. Erfolgreiche Erstaufträge und Referenzen aus dem Inland können jungen
1885 Unternehmen und neuen Produkten zur Marktreife verhelfen. Deshalb sollte z.B. mit der FuE-
1886 Förderung eine Verpflichtung zur Kooperation als Pilotanwender verbunden sein.

1887 **Innovationen können nicht verordnet werden, sondern müssen aus dem Wettbewerb hervorgehen**
1888 Innovation kann nicht staatlich organisiert werden, sondern muss sich aus den vielfältigen und
1889 unplanbaren Ideen der Akteure im Wettbewerb ergeben. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer,
1890 der entscheiden könnte, welche Innovationen möglich und wünschenswert sind. Er muss sich in dieser
1891 Hinsicht Selbstbeschränkung auferlegen. Für Innovationen ist schon viel gewonnen, wenn der Staat
1892 von ihm selbst verursachte Investitionshemmnisse wie langwierige Genehmigungsverfahren und
1893 Kompetenzwirrwarr beseitigt. Bürokratieabbau darf nicht nur ein politisches Schlagwort sein, sondern
1894 muss in der Realität von Unternehmern und Gründern spürbar werden. In zweiter Linie kann der Staat
1895 Rahmenbedingungen für Innovation verbessern, indem er ausreichend in das Bildungssystem
1896 investiert, es pflegt und es nicht durch immer kurzatmigere Reformdebatten und durch Hemmnisse
1897 wie z.B. eine fast ausschließlich auf befristete Arbeitsverhältnisse im akademischen Mittelbau fixierte
1898 Personalpolitik lahmlegt. Drittens kann der Staat auch dazu beitragen, eine positive Grundstimmung
1899 für Innovationsbereitschaft zu verbreiten. Schließlich muss der Staat auch unter dem Gesichtspunkt
1900 der Innovationsfähigkeit seine wettbewerbspolitische Aufgaben ernst nehmen und verlässlich
1901 erfüllen. Denn für Innovationen sind die Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs und ein
1902 ständiges Ringen um bessere Lösungen, die sich auch finanziell auszahlen, unerlässlich. Zielführend
1903 zur Unterstützung dieses Innovationswettbewerbs sind die Setzung besonders herausfordernder Ziele
1904 - wie dies in den USA etwa in Bezug auf Roboterfahrzeuge und Quantencomputer geschieht -, die
1905 breite Einbindung kreativer Kräfte von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, großen und kleinen
1906 Unternehmen und eine meilensteinbezogene Finanzierung (Abrechnungs- und
1907 Auszahlungszeitpunkte entsprechend dem Erfüllungsgrad bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele).
1908 Direkte Projektförderung sollte auf hochinnovative Anwendungen mit großer Breitenwirkung und auf
1909 Projekte von Forschung und Entwicklung (FuE-Projekte) mit Schlüsselcharakter beschränkt werden.
1910 Das gewucherte Förderwesen ist wieder einfacher und transparenter zu machen, nicht zuletzt damit
1911 auch kleinere Unternehmen beim Zugang zu Fördermöglichkeiten nicht benachteiligt werden.
1912 Grundsätzlich sollte dabei die Mittelvergabe an eine substantielle Eigenbeteiligung gebunden werden.

1913 **Innovation verlangt mehr Investitionen in die Infrastruktur**
1914 Die gut ausgebaute Infrastruktur Deutschlands war bislang ein wichtiger Standortfaktor für
1915 Innovationen. Allerdings gibt es inzwischen erheblichen Sanierungsbedarf, zum Beispiel in der
1916 Verkehrsinfrastruktur, aber auch bei Bildungseinrichtungen. Dabei ist eine Aufstockung staatlicher
1917 Mittel und die erleichterte Einbeziehung privater Mittel nur eine Aufgabe. Auch müssen Bund, Länder
1918 und Kommunen ihre Planungsprozesse beschleunigen, damit bereitstehende Mittel schneller und
1919 effektiver verbaut werden. Zur verbesserten Infrastruktur gehört auch, dass das Internet Vorfahrt
1920 erhält. Investitionen in die digitale Infrastruktur sind vielversprechend und weisen ein günstiges
1921 Verhältnis von Aufwand und Nutzen auf. Damit all dies gelingt, ist allerdings ein Umdenken bei den
1922 Staatsausgaben erforderlich: Ausgaben müssen in Richtung Investitionen zur Zukunftssicherung, also
1923 in Forschung und Entwicklung, umgeschichtet werden. Das muss auch haushaltsrechtlich im
1924 Investitionsbegriff klargestellt werden, damit nicht konsumtive Sozialausgaben als Investition
1925 deklariert und damit die mangelnde Tragfähigkeit der Staatstätigkeit verschleiert wird. Grundsätzlich
1926 müssen wir die Fixierung der Politik auf Gegenwartsaufgaben überwinden und den Blick auf
1927 Zukunftsaufgaben richten.

1928 **Wir brauchen einen Bewusstseinswandel für mehr Zukunftsorientierung.**
1929 Nötig ist ein umfassender Bewusstseinswandel, aus dem gemeinsame Anstrengungen für eine höhere
1930 Zukunftsfähigkeit hervorgehen können. Innovationen gedeihen nur in einer Gesellschaft, die Chancen

1931 ergreift und Wagemut belohnt, aber nicht in einer Gesellschaft, die sich auf Risikovermeidung und
1932 Wahrung des Status quo beschränkt. Nur eine Gesellschaft, die sich der Zukunft zuwendet, schafft
1933 ausreichend Raum, Gelegenheit und Ansporn für Innovationen. Die Dynamik der Digitalisierung hat
1934 die Möglichkeiten in einem ungeahnten Maße erweitert. Andere Länder haben diese Möglichkeiten
1935 beherzter als wir ergriffen. Für eine rasch alternde Gesellschaft wie Deutschland ist dies eine
1936 Herausforderung, wie sie sich seit der Industrialisierung nicht mehr gestellt hat. Umso mehr müssen
1937 wir uns dafür ins Zeug legen, dass die jungen Generationen von der Mehrheitsgesellschaft der Alten
1938 unterstützt werden. Wir brauchen eine Solidarität zwischen den Generationen, die nicht auf eine
1939 Ausbeutung der jungen Minderheit durch die alte Mehrheit hinausläuft, sondern die
1940 Zukunftsfähigkeit schafft.

1941 **Innovation muss auch Staat und Verwaltung durchdringen**

1942 Die Digitalisierung bringt nachhaltige Veränderungen für unser Leben und unsere Arbeit. Neben der
1943 Schaffung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ist es auch Aufgabe der Politik, eine innovative
1944 Verwaltung zu gestalten. Ein digitaler Staat muss den sich wandelnden Bedürfnissen gerecht werden
1945 und selbst den digitalen Wandel als Chance begreifen. Die größten Vorteile liegen in der
1946 Verfahrenserleichterung für Verwaltung und Bürger, in neuen Kosteneffizienzen und im
1947 Bürokratieabbau.

1948 Auf dem Weg hin zu einem digitalen Staat gibt es vielfältige Ziele. Es geht um passgenaue
1949 Informationen für Bürger und alle Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dabei kommt
1950 es auf eine direkte und diskriminierungsfreie digitale Kommunikation zwischen der Verwaltung und
1951 den Bürgern, aber auch zwischen den Verwaltungseinheiten und Unternehmen an. Und dies nicht
1952 innerhalb begrenzter Öffnungszeiten, sondern rund um die Uhr und ohne Medienbrüche. Der Staat
1953 soll im Rahmen seiner garantierten Daseinsvorsorge zum digitalen Dienstleister werden. Dazu gehört,
1954 dass künftig alle Dienstleistungen von Staat und Verwaltung digital abrufbar sein müssen und der
1955 Bürger bei allen Prozessen im Mittelpunkt steht. Grundvoraussetzung ist die Einigung auf einheitliche
1956 Standards von der Kommune bis zum Bund.

1957 Bürger und Unternehmen müssen gegenüber dem Staat das Recht an ihren Daten behalten. Jeder
1958 Bürger muss nachvollziehen können, welche Daten dem Staat über ihn vorliegen und wer auf diese
1959 Daten Zugriff hat.

1960 Unser Ziel ist es, dass Deutschland vom Bürokratievorreiter zur Nation des digitalen Bürgerservices
1961 wird. Dabei muss die Sicherheit über die Daten unserer Bürger und Unternehmer hohe Priorität
1962 einnehmen.

1963

1964 **KAPITEL 4**

1965 **SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS ORDNUNGSMODELL FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT**

1966

1967 **Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert**

1968 Mit unserem Grundsatzprogramm leisten wir einen Beitrag zur Erneuerung der Sozialen
1969 Marktwirtschaft. Sie hat Deutschland seit dem 20. Jahrhundert Freiheit, Wohlstand und Sicherheit
1970 beschert und einen großen Anteil daran, dass sich als Alternative zu den totalitären Regimen des
1971 Nationalsozialismus und des Kommunismus eine freiheitliche Demokratie durchsetzen und behaupten
1972 konnte. Nach dem Ende des Kalten Krieges war der Optimismus zunächst groß, dass Freiheit und
1973 Demokratie ihren endgültigen Durchbruch erreicht hätten. Inzwischen haben wir aber erfahren
1974 müssen, dass das 21. Jahrhundert nicht nur großartige Chancen und Perspektiven, sondern auch
1975 gewaltige Herausforderungen und Gefahren für uns bereithält - sei es in Fragen der inneren und
1976 äußeren Sicherheit, der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Entwicklungszusammenarbeit
1977 oder nicht zuletzt der Umweltpolitik.

1978 **Herausforderung und Verantwortung im 21. Jahrhundert**

1979 Im Wettbewerb mit anderen politischen und wirtschaftlichen Ordnungen müssen wir uns behaupten
1980 und den Beweis dafür erbringen, dass Freiheit und Soziale Marktwirtschaft autoritären Systemen aller
1981 Spielarten überlegen sind. Wir müssen ein attraktives Vorbild für andere sein, ohne dass wir mit
1982 missionarischem Eifer unsere Werte aufdrängen. Deutschland hat dafür als großes Land in der Mitte
1983 Europas eine besondere Verantwortung. Es muss durch eigenes Vorbild in der inneren Wirtschafts- und
1984 Sozialpolitik überzeugen, es muss als kooperative und sensible Führungsmacht in der Europäischen
1985 Union für eine ordnungspolitisch vernünftige Integrationsperspektive werben, und es muss
1986 Verantwortung für eine Vermittlerfunktion zwischen Osteuropäern und Westeuropäern, aber auch
1987 zwischen den Europäern insgesamt und den USA übernehmen.

1988 **Unsere Ziele für das 21. Jahrhundert**

1989 Wir sind davon überzeugt, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft besser als jedes andere
1990 gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Konzept in der Lage ist, die Herausforderungen unserer
1991 Gegenwart und Zukunft zu meistern. Dafür brauchen wir Klarheit über unsere Werte,
1992 Ordnungsvorstellungen, Ziele und Interessen. Diese sollen dem Schutz einer offenen Gesellschaft und
1993 einer freiheitlichen und sicheren Weltordnung dienen.

1994 Wir sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, für eine Gesellschaft zu werben, die die Würde und
1995 Autonomie des Einzelnen zu ihrem Maßstab macht. Wir sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, für
1996 Regeln und Institutionen einzutreten, die für die Menschen überschaubar, verständlich und erlebbar
1997 sind und in denen eine Kultur der Freiheit und Verantwortung gedeiht. Aus der Autonomie des
1998 Einzelnen und der Vielfalt seiner Lebenszusammenhänge erwachsen Kreativität und Wettbewerb, so
1999 dass jeder auf seine Weise sein von ihm selbst bestimmtes Glück finden kann. Das ist unsere
2000 Vorstellung von einer offenen Gesellschaft, die sich von all denen unterscheidet, die dem Staat
2001 zutrauen, das Glück jedes Einzelnen definieren und zuteilen zu können.

2002 Hieraus ergeben sich unsere Ziele für dieses Land und diese Gesellschaft.

2003 - Wir möchten eine Gesellschaft, die den Wert von Freiheit als Grundlage des

- 2004 menschenwürdigen Daseins und des Wirtschaftens erkennt und schätzt. Sie ist bereit, sich
2005 gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen. Wir möchten eine Gesellschaft, in der
2006 diejenigen, die sich in besonderem Maße für die Belange der Gemeinschaft und für deren
2007 Bestand und Sicherheit einsetzen, in hohem Maße allgemeine Wertschätzung und
2008 Anerkennung genießen.
- 2009 - Wir möchten eine Gesellschaft, in der die Fleißigen und Erfolgreichen, die Arbeitenden und die
2010 Leistungsträger respektiert und geachtet werden, weil sie einen wesentlichen Beitrag zum
2011 Funktionieren der Gesellschaft und zum Bestand und Ausbau unseres Wohlstandes leisten.
2012 Gleichzeitig wünschen wir uns eine Gesellschaft, die den Schwachen und Hilfebedürftigen zur
2013 Seite steht, wenn und soweit dies für ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft
2014 notwendig ist.
- 2015 - Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die die Freiheit der Bürger achtet und in der die Bürger
2016 Verantwortung für sich selbst übernehmen können. Wir richten uns an dem Leitbild eines
2017 Bürgers aus, der sein Leben eigenverantwortlich gestalten will. Der Staat darf die Bürger
2018 deshalb nicht gängeln, sondern muss ihnen genügend Raum zur persönlichen Entfaltung
2019 belassen. Insbesondere wenden wir uns daher gegen eine bevormundende Gesetzgebung und
2020 eine überzogene Besteuerung. Nur wer eigene Entscheidungen treffen kann, ist auch in der
2021 Lage, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Und nur wer über ausreichende
2022 Mittel verfügt, ist auch in der Lage, selbst gegen die Unwägbarkeiten des Lebens vorzusorgen
2023 und sich nicht allein auf staatliche Leistungen verlassen zu müssen.
- 2024 - Wir werben für eine Gesellschaft, in der Bürger ihr Leben in Freiheit und Eigenverantwortung
2025 entfalten und zugleich Verantwortung für andere übernehmen. Unser Land braucht Bürger, die
2026 erkennen, wenn die gemeinschaftlichen Interessen der Gesellschaft wichtiger sind als die
2027 konkreten Eigeninteressen, und die bereit sind, ihr Eigeninteresse hinter dem Gemeininteresse
2028 zurücktreten zu lassen. Kurz: Wir erstreben eine kreative und offene Gesellschaft mit
2029 Gemeinsinn!
- 2030 - Wir möchten eine Gesellschaft, die innovativ und fortschrittlich ist und die neue Entwicklungen
2031 begrüßt und positiv und kritisch begleitet, ohne dabei den Schutz der natürlichen
2032 Lebensgrundlagen und die Erhaltung des Bewährten außer Acht zu lassen. Wir wünschen uns
2033 hierzu hervorragende Rahmenbedingungen für Unternehmer, Investoren, Gründer und für all
2034 diejenigen, die sich in Unternehmen als Mitarbeiter engagieren. Deutschland muss allen jungen
2035 Menschen den Weg bereiten, über hervorragende Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten
2036 ihre Begabungen entfalten und ein Leben in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung
2037 führen zu können.
- 2038 - Wir möchten eine gastfreundliche Gesellschaft, in der jene willkommen sind, die nach den
2039 Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Verantwortung leben. Wir wünschen uns, dass wir
2040 Asylsuchenden und Flüchtlingen im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit echte Hilfe gewähren
2041 können. Wir müssen dazu den Mut haben zu unterscheiden, wer in unserer Mitte willkommen
2042 und integrationsfähig sowie integrationswillig ist, wer auf unsere Hilfe angewiesen ist, wer für
2043 unsere Gesellschaft gefährlich ist oder wer unsere Errungenschaften nur auszunutzen will.

- 2044 - Wir möchten ein Europa, das in den großen Fragen von Wirtschaft und Währung gemeinsamen
2045 Spielregeln des Binnenmarktes und der Geldwertstabilität folgt und in Fragen der Sicherheit
2046 und Verteidigung eng und solidarisch zusammenarbeitet. Wir wünschen uns gleichzeitig ein
2047 Europa, das nach dem Prinzip der Subsidiarität und getreu seinem Motto „In Vielfalt geeint“ die
2048 Unterschiede der Nationen und Regionen achtet und als Reichtum empfindet und einen
2049 Wettbewerb der Systeme um bessere Lösungen zulässt.

- 2050 - Unser Land und unser Europa braucht Bürger, die stolze und aktive Angehörige ihrer
2051 Gemeinden, Regionen und Nationen und die gleichzeitig stolze und aktive Europäer sind.

- 2052 - Wir möchten ein Europa, das gemeinsam mit den anderen demokratischen Staaten dieser Welt
2053 wichtige Werte teilt und auf dieser Grundlage bereit und fähig ist, gemeinsame Interessen zu
2054 definieren und zu vertreten.

- 2055 - Wir möchten schließlich, dass Deutschland das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft aktiv in
2056 den Wettbewerb der Ordnungsmodelle auf europäischer und globaler Ebene einbringt. Diese
2057 Idee hat die Kraft, Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu schaffen.



Vernetzen Sie sich auf dem Bundesmittelstandtag mit der MIT:EVENT-App.
QR-Code einscannen, App kostenlos runterladen und einloggen.
In dem innovativen Veranstaltungsformat ist es möglich, sich an Diskussionen zu
beteiligen und Fragen via App an Redner zu stellen.

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 • 10117 Berlin
Tel. +49 30 220798 0 • Fax +49 30 220798 22
info@mit-bund.de • www.mit-bund.de